

# 120. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. April 2008, 13.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	8706	<b>Änderungsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 15/10204)
<b>Nachruf</b> auf die ehemaligen Abgeordneten <b>Otto Kahler</b> und <b>Sebastian Kuchenbaur</b> .....	8716	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/10417)  und
<b>Geburtstagswünsche</b> für den Abgeordneten <b>Hermann Imhof</b> .....	8710	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008)</b> (Drs. 15/9646) – Zweite Lesung –
<b>Aktuelle Stunde</b> gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion <b>„Für eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt – keine Hetze gegen Ältere!“</b>		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drsn. 15/10410, 10418)
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD) .....	8706	hierzu:
Joachim Unterländer (CSU) .....	8707	
Renate Ackermann (GRÜNE) .....	8709	
Hermann Imhof (CSU) .....	8710	<b>Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008</b>
Staatsministerin Christa Stewens .....	8711	von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drs. 15/9864 mit 9876, 15/10018 mit 10020, 15/10084 mit 10109, 15/10147 mit 10155 und 10158;
Kathrin Sonnenholzner (SPD) .....	8712	von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf den Drs. 15/9881 mit 9910, 15/10066 mit 10068, 10070, 10072, 10074, 10077 mit 10082, 15/10119 mit 10132, 15/10255 mit 10279, 15/10292 mit 10294 und 15/10309;
Ingeborg Pongratz (CSU) .....	8713	von Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf den Drs. 15/9923 mit 9945, 15/10039 mit 10044, 10046 mit 10048, 10050 mit 10058, 15/10183 mit 10195, 10197 mit 10203 und 15/10349;
Hermann Memmel (SPD) .....	8714	
Peter Winter (CSU) .....	8715	
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2008)</b> (Drs. 15/9645) – Zweite Lesung –		
hierzu:		

### sowie Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsgesetz

Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Ludwig Wörner u. a. (SPD)  
(Drs. 15/9880)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
(Drs. 15/10205)

Manfred Ach (CSU) .....	8717
Werner Schieder (SPD) .....	8724, 8741
Thomas Mütze (GRÜNE) .....	8730, 8736
Simone Tolle (GRÜNE) .....	8734
Christine Kamm (GRÜNE) .....	8735
Staatsminister Erwin Huber .....	8736
Eike Hallitzky (GRÜNE) .....	8742
Joachim Wahnschaffe (SPD) .....	8743
Engelbert Kupka (CSU) .....	8743
Dr. Thomas Beyer (SPD) .....	8744
Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/10204 .....	8745
Beschluss zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2008, Drs. 15/9645 .....	8745
Schlussabstimmung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2008, Drs. 15/9645 .....	8745
Beschluss zum Nachtragshaushaltsplan 2008 .....	8745
Erledigung der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan 2008 (siehe Teil I der Anlage 1) .....	8745
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium zum Nachtragshaushaltsplan 2008 .....	8746
Erledigung der Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan 2008 (siehe Teil II der Anlage 1) .....	8746
Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 15/9880 .....	8746
Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/10205 .....	8746
Beschluss zum Nachtragshaushaltsgesetz 2008, Drs. 15/9646 .....	8746
Namentliche Schlussabstimmung zum Nachtragshaushaltsgesetz 2008, Drs. 15/9646 (s. a. Anlage 2) .....	8746, 8749

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Szenario zur Reduktion der Klimagase bis 2020 in Bayern** (Drs. 15/10457)

Ruth Paulig (GRÜNE) .....	8747, 8751, 8752
Henning Kaul (CSU) .....	8749, 8751
Susann Biedefeld (SPD) .....	8751
Staatsminister Dr. Otmar Bernhard .....	8753

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 3) .. 8754, 8768

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Manfred Ach u. a. u. Frakt. (CSU)  
**Für eine eigentumsfreundliche Erbschaftssteuer**  
(Drs. 15/10458)

Engelbert Kupka (CSU) .....	8754
Dr. Heinz Kaiser (SPD) .....	8755
Eike Hallitzky (GRÜNE) .....	8857, 8760
Staatsminister Erwin Huber .....	8758, 8760

Beschluss .....
 8760 |

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD)  
**Anbau von Genmais MON 810 in Bayern sofort beenden bzw. verbieten** (Drs. 15/10459)

Ludwig Wörner (SPD) .....	8761, 8764, 8766
Christian Meißner (CSU) .....	8762, 8763
Heidi Lück (SPD) .....	8763
Ruth Paulig (GRÜNE) .....	8763
Kathrin Sonnenholzner (SPD) .....	8764
Klaus Stöttner (CSU) .....	8765
Staatsminister Josef Miller .....	8766
Staatssekretär Dr. Marcel Huber .....	8766

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 4) .....
 8768 |

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
**Schutz der Biodiversität jetzt!** (Drs. 15/10460)

Verweisung in den Umweltausschuss .....
 8767 |

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)

**Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung** (Drs. 15/10461)

Verweisung in den Sozialausschuss .....
 8767 |

<p><b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld u. Frakt. (SPD)  <b>Gespräch von Innenminister Dr. Günther Beckstein am 14.12.2006 mit dem Konzernchef der Siemens AG, Heinrich von Pierer</b> (Drs. 15/10462)</p> <p>Verweisung in den Verfassungsausschuss ..... 8767</p> <p><b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  <b>Ökologischen Anbau stärken</b> (Drs. 15/10463)</p> <p>Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss ..... 8767</p> <p><b>Erste Lesungen</b> zu Gesetzentwürfen, die <b>ohne Aussprache</b> an die jeweils <b>federführenden Ausschüsse überwiesen</b> werden sollen:</p> <p><b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften</b> (Drs. 15/10390)</p> <p>Verweisung in den Sozialausschuss ..... 8767</p> <p><b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes</b> (Drs. 15/10392)</p>	<p>Verweisung in den Hochschulausschuss ..... 8767</p> <p><b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufekammergesetzes</b> (Drs. 15/9461)  – Zweite Lesung –</p> <p>Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 15/10420)</p> <p>Beschluss ..... 8767</p> <p>Schlussabstimmung ..... 8768</p> <p><b>Abstimmung</b> über <b>Anträge</b>, die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO <b>nicht einzeln beraten</b> werden (s. a. Anlage 5)</p> <p>Beschluss ..... 8768</p> <p>Bekanntgabe gem. § 27 Abs. 2 GeschO des Ergebnisses der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses ..... 8768</p> <p>Schluss der Sitzung ..... 8768</p>
--	--

(Beginn: 13.02 Uhr)

**Präsident Alois Glück:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 120. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Auf die Personalien komme ich erst nach diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema: „**Für eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt – keine Hetze gegen Ältere!**“

Die Redezeiten sind hinlänglich bekannt. Das Wort hat Herr Prof. Dr. Gantzer.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben für die Aktuelle Stunde das Thema gewählt: „Für eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt – keine Hetze gegen Ältere!“

Meine Damen und Herren, Auslöser ist die Diskussion über die Rentenerhöhung um 1,1 %. Man ist erstaunt, wie der Blätterwald gerauscht hat; denn wenn man vor allem die Rentenentwicklung der letzten zehn Jahre anschaut, muss man feststellen: Diese Rentenerhöhung ist mehr als angemessen. Sie ist im Grunde lächerlich gering, wenn man die vielen Nullrunden der letzten Jahre sieht, die die Rentnerinnen und Rentner haben erleiden müssen. Das Doppelte und Dreifache wäre eigentlich richtig gewesen. Deswegen kann ich nicht verstehen, dass man sich über diese 1,1 % aufregt.

Schlimm ist, dass dann Leistungsträger, die ehemalige Bundespräsidenten wie Roman Herzog immer noch sind, davon reden, dass das alles Vorboten einer Rentnerdemokratie seien, und dann fortfahren, dass am Ende die Älteren die Jüngeren ausplünderten. Das passt genau zu den Sprüchen, die wir gerade von Jungpolitikern aus seiner Partei oder auch aus benachbarten Parteien hören müssen. Vor zwei Jahren hat der JuLi-Vorsitzende, also der Vorsitzende der Jungen Liberalen, gesagt, die Alten lebten auf Kosten der Jungen, sie sollten frühzeitig genug ihr Tafelsilber abgeben, und das alles unter der Überschrift: „Alte, gebt den Löffel ab“. Da muss man sich schon fragen, welche Geisteshaltung dahintersteckt. Nicht anders agiert der Chef der Jungen Union von München, der beantragt hatte, die Wahl des Seniorenbeirats in München abzuschaffen, und gesagt hatte: „Wir wollen nicht länger von grauen Haaren regiert werden.“ In dieselbe Kerbe hat der Bundesvorsitzende der JU, der Herr Mißfelder, geschlagen, der gesagt hat, es sei nicht nachvollziehbar, dass 85 Jahre alte Menschen noch eine künstliche Hüfte eingesetzt bekämen.

Meine Damen und Herren, das alles ist menschenverachtend. Da fragt man sich, was für ein Menschenbild da-

hintersteckt. Das ist nicht hinzunehmen, und es ist auch nicht sachlich zu begründen. Die Zahlen scheinen zwar so zu sein, als ob diese Angriffe richtig wären. Wenn ich einmal die durchschnittliche Lebenserwartung betrachte und feststelle, dass die durchschnittliche Lebenserwartung vor 100 Jahren 58 Jahre war, aber heute 79 Jahre ist, dann ist das natürlich schon eine sehr imponierende Zahl, vor allem wenn ich sie vor dem Hintergrund sehe, dass in 99,9 % der Zeit, in der Menschen auf dieser Erde gelebt haben, die durchschnittliche Lebenserwartung 30 Jahre war. Gerade in den letzten 100 Jahren ist sie immens angestiegen. Das ist aber nur die eine Seite der Wahrheit. Daraus kann man keine Vorwürfe gegen die ältere Generation ableiten. Denn die wichtigere Zahl ist die Zahl der Geburtenrate. 1960 hatte in Deutschland jede Frau, statistisch gesehen, 2,5 Kinder – heute hat in Deutschland jede Frau, statistisch gesehen, 1,3 Kinder. Die Geburtenrate hat sich also praktisch halbiert. Deswegen sage ich zu diesem Thema erst einmal: Wir leiden in Deutschland nicht an einer Überalterung, sondern wir leiden an einer Unterjüngung.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Freiherr von Rotenhan CSU)

– Ihnen muss ich das nicht sagen. Sie haben die entsprechenden Konsequenzen gezogen, lieber Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will das einmal ganz konkret mit Blick auf die Rentenmisere betrachten. Weil wir immer älter werden, beziehen wir immer länger Rente. Die Rentenbezugsdauer hat tatsächlich von 1960, als es noch neun Jahre waren, auf heute, wo es 17 Jahre sind, zugenommen. Die Rentenbezugsdauer hat sich also um acht Jahre verlängert. Das ist richtig. Aber wenn man es genau untersucht, stellt man fest, Ursache der Rentenmisere ist nicht, dass wir länger Rente beziehen, sondern die Rentenmisere ist in erster Linie durch falsche politische Entscheidungen begründet. Da will ich nur die Hauptursache nennen: Als 1989 die Wiedervereinigung stattfand, hat die damalige Bundesregierung unter Kohl und Waigel entgegen dem Ratschlag aller Experten die Ostrenten nicht aus Steuermitteln bezahlt, wie es hätte sein müssen, sondern sie hat das Geld aus unserer Rentenkasse genommen. Dieses Loch haben wir bis heute nicht wieder füllen können. Unter diesem Loch leiden die Rentner bis heute, weil deswegen die Renten-Nullrunden zugenommen haben. Und ich denke daran – das passt nämlich dazu –, dass 1986 noch ein Minister der CDU mit „blumigen“ Worten gesagt hat: „Die Rente ist sicher.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war 1986, und nur drei Jahre später hat die damalige Bundesregierung diesen Rentenmissgriff getan. Die Alten sind nicht schuld, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Diese Vorwürfe, dass wir immer älter werden und dass es deswegen mit der Rentenversicherung nicht klappt, dass es mit der Krankenversicherung nicht mehr klappt, dass es mit der Pflegeversicherung nicht klappt, dass es mit der Arbeitslosenversicherung nicht klappt, muss sich die ältere Generation nicht gefallen lassen. Das ist billig, und es ist vor allem falsch.

Was damit zum Ausdruck kommt, ist – das ist das Bedenklichste an allem, und deswegen auch unsere Wahl dieses Themas heute –, dass diese Gesellschaft immer noch ein negatives Altersbild hat. Wir leben im Grunde noch in einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch den Begriff der Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder geprägt ist: Wer arbeitet, der leistet und ist nicht alt, und wer Rente bezieht, also nicht arbeitet, ist alt. Das heißt mit anderen Worten, die Älteren werden eigentlich nur noch als Kostenfaktoren begriffen. Wenn wir so wollen, haben wir, wenn es um diese Fragen geht, in unserer Gesellschaft ein reines Shareholder-Value-Denken, indem wir nämlich nur abwägen: Was bringt der ältere Mensch, und was bringt er nicht? Daraus resultiert ein negatives Altersbild. Man erlebt es in der Gesellschaft leider heute immer noch: Das Alter wird als eine besondere Form der Behinderung wahrgenommen, der alte Mensch sozusagen als Auslaufmodell ohne Aufgaben. Er wird virtuell als Pflegefall in den Rollstuhl gesetzt, und dazu passen diese Bilder, die Sie immer wieder sehen, wenn nämlich zwei ältere Menschen als Paar fotografiert werden, auf der Bank sitzend, aber von hinten, in den Sonnenuntergang schauend, sozusagen nach dem Motto: „Fertigmachen zum Sterben.“ Das ist das negative Altersbild, das wir heute haben und gegen das wir uns gerade als Politiker stark einsetzen müssen.

Es ist also ein Bewusstseinswandel angesagt hin zu einem positiven Altersbild. Uns allen muss klar sein, dass wir inzwischen eine neue, dynamische, gesunde, fitte Generation älterer Menschen haben. Wir verwirklichen einen alten Menschheitstraum, nämlich dass wir immer älter werden wollen. Denken wir an Methusalem. Es war immer das Ziel aller Gesellschaften, möglichst alt zu werden. Jetzt haben wir es erreicht. Wir können froh sein, dass wir gesund und fit alt werden. Im Grunde ist dieses ein demografischer Triumph. Es ist ein Sieg der Menschheit, dass wir immer älter werden.

Deswegen müssen wir mit diesem positiven Altersbild auch auf die jüngere Generation zugehen. Es darf nicht zu einem Krieg der Generationen kommen.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Rütting (GRÜNE))

Jede Generation muss gleichberechtigt in dieser Gesellschaft leben dürfen, und da müssen wir auch nicht aufrechnen, ob die Älteren mehr Leistung erbracht haben – das ist sowieso selbstverständlich. Nur das Zusammenspiel der Jungen mit ihrer Dynamik und der Älteren mit ihrer Erfahrung, kann dazu führen, dass wir eine Gesellschaft aufbauen, in der alle einen Platz haben, die Älteren wie die Jüngeren.

Darum muss es uns gehen, und es kann nicht sein, dass wir gerade von der politischen Seite her, wie vom Altbundespräsidenten Herzog, Hetzparolen hören – anders kann ich es nicht sagen –, die ihm in Anbetracht dessen, das er einmal Bundespräsident war, nicht angemessen sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das darf man nicht tun.

(Hans Spitzner (CSU): Aber dynamischer!)

– Auch Sie sind ein bisschen älter, Herr Kollege, und sollten mir eigentlich Beifall klatschen, ich rede auch in Ihrem Namen. – Deswegen sage ich: Halten wir zusammen, lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Nur gemeinsam können wir die Probleme, die wir im Augenblick in dieser Gesellschaft haben, lösen und zur Zufriedenheit aller in die Zukunft gehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächster Redner: Herr Kollege Unterländer.

**Joachim Unterländer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen, die Generationen in unserer Gesellschaft haben und haben können, dürfen nicht dazu führen, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Ich bin der Meinung – und diese Meinung teilt auch meine Fraktion –, dass es nicht hilfreich ist, wenn man von einer „Rentnerdemokratie“ spricht und wenn eine aus meiner Sicht ausdrücklich begrüßens- und unterstützenswerte Rentenerhöhung in einem Maße, das die Steigerung der Lebenshaltungskosten in keiner Weise auffängt, kritisiert wird. So kann man keine Politik machen, und bei allem Respekt vor dem früheren Herrn Bundespräsidenten und seinen großen Verdiensten denke ich doch, dass das kein guter Beitrag war, um Generationensolidarität in unserem Land herzustellen.

Es ist notwendig, dass wir versuchen, die Interessen und Belange der Generationen zusammenzuführen. Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, es versteht sich von selbst – und deshalb begrüße ich auch ausdrücklich den Beschluss der Bundesregierung zur Rentenerhöhung –, dass die Generation, die unser Land aufgebaut hat, dass die Generation, die aufgrund ihrer Lebensleistung auch an einer gesicherten Existenz in späteren Jahren beteiligt sein muss, nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Deshalb müssen wir auch darüber nachdenken, ob es in Zukunft wieder eine stärkere Koppelung der Rentenerhöhungen an die Lohn-erhöhungen gibt und die Frage des Riesterfaktors noch einmal diskutiert wird.

Wer kritisiert, dass dem sogenannten Eckrentner im Monat durchschnittlich 13 Euro mehr bezahlt werden, der hat mit der Realität nichts zu tun, weil er nicht merkt, dass höhere Energiekosten und höhere Lebenshaltungskosten gerade ältere Menschen ganz besonders treffen.

Wir sollten bei dieser Diskussion auf der anderen Seite auch feststellen, dass Gleiches für die junge Generation gelten muss. Wenn wir von Perspektiven sprechen, die Menschen haben, so dürfen wir nicht eine einseitige Politik betreiben, sondern müssen auf der einen Seite die Verdienste der Älteren um unsere Existenz entsprechend berücksichtigen, auf der anderen Seite den jüngeren

Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen. Dazu ist es notwendig, dass wir eine demografische Politik betreiben, die beide Seiten berücksichtigt. Das heißt für mich jetzt nicht, dass wir an der Rente herumdoktern, sondern das heißt eine Stärkung der Familien, eine Förderung des Ja zum Kind, verbesserte Rahmenbedingungen für junge Paare und junge Familien. Das ist die zweite Säule der Generationensolidarität.

Ich erwarte aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass insgesamt in der Gesellschaft diese Diskussion etwas sensibler stattfindet, als es häufig der Fall ist. Dieses bewusst auch durch Medien hervorgerufene Aufschaukeln von Stimmungen zwischen den Generationen und gegeneinander kann für unsere Gesellschaft nicht gut sein.

Die gesetzliche Rentenversicherung, wie sie seit 1957 besteht, ist, auch wenn man sie weiterentwickeln musste und muss, ein Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Generationen.

(Thomas Obermeier (CSU): So ist es!)

Diese Solidarität muss auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Deshalb müssen wir bei allen Reformvorhaben das Prinzip der Solidarität in den Mittelpunkt rücken, das heißt, wir müssen Lebensleistung und Existenzsicherung im Alter genauso berücksichtigen wie das Ziel, junge Menschen nicht zu überfordern.

Aber Beiträge zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes bedeuten auch – Herr Kollege Professor Gantzer, da gebe ich Ihnen völlig recht –, dass wir in der Politik für und mit älteren Menschen auch dazu kommen müssen – die Staatsregierung hat mit ihrem seniorenpolitischen Konzept, das wir miteinander diskutiert haben, diesen Weg beschritten – Seniorenpolitik endlich nicht mehr auf Pflege und auf Rente zu reduzieren bei aller Notwendigkeit, diese Bereiche weiterzuentwickeln. Wir müssen dazu kommen, das aktive Potenzial von älteren Menschen zu schätzen – Und da geht es schon los: Wer ist ein älterer Mensch? –

(Hans Spitzner (CSU): So ist es!)

Frau Kollegin Sonnenholzner, wir sind altersmäßig in einer ähnlichen Lage; Entschuldigung, wenn ich das zu einer Dame sage. Wir können nicht sagen, dass mit 60 oder mit 55 Jahren das Seniorenendasein beginnt. Hier herrscht eine absolute Differenziertheit, und auf diese Differenziertheit muss man reagieren. Wenn man sagt, man muss auf dem Arbeitsmarkt älteren Menschen Perspektiven eröffnen, dann erwarte ich natürlich auch, dass Instrumente dafür geschaffen werden und dass die Wirtschaft in diesem Zusammenhang einen Beitrag leistet. Das ist ein dringendes Gebot.

Wir müssen auf der anderen Seite auch dafür sorgen, dass das Potenzial und die Bereitschaft älterer Menschen, sich zu engagieren, gerade in den Kommunen stärker gefördert werden und dass das zur Selbstverständlichkeit wird. Sinnvollerweise muss das dann auch in einem

Miteinander der Generationen geschehen. Es gibt bereits entsprechende Konzepte wie zum Beispiel die Mehrgenerationenhäuser. Ich halte sehr viel von dem Versuch, mehr gemeinsame Strukturen und Plattformen zu finden, auf der sich Ältere und Jüngere gemeinsam einbringen. Ich denke an die klassischen Beispiele wie die Hilfe bei der Kinderbetreuung durch ältere Menschen oder die Hausaufgabenhilfe. Es gibt auch andere Modelle, in denen frühere Führungskräfte der Wirtschaft Langzeitarbeitslosen bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen. Es gibt eine Vielzahl von Ideen und Möglichkeiten, eine strukturelle Politik für und mit den älteren Menschen zu machen, die wesentlich sinnvoller ist, als wenn man das Ganze auf den früheren Begriff der Seniorenpolitik reduziert.

Ich sagte es schon: Demokratie bedeutet auch, das Ja zum Kind zu fördern, indem man die Hemmnisse auf dem Arbeitsmarkt und der Kinderbetreuungsmöglichkeiten beseitigt.

Insgesamt also müssen wir feststellen, dass ein künstlich hervorgerufener Generationenkonflikt in der Öffentlichkeit nicht nur nicht zu Problemlösungen beiträgt, sondern vor allen Dingen auch der Realität eindeutig widerspricht.

In einer Studie hat der Leiter des BAT Freizeit-Forschungsinstituts, Professor Opaschowski nachgewiesen, dass die Alten sehr wohl zu Opfern für die Jungen bereit sind. So geben über 65-Jährige an ihre Kinder das Siebenfache dessen, was sie von diesen an finanziellen Mitteln zurückbekommen. Das soziale Netz garantiert einen Lastenausgleich – so Opaschowski – zwischen den Generationen. Und auch Gerontologen sagen, dass dieser sogenannte kleine Generationenvertrag als solcher nicht unterschätzt werden darf.

Unter diesem Aspekt ist es wichtig, die gesellschaftlichen Elemente dieses Zusammenhalts zu fördern. Es muss unsere Aufgabe sein, darauf hinzuweisen – jenseits von gesetzgeberischen Maßnahmen in einem gesellschaftspolitischen Diskurs und Diskussionsprozess –, wo und wie die Möglichkeiten älterer Menschen aktiv angenommen werden können. Gleichzeitig ist ihnen auch eine gerechte finanzielle Teilhabe zu ermöglichen, wobei demgegenüber die Möglichkeit für die Jungen stehen muss, sich zu entwickeln.

Ich sehe das nicht als Quadratur des Kreises – auch nicht bei den Alterssicherungssystemen. Hier ist entscheidend, nicht ständig nach einem Systemwechsel zu rufen, sondern die Chancen, die eine bessere Konjunktur bringt, aktiv zu nutzen, um unsere sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Deshalb darf es für mich kein Gegeneinander der Generationen geben, sondern es muss ein Miteinander sein, das wir in der Politik aktiv begleiten müssen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Rednerin: Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute ein Thema, bei dem sich Sozialpolitiker quer durch alle Parteien – ich sage extra Sozialpolitiker – einig sein können. Vielleicht könnte sich der gesamte Landtag einig sein, sitzt doch Roman Herzog, der von einer Ausplünderung der jungen Generation und von Rentnerdemokratie spricht, nicht im Bayerischen Landtag. Da ist er leider nicht allein. Auch junge Mitglieder der CDU haben sich schon eindeutig in diese Richtung geäußert und damit eine Front gegen ältere Menschen aufgebaut.

Nun kostet diese Rentenerhöhung auf der einen Seite zwar viel Geld, aber auf der anderen Seite kommt vergleichsweise wenig bei den Rentnern an. Durchschnittlich sind es 13 Euro pro Person. Das ist nicht viel. Daher ist schon zu fragen, ob es richtig war, eine Rentenpolitik nach Gutsherrenart zu machen, an der Rentenformel zu schrauben und zu versuchen, mit dem Thema Wahlkampf zu machen. Das ist im Grunde eine sehr gefährliche Geschichte; es ist bereits zweimal probiert worden und auch schon zweimal schiefgegangen.

Hinzu kommt, dass die Probleme, die dazu führen, dass die Rentner teilweise zu wenig Geld haben, hausgemacht sind. Gerade die Mehrwertsteuer trägt nicht dazu bei, dass ältere Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Auch die Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9 % mindert die Rentenanpassung im Jahre 2008. Die Rentenerhöhung ist deutlich geringer als der Inflationsausgleich. Auch das zeigt, dass real die Renten im Grunde eher sinken steigen.

Sie haben gerade die Konjunktur angesprochen, Herr Unterländer. Das ist eine falsche Hoffnung. Die Konjunktur löst nicht alle rentenpolitischen Probleme. Wie es im Übrigen mit dem Bankenkraus weitergeht und ob die Konjunktur weiter so boomt wie bisher, sei dahingestellt. Es wäre viel besser, den Schutz vor Armut in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern. Dazu gehört auch, dass die Löhne stabil werden und ein weiteres Auseinanderklaffen der Löhne verhindert wird. Es gibt in diesem Land astronomisch hohe Löhne und ganz geringe Löhne. Das ist kein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und auch kein Beitrag zu einer soliden Alterssicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ganz wichtig, dass der Mindestlohn eingeführt wird. Auch das ist ein Beitrag dazu, dass in Zukunft die alten Menschen mit einem Mindestmaß an Rente rechnen können.

Ich möchte an dieser Stelle einmal in den Raum stellen, dass es nicht nur die Rentner gibt, die ihren Lebensabend auf Mallorca verbringen, sondern jetzt schon sehr, sehr arme Menschen gibt. Insbesondere Frauen, die Kinder aufgezogen haben und jetzt mit einer ganz, ganz kleinen Rente leben müssen, gibt es heute schon zuhauf. Für diese Menschen etwas zu tun, ist absolut richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherlich gibt es auch die Armut bei den Familien. Hartz IV ist ungenügend. Es gibt Kinderarmut, und viele Migrantenkinder, die keinen Schulabschluss haben, haben eine schlechte Prognose für ihr Leben. Auch hier gibt es einen massiven Nachbesserungsbedarf.

Trotzdem darf das alles nicht dazu führen, dass Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden. Die Sozialpolitiker dürfen nicht in eine Alten- und eine Jungenfraktion zerfallen. Es ist kein Konflikt zwischen Jung und Alt, sondern es ist ein Problem der sozialen Gerechtigkeit in diesem Lande. Wir müssen die soziale Gerechtigkeit stärker gewichten. Wir brauchen eine bessere Bildung für alle Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Dann, Herr Unterländer, wird auch das Ja zum Kind wieder leichter. Wir brauchen auch eine attraktive Familienpolitik, sodass die soziale Schere geringer wird.

All diese Probleme wurden lange Zeit vernachlässigt. Es wurde eine Politik der sozialen Kälte betrieben, und man war auch noch stolz darauf. Jetzt versucht man Löcher zu stopfen, aber das wirkt einigermaßen hilflos. Nur in einer sozialen Gesellschaft mit einer Bürgerversicherung und einem Mindestlohn wird sichergestellt, dass es kein soziales Desaster gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings muss man einschränkend auch feststellen, dass die Lage nicht so dramatisch ist, wie sie oft dargestellt wird. So war beispielsweise in den Sechzigerjahren das Verhältnis berufstätiger Menschen zu nichtberufstätigen Menschen geringer als heute. Damals war das Verhältnis 47 : 53. Heute ist es halbe halbe. Allerdings war es damals so, dass ein alleinverdienender Familienvater Frau und zwei bis drei Kinder unterhalten konnte. Dadurch kam dieses Verhältnis zustande.

Das heißt, die Solidarität wurde damals innerhalb der Familie geübt. Heute ist es abstrakter. Es müsste die Solidarität innerhalb der Gesellschaft geübt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Mensch, der verdient, muss alte Menschen, die er gar nicht kennt, mit unterhalten. Das fällt natürlich schwerer. Es ist eigentlich ein intellektueller Prozess, nicht ein wirklich finanzieller Prozess, der da abläuft.

Wir müssen alte Menschen in diese Gesellschaft einbeziehen. Wir dürfen sie nicht ausgrenzen und diffamieren. Wir können ihre Potenziale nutzen. Es gibt – darauf wurde auch schon hingewiesen – sehr viele aktive alte Menschen, die noch viel weitergeben können von dem, was sie können und wissen. Diese Potenziale muss man nutzen. Man muss die Menschen ehrenamtlich oder auch unter Bezahlung in diese Gesellschaft einbeziehen. Das

würde ein Auseinanderklaffen verhindern und das Verständnis füreinander fördern.

Wenn wir das nicht tun, begeben wir uns in eine verhängnisvolle Entwicklung; denn ich frage mich: Wo ist dann die Grenze. Wenn wir jetzt sagen, alte Menschen sind ein Kostenfaktor und plündern uns aus, wann sagen wir dann Stopp, sie dürfen uns nicht mehr ausplündern? Wann sagen wir, wir geben zum Beispiel für Operationen und für bestimmte lebensnotwendige Dinge für diese alten Menschen nichts mehr aus? Wann sind wir so weit, dass wir fragen, ob alte Menschen überhaupt so alt werden müssen? Daran möchte ich noch gar nicht denken. Es ist gefährlich, diesen Anfang zu machen und abzuwägen, ob ein Mensch, der älter ist, weniger Zuwendung, weniger Fürsorge verdient oder nicht. So etwas darf in einer sozialen, in einer solidarischen Gesellschaft überhaupt nicht gedacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen Solidarität leben. Wir müssen versuchen, Jung und Alt zu fördern durch eine vernünftige Politik für Familien und Kinder, aber auch genauso durch eine menschenwürdige Politik für alte Menschen, weil wir ansonsten ganz und gar in einer Ellenbogengesellschaft landen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächster Redner ist der Herr Kollege Imhof. Auf dem Weg zum Rednerpult darf ich ihm herzlich gratulieren zu seinem heutigen Geburtstag und ihm alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall – Joachim Wahnschaffe (SPD): Dann haben Sie heute Nachmittag frei! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Auch schon 60? – Zuruf von den GRÜNEN: Wir werden alle älter!)

**Herrmann Imhof (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir heute ganz leicht, zu Ihnen zu sprechen, denn ich bin einer, Herr Professor Gantzer, der zwischendrin steht und das Verhältnis der Generationen auch aus eigener Erfahrung beurteilen kann

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie sind ein Sandwich-Mann!)

– ja, ich bin ein Sandwich-Mann –, weil ich als 55-Jähriger

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So jung?)

vielleicht anders als die ganz Jungen oder die ganz Alten, auch weg von verschiedenen Brillen, das Verhältnis zwischen den Generationen tagtäglich erlebe und erfahre, sowohl hier vor Ort in der eigenen Familie in Nürnberg als auch aufgrund meiner vielfältigen Engagements in Netzwerken.

Der Beitrag des früheren Bundespräsidenten ist für mich ein Beleg dafür, dass gescheite, brillante Menschen, kluge Köpfe, auch immer wieder richtig danebenlangen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Und „Grundrecht auf Dummheit“ hat er selber gesagt! – Gegenruf des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU): Das gilt auch für Autoren! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Sie haben mein Buch gar nicht gelesen!)

Das gestehe ich jedem zu, aber abhängig vom Rang, in dem jemand in der Gesellschaft steht, wird er natürlich schärfer beobachtet und deswegen auch kritischer analysiert. Die Frage, inwieweit Herzog zu einer Klischeebildung beigetragen hat, mögen in den nächsten Wochen die sachgerechten Auseinandersetzungen und Diskussionen dazu belegen.

Ich selbst habe ganz andere Erfahrungen – das wollte ich Ihnen sagen. Ich selbst ziehe diese Schlüsse und Analysen auch aus Umfragen, die bekannt sind. Eine davon möchte ich repräsentativ benennen. Das ist die vorletzte Shell-Studie. Wenn Sie darin lesen – ganz weit weg von den Klischees –, dann haben Sie beide Seiten der Medaille. Natürlich gibt es Jugendliche, und natürlich gibt es Ältere, die in der Auseinandersetzung, was denken wir, was denke ich über Alter und Zukunft, Klischeevorstellungen der Gesellschaft aufnehmen. Aber das ist nicht die Mehrheit. Das ist nicht repräsentativ. Die ganz große Mehrheit – das spüre ich – geht verantwortungsvoll und sensibel damit um.

Es gibt immer den Zusammenhang dort, wo ich diese Erfahrungen mache. Ich sage einmal ganz Nürnbergerisch: Wenn ich die Leute in meinem eigenen Umfeld dumm daherreden höre, dann bin ich – das ist auch eine Frage von Sozialisation und Bildung – eher bereit, solche Klischees aufzunehmen. Bin ich geprägt von eigener guter Erfahrung – ich kenne jede Menge Leute, jede Menge Beispiele in meiner Stadt –, dann gehe ich vorsichtig, verantwortungsvoll und differenziert mit diesen Fragen um.

(Hans Spitzner (CSU): Richtig!)

Der Shell-Studie entnehme ich, um die Diskussion über die Rente noch einmal aufzugreifen, dass in der Regel die allermeisten Jugendlichen, nämlich mehr als die Hälfte sagen: Ich habe Respekt, nicht nur vor dieser Aufbauleistung. Ich habe Respekt vor diesem verdienten Altersruhegeld, sodass ich nicht bereit bin, im Sinne von einem Gegeneinander zu diskutieren, sondern für ein solidarisches Miteinander der Generationen eintrete.

Das ist meine Erfahrung. Natürlich haben junge Menschen auch große Sorgen, wenn sie die Zukunftsfragen für sich selbst beurteilen. Natürlich wissen sie, dass ihnen viel abverlangt wird, auch viel an persönlicher Einschränkung. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen schon aufrichtig sein, wir müssen die jungen Menschen schon wissen lassen, dass sie genauso wie die ältere Generation auch

ihren Beitrag zu bringen haben im Sinne von Vorsorge. Dann müssen wir den Jungen allerdings auch die notwendigen Spielräume schaffen.

Wenn ich einer Familie mit kleinem Einkommen – 1200 oder 1300 Euro Nettoverdienst – sage, legt noch gut 100 Euro im Monat für die Zukunft an, und zwar 40 Jahre lang, dann sagen natürlich die jungen Leute den Politikern und allen anderen Akteuren: Wie soll ich das denn tun, wenn ich gleichzeitig eine Frau und vielleicht ein Kind zu versorgen habe?

Wir müssen auch den älteren Menschen ganz aufrichtig sagen, dass die Ressourcen begrenzt sind. Beim bestehenden System, das wir nun haben und das wir – die Kollegen haben es vorhin benannt – nicht madig machen dürfen, müssen wir sagen, dass die ältere Generation mit Sicherheit – das hat sie getan, das sage ich ganz eindeutig – bereit ist, Einschränkungen zu tragen. Allein die letzten Jahre beweisen ja, dass die ältere Generation diese Sicht und diese Perspektive weitgehend für sich verinnerlicht hat. Sie verzichten auch weiterhin.

Deshalb ist dieses Gegeneinander wenig fruchtbar. Von unserem Umfeld her gesehen haben wir die Aufgabe und die Verantwortung, jungen Leuten und älteren Leuten zu sagen: Auf euren eigenen Beitrag kommt es an. Aus unserer Großstadt Nürnberg könnte ich Ihnen jetzt – dafür reicht die Redezeit nicht – Dutzende von Beispielen sagen, wo ein bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement älterer Menschen mit ihrem Know-how, ihrer Weisheit, ihrem Rat, ihrer Hilfsbereitschaft von der Krippe oder vom Kindergarten an in den Hort und in die Schule hinein ganz maßgeblich dazu beiträgt, diese Vorurteile abzubauen – nicht erst aufkommen zu lassen, wäre zu viel gesagt, aber Vorurteile abzubauen.

(Hans Spitzner (CSU): So ist es!)

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege Imhof, Sie sind schon einschließlich eines Geburtstagszuschlags über der Redezeit.

**Hermann Imhof (CSU):** Ja Wahnsinn. – Herr Präsident, dann beschränke ich mich darauf, dass es umgekehrt ganz genauso ist. Die ältere Generation und die mittlere oder die dazwischenliegende – da spreche ich mich genauso an –, jüngere und jung gebliebene Menschen bringen ihr Engagement in dieser Gesellschaft mit ein und verhindern somit präventiv Spaltung. In dem Sinne, weil meine Redezeit zu Ende ist, bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Habe ich eigentlich nur fünf Minuten?

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): So ist es!)

**Präsident Alois Glück:** Ich darf gar nicht laut sagen, um wie viel die Redezeit schon überschritten ist. Fünf Minuten ist die Regelredezeit, und wir sind jetzt deutlich darüber.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was lernen wir daraus?)

Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens. Das darf jetzt bei den anderen keine Schule machen; denn das war ein Geburtstagszuschlag.

**Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem heute jeder sein Alter offenbart: Ich bin 62 Jahre alt und habe damit überhaupt keine Probleme; denn mein ältester Sohn ist 42 Jahre alt, und meine älteste Enkelin wird in diesen Tagen 14 Jahre alt.

(Zuruf von der CSU: Ein Mehrgenerationenhaus!)

– Ich bin sozusagen ein Mehrgenerationenhaus in meiner Person, aber ich stehe selbstverständlich auch in den Generationen, ich lebe in den Generationen.

Herr Kollege Gantzer, ich denke, man sollte sich die Bemerkung von Roman Herzog doch sehr genau ansehen. Diese Bemerkung hat sehr viel Unfrieden gestiftet. Ich habe mir überlegt, warum schlägt sie so negativ aus. Ich denke, es geht um das Wort „Ausbeutung“. Hier gibt es zwei Ebenen, über die wir diskutieren müssen. Zwischen den individuellen Generationen – also von Großeltern zu Kindern und Enkelkindern – haben wir in Deutschland eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft. 30 % der Großeltern bringen sich nicht nur hin und wieder, sondern regelmäßig in die Kinderbetreuung ein. In aller Regel – soweit sie sich das finanziell leisten können – unterstützen Großeltern ihre Kinder und Enkelkinder auch finanziell, und zwar durchaus mit ansehnlichen Beträgen. Das haben wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt. 70 % der Kinder pflegen ihre Eltern zu Hause – eine großartige Leistung, die hier erbracht wird. Wir haben also eine große Solidarität zwischen den Generationen.

Genau diese Großeltern fühlen sich von dem Ausdruck „Ausbeutung“ getroffen; das merke ich in allen öffentlichen Diskussionen. Letztlich sagen sie: Da finde ich meine individuelle Lebenssituation überhaupt nicht wieder; ich beute nicht aus. Genau hier befinden wir uns mitten in dem Problem. Ich denke auch nicht, dass Roman Herzog dieses thematisieren wollte, sondern Roman Herzog wollte auf die Generationengerechtigkeit hinweisen. Roman Herzog wollte letztendlich – deshalb hat er hier einen falschen Ausdruck gewählt – darauf hinweisen, dass man der heutigen Generation – mein Blick geht nach oben zu der Jugend auf der Besuchertribüne – nicht eine höhere Belastung zumuten darf, als sie jetzige Generationen zu tragen haben, insbesondere bei den Sozialversicherungsbeiträgen und im Haushalt.

Der Freistaat Bayern hat sich als erstes Land auf den Weg gemacht, einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung zu verabschieden. Es geht darum, der jungen Generation zu sagen, wir engen uns ein Stück weit ein und stellen unsere Ausgaben auf den Prüfstand. Das halte ich für richtig; denn letztlich würden wir unseren Kindern und Enkeln ein Stück weit die Zukunft verplanen, wenn wir weiter so leben, wie wir bislang gelebt haben. Ich denke, dass Roman Herzog den Fokus auf diese Generationengerechtigkeit gerichtet hat und gleichzeitig gesagt hat, wir brauchen die Solidarität zwischen den Generationen.

Der Anlass für die Diskussion war die Rentensteigerung um 1,1 %, das Aussetzen des Riesterfaktors. Ich stehe ohne Wenn und Aber dahinter. Frau Kollegin Ackermann, ich weiß, dass 13 Euro nicht besonders viel sind, aber glauben Sie mir, es gibt doch etliche Rentnerinnen und Rentner, die froh sind, wenn sie 13 Euro im Monat mehr erhalten. Auch das möchte ich ganz klar sagen.

Wissen Sie, es ist ein Zeichen an die Rentnergeneration, die viele Nullrunden in Kauf nehmen musste. Wenn man es genau betrachtet, sind die Nullrunden doch Minusrunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kennen das alle: Betriebsrenten voll verarbeitet, Pflegeversicherung voll verarbeitet – nun beides ohne Anteil der Rentenversicherung. Herr Kollege Gantzer, durch die Reduzierung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung sind in Deutschland zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 23 Milliarden Euro entlastet worden, aber davon profitiert die Rentnergeneration nicht. Das muss man schlicht so sehen. Wenn man dann noch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten – Lebensmittel, aber auch Strom und Energie – berücksichtigt, dann haben die Rentnerinnen und Rentner in den letzten Jahren Minusrunden in Kauf nehmen müssen.

Deswegen ist die Erhöhung um 1,1 % ein Zeichen für die Rentner: Wir sehen eure Lebenssituation, und wir haben euch nicht vergessen. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen, gerade weil wir wissen, dass es den einen oder anderen wirklich nicht besonders gut geht, insbesondere den Frauen; da haben wir viel verschämte Armut. Wir wissen, dass sich lediglich 1,4 % der Rentner, die Gelder aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, in der Grundsicherung für Alte und Erwerbsunfähige befinden. Gerade von den Familien, insbesondere den kinderreichen Familien – damit sind wir bei der Familienpolitik –, wird wesentlich öfter Grundsicherung bezogen.

Frau Kollegin Ackermann, Sie haben das Wirtschaftswachstum von sich geschoben. Ich möchte Ihnen sagen: Dass wir überhaupt eine Rentenerhöhung von 0,54 % im Jahr 2007 hatten, hängt mit dem Nachhaltigkeitsfaktor zusammen. In Bayern sind immerhin 100 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Daran ist der Nachhaltigkeitsfaktor gekoppelt. Wenn sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen und Geld in die Rentenkasse strömt, dann gibt es einen Aufwuchs bei der gesetzlichen Rente. Das hängt ganz eng mit unserem Wirtschaftswachstum zusammen. Bayern ist dabei der Wachstumsmotor in der Bundesrepublik. Deswegen bitte ich, das entsprechend zu bewerten.

Zum Schluss ein Wort zur Familienpolitik. Sie haben das sehr gut beschrieben; wir sind uns inhaltlich durchaus einig. Ich bin im Übrigen auch Ihrer Ansicht, dass wir den Fokus verstärkt auf die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren richten müssen. Das habe ich zum Beispiel bei der Pflegeversicherung versucht: weg von den Defiziten, weg vom Begriff der Pflegebedürftigkeit, hin zum Begriff der Alltagskompetenz. Das haben wir leider Gottes mit der jetzigen Bundesgesundheitsministerin nicht erreicht: Wir haben die größte Zunahme – das ist ein ganz wichtiger Bereich – beim Ehrenamt bei den Menschen über sechzig Jahren. Gerade die Ehrenamtskarte – aus Erfah-

rung Wissen weitergeben an jüngere Generationen – hat sich in Bayern sehr bewährt. Ich denke auch an die Partnerschaftsmodelle und an die Seniorenbeiräte, die sich in das gesellschaftliche Leben in einer Kommune sehr intensiv einbringen. Es wächst sehr viel Gutes, wo ältere Menschen ihre Kompetenzen in unsere Gesellschaft einbringen.

Ich komme nun zur anderen Seite der Angelegenheit, zur demografischen Entwicklung. Dass wir alle immer älter werden, ist eine wunderbare Sache. Dass wir immer weniger Kinder bekommen, ist die eigentliche Katastrophe in Deutschland. Angesichts der Herausforderungen denke ich, dass wir bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern in Bayern auf einem guten Weg sind. Dabei müssen alle Kommunen mitmachen. Heute steht schon wieder in der Zeitung: Katastrophe – Krippenplätze in München. Man bekommt keinen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren. Da heißt es für alle Kommunen – ob Großstadt oder Kleinstadt –, sich auf den Weg zu machen und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sonnenholzner.

**Kathrin Sonnenholzner (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich teile die von den Vorrednern geäußerten Sorgen betreffend die aktuell wieder aufgeflammete Diskussion, die einen Generationenkonflikt herbeizubeschwören droht. Es handelt sich dabei um eine chronifizierte Debatte, nachdem das Thema in regelmäßigen Abständen auf den Tisch kommt – sei es „keine neue Hüfte über 85“, seien es andere Dinge, sei es das, was der ehemalige Bundespräsident verkündet hat.

Frau Stewens, Sie haben versucht, Herrn Herzog zu interpretieren. Hätte er aber mit dieser Rede „Generationengerechtigkeit“ gemeint, hätte er das so sagen können. Er hat genau das Gegenteil gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, wir sollten uns nicht auf eine Diskussion einlassen, die der hier beschworenen Kompetenz der Seniorinnen und Senioren die Haltung – ich sage es flach – „Ihr seid nichts mehr wert und beutet die Gesellschaft aus“ entgegenstellt. Es ist eine Sache des Anstands und des Umgangs der Menschen miteinander in einer zivilisierten demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich nicht wundern, wenn diese Aussagen dazu führen, dass sich letzte Woche in Oberbayern eine Rentnerpartei gegründet hat. Das ist ein fatales Signal, auch wenn alle Gruppen das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten. Eine Partei hat jedoch die Aufgabe, die Interessen aller und die Interessen des

Ganzen im Auge zu behalten. Deshalb ist die Parteigründung kein zielführender Weg.

Zielführend wäre der gesellschaftliche Konsens, den die SPD immer noch einfordert: gemeinsam und solidarisch. Wir haben in Deutschland kein Problem zwischen Alt und Jung. Ich sage das bewusst den jungen Menschen, die auf der Besuchertribüne sitzen. Wir haben das Problem, dass zwischen Arm und Reich die Schere zunehmend auseinanderklafft.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die älteren Menschen. Das gilt für die Leute der Sandwich-Generation. Das gilt aber auch für die Jungen. Überall gibt es solche, die von dem System im Stich gelassen werden und die durch die Maschen fallen. Überall gibt es auch solche, die eigentlich eher mehr haben, als man unbedingt haben muss. Wir haben riesige Probleme mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit Working Poor und Rentnerinnen und Rentnern, die inzwischen – Gott sei Dank – aufgrund der rot-grünen Koalition wenigstens Renten auf Grundsicherungsniveau beziehen

(Beifall bei der SPD)

und nicht wie früher noch deutlich darunter.

Ich weiß nicht, ob Herr Herzog und andere wissen, wie sich Menschen fühlen, die zum Beispiel der 50-plus-Hilfe in meinem und anderen Landkreisen angehören, die Arbeitslose vertreten, die über 50 und 55 Jahre alt sind, die 40 Jahre lang eingezahlt haben und jetzt bis zum Renteneintritt von Hartz IV leben müssen und deren Rentenbezüge deutlich unter dem liegen, was ein lebenswertes Leben in Deutschland braucht.

Herr Herzog vergaloppiert sich aber nicht nur im ersten Schritt, den wir schon diskutiert haben, sondern er hat gestern noch einmal nachgelegt. Jetzt reklamiert er für Deutschland das „Recht auf Dummheit“. Würde ich das jetzt bewerten, würde mich der Präsident zu Recht rügen. Deshalb sage ich nur das, was ich inhaltlich davon halte, dass Leute wie Roman Herzog diejenigen, die für den Mindestlohn eintreten, für dumm verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Welche Wirkungen hätte denn der Mindestlohn, den im Übrigen Sie, Frau Stewens, und die Kollegen der CSU leider über den Bundesrat blockieren? – Der Mindestlohn würde bedeuten, dass die gesetzliche Rentenversicherung aktuell Mehreinnahmen zu erwarten hätte und die Rente in der Zukunft höher wäre.

(Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt doch nicht! Es gibt doch Vereinbarungen!)

– Die Vereinbarungen reichen nicht.

Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne für alle Branchen. Dass Sie nicht bereit sind, dies mitzutragen, ist ein riesengroßer Skandal, weil Sie nicht nur die beiden von mir beschriebenen Auswirkungen verhindern, sondern weil Sie billigend zulassen, dass wir die Unternehmer, die ihre Menschen ungerecht bezahlen, dadurch unterstützen, dass die Gesellschaft vielfach die Kosten der Unterkunft für diese Leute zahlen muss.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

– Da ich heute nicht Geburtstag habe, muss ich meine Redezeit einhalten. Deswegen ganz zum Schluss:

Ich fände es schön, wenn das Hohe Haus – zumindest die drei Fraktionen, denn die Ministerin hat die Aussagen schon relativiert – das Signal geben würde, dass alle Fraktionen in allen Ausschüssen und nicht nur die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker den Versuch des Bundespräsidenten und aller anderen, die versuchen, die Gesellschaft zu spalten und zu teilen in Alt und Jung oder in Gut und Böse, zutiefst verurteilen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Rednerin: Frau Kollegin Pongratz.

**Ingeborg Pongratz (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit einem Thema, dessen Wichtigkeit man nicht hoch genug einschätzen kann. Wir alle brauchen eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt. Wir alle sind grundsätzlich aufeinander angewiesen, und wir alle sind auch darauf angewiesen, dass wir uns als Gesellschaft nicht auseinanderdividieren lassen. Wir brauchen ein Miteinander von Jung und Alt, und wir können es uns als Gesellschaft gar nicht leisten, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden.

Wir dürfen keine Verteilungs- oder Neiddebatte führen. Das wäre kontraproduktiv und würde weder Alt noch Jung das Geringste bringen. Dabei kann ich offen und ehrlich sagen, dass ich oft den Eindruck habe, dass die sogenannte Neiddebatte teilweise herbeigeredet wird. Ich komme – wie Sie auch – als Landes- und Kommunalpolitikerin viel herum, und ich erlebe fast täglich das Gegenteil. Auch in meinem Privatleben erlebe ich, dass nicht gegeneinander diskutiert wird, sondern immer miteinander. Die Großeltern helfen zum Beispiel ihren Enkeln und unterstützen sie, wo sie nur können, auch finanziell und bei der Ausbildung. Andererseits freuen sich die Enkel, wenn sie mit den Großeltern zusammen sein können, und sie helfen beispielsweise bei Einkäufen oder Erledigungen. Ich erlebe es in meinem Alltag selten, dass es ein Miteinander gibt, wie es diskutiert wird und immer wieder in der Presse steht. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Lage schlechter gemacht wird, als sie in Wirklichkeit ist.

Wir Politiker haben also jede Menge Handlungsauftrag, um die Situation richtig darzustellen. Das Prinzip des „Miteinander der Generationen“ wird in vielen Kommunen

bereits bestens umgesetzt. Wo es noch nicht funktioniert, sind wir alle aufgerufen, diesen Vorgang zu fördern.

Eine hervorragende Idee ist beispielsweise, Mehrgenerationenhäuser einzurichten. In Landshut wird dies momentan von der Caritas in die Realität umgesetzt. Es gibt viele private Initiativen. Diese Idee sollten wir unterstützen.

Ein guter Weg ist auch das Engagement von Senioren in Kindertageseinrichtungen. Ich kenne viele Senioren, die zum Vorlesen, zu einer kurzen Betreuung oder zu Gesprächen in Kindergärten gehen. Andererseits gehen die Kindergartenkinder in Senioreneinrichtungen. Die Senioren erfreuen sich der Jugend.

Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl bei uns vieles im Verhältnis zwischen Alt und Jung sehr gut läuft, gibt es immer wieder Punkte, die wir mit gemeinsamer Anstrengung verbessern müssen. Ganz besonders wichtig ist die Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Menschen. Wir müssen dafür sorgen, dass auch ältere Menschen noch fest in den Erwerbsprozess einbezogen werden. Die älteren Menschen dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass sie zum alten Eisen zählen. Sie haben den Jungen oft viel an Erfahrung voraus, und davon können die Betriebe hervorragend profitieren.

Als Politikerinnen und Politiker müssen wir unsere Unternehmen dazu anhalten, dass sie Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, die auf den Arbeitszeit- und Lebenszeitrhythmus der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger Rücksicht nehmen. Weiterhin müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von älteren Menschen geschaffen werden. Dabei müssen wir eine lebhaftige Diskussion führen über gut gemeinte Schutzmaßnahmen, wie etwa die erschwerte Kündigungsmöglichkeit gegenüber älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das darf kein Tabu-Thema sein.

Ungeheuer wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir eine seniorenrechtliche Ausgestaltung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen. Heute gibt es effiziente Maßnahmen, die gar nicht einmal so teuer sind, um unsere älteren Mitmenschen an ihrem Arbeitsplatz zu unterstützen. Ich denke dabei an ganz einfache Maßnahmen, zum Beispiel die Bestuhlung am Arbeitsplatz. Hier gibt es genügend technische Möglichkeiten, die genutzt werden müssten.

Nicht vergessen dürfen wir die Stärkung der Weiterbildungsangebote in den Betrieben. Jedes Unternehmen wird davon profitieren, wenn es ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterbildet. Es kann und darf nicht sein, dass eine Weiterbildungsmaßnahme nur deshalb nicht durchgeführt wird, weil der Betroffene Anfang 30 ist. Wir leben in einer hochtechnisierten Welt, die sich immer schneller weiterentwickelt.

**Präsident Alois Glück:** Frau Kollegin, ich muss Sie leider an die Zeit erinnern. Sie sind schon über der Redezeit.

**Ingeborg Pongratz (CSU):** Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass uns das Miteinander der Generationen sicher noch lange beschäftigen wird. Nach meiner Meinung gibt es aber überhaupt keinen Grund, schwarz zu sehen oder Pessimismus zu verbreiten. Wir haben viele Chancen und Möglichkeiten, die wir gemeinsam nutzen müssen. Dazu möchte ich Sie alle auffordern und um Ihre intensive Mitwirkung bitten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Memmel. Sie erhalten zum Ausgleich einen kleinen Zuschlag. Strapazieren Sie ihn aber nicht zu stark.

**Hermann Memmel (SPD):** Hochverehrter – hinsichtlich der zugestandenen längeren Redezeit –, liebenswerter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir diese Rentenerhöhung einmal als Ganzes betrachten, muss ich feststellen: Das ist schon eine gespenstische Diskussion. Zuerst kamen die Kritiker und sagten, eine Erhöhung um 1,1 % würde den Rentnern überhaupt nichts bringen. Haben Sie schon einmal erlebt, dass ein Einzelhändler die Preise für seine Waren nicht heraufgesetzt hätte, weil ihm 1 % zu wenig gewesen wäre? Ich kenne Kaufhausketten, die ihre Preise um 0,3 und 0,5 % ganz langsam erhöhen. Bis man sich dann umschaute, stellt man fest, dass enorme Erhöhungen vorgenommen wurden. Das sind schleichende Entwicklungen. Bei den Rentnern soll eine solche Erhöhung aber plötzlich nicht zählen. Da werden dann 20 Euro als wenig bezeichnet, weil sie global insgesamt zu hoch wären. Das verstehe ich nicht mehr.

Wenn man heute die Zeitung aufschlägt, liest man, dass das Einkommen der Rentner sinke, Preissteigerungen die Bezüge der Ruheständler schmälerten und Rentner in Minijobs drängten. Dort steht genau drin, wie hoch der Kaufkraftverlust bei der Rente war und welchen Verzicht die Rentner über die letzten zehn Jahre hinweg geleistet haben. Das muss man auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist diese Anhebung ein Akt der Gerechtigkeit, der stärker hätte ausfallen können, wenn dies möglich gewesen wäre. Schlimm sind die Ausführungen des ehemaligen Bundespräsidenten. Darüber erregen wir uns. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab bereits im Vorfeld Gelegenheiten, bei denen jüngere Leute angeregt haben, die Demokratie bei den Senioren abzusichern. Ich erinnere nur an den Chef der Jungen Union in München, Tobias Weiß, der vorgeschlagen hat, man sollte die Seniorenbeiratswahlen in München nicht durchführen, weil diese zu teuer seien. Das war eine demokratische Wahl. Er wollte die Demokratie einschränken. Wir haben diesen Vorschlag damals bekämpft.

Denken Sie außerdem an Philipp Mißfelder oder Jan Dittich, die sich im Ton vergriffen haben. Diese Vorfälle sind bereits ein paar Jahre her. Aber glauben Sie denn nicht, dass sich durch Roman Herzog jetzt andere ermutigt fühlen, diesen Konflikt auf die Spitze zu treiben? Jetzt

wird es junge Leute geben, die sich profilieren wollen und sich hinter Roman Herzog verstecken werden. Damit würde der Ton rauer und die Gesellschaft entsolidarisiert. Dagegen müssen wir alle gemeinsam eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Mir liegt ein Zeitungsartikel vor, in dem es heißt, dass die „öffentliche Empörung heftig und der Rücktritt unausweichlich gewesen sei“. Dabei geht es um den Bundesvorsitzenden der Jungen Liberalen, Jan Dittrich. Weiter ist zu lesen, „was er mit seinen Äußerungen angerichtet habe, sei längst nicht aus der Welt, auch wenn er zurückgetreten sei. Seine Äußerungen seien nicht nur rüpelhaft, dreist und dumm, sie blieben vor allem eine Beleidigung für Millionen Menschen, ein Schlag ins Gesicht. Die Formulierungen, die der FDP-Mann gewählt habe, offenbarten einen erschreckenden Ungeist und eine Menschenverachtung, die durch nichts zu entschuldigen seien. Dittrich habe sich entschuldigt. Schwamm drüber? Nein. Der ehrgeizige Nachwuchs-Liberale habe seine Botschaft gezielt platziert“. Diese Worte hat unser Landtagspräsident im Zusammenhang mit dem damaligen Vorgang im Jahr 2005 geschrieben. Ich gehe davon aus, dass der Herr Landtagspräsident jetzt einen ähnlichen Artikel in Richtung Roman Herzog schreiben wird; denn im Ton und in der Intention hat sich nichts verändert. Die Zielrichtung ist die gleiche.

Man kann nun sagen: Die Jungen sollen nicht undankbar sein, und sie sollen keine Angst haben. Ich verstehe es aber trotzdem, dass viele junge Menschen heute Angst vor der zukünftigen Entwicklung haben. In der Vergangenheit ist im Bayerischen Landtag einiges geschehen, woran die CSU nicht unschuldig ist. Die Perspektiven, die die Jugend in der Bildungspolitik braucht, sind noch längst nicht vorhanden. Meine Damen und Herren, wir weisen heute immer wieder auf zu große Klassen und das Aussortieren der Kinder nach der 4. Klasse hin. Wir weisen darauf hin, dass die Versorgung in den Schulen unzureichend ist. Das sind mangelnde Perspektiven für die jungen Leute, die von den Menschen zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat aber auch bei den Senioren einige Maßnahmen ergriffen, die nicht in Ordnung waren und diese jungen Leute ermutigt haben, in diese Richtung zu stoßen. Denken Sie an die vor einigen Jahren vorgenommenen Kürzungen beim Landesplan für Menschen mit Behinderungen. Denken Sie an die Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus, die speziell ältere Leute betroffen hat. Die ambulante Pflege wurde nicht ausreichend unterstützt. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat noch vor zwei Jahren geschrieben: „Kinder in Bayern – ein Armutsrisiko?“. Solche Maßnahmen verursachen Ängste. Sie haben die Mittel für die Landesseniorenvertretung gekappt. Sie können hinschauen, wo Sie wollen: Ängste bestehen heute bei Jung und Alt.

Unsere Aufgabe ist es, eine verlässliche Politik zu machen, um den Jungen zu signalisieren, dass sie alle Chancen

und Möglichkeiten haben und eine gute Ausbildung erhalten. Die Jungen werden dann im internationalen Wettbewerb bestehen. Das ist unser Kapital. Damit können die Alterssicherungssysteme gefestigt werden. Ich wünsche mir, dass wir in vielen Feldern der Jugendpolitik und der Seniorenpolitik in diesem Hause gemeinsam etwas verändern.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächster und letzter Redner: Herr Kollege Peter Winter.

**Peter Winter (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute in der Aktuellen Stunde über ein Thema, das nicht nur im Bayerischen Landtag zu Debatten animiert, sondern auch in den Familien. Dieses Thema betrifft Jung und Alt. Wir sind uns sicher einig, dass die von der Großen Koalition beschlossene Rentenerhöhung richtig und notwendig war. Sie hat zu verschiedensten Kommentierungen aus den verschiedensten Blickwinkeln geführt. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Kommentierungen unaufgeregter und differenzierter gewesen wären.

Wir debattieren heute im Bayerischen Landtag darüber, weil dieses Thema die Menschen betrifft. Lieber Herr Kollege Memmel, wenn wir über dieses Thema jedoch in dieser Form diskutieren, wecken wir noch mehr Ängste bei den Menschen. Sie werfen uns vor, wir würden in der Bildungspolitik nichts tun. Damit verkennen Sie die Situation. Das sind Rituale, die jedes Mal bei diesen Themen kommen. Gerade die Beschlüsse, die wir auf den Weg gebracht haben, sind für unsere Kinder gute Signale und geben ihnen damit die Voraussetzungen, um zu bestehen.

Gerade in der Seniorenpolitik brauchen wir uns nicht zu verstecken. Hier ist der Freistaat Bayern auf einem richtigen und guten Weg.

Ich verfolge in diesem Zusammenhang die Tarifverhandlungen, die unmittelbar mit der Rentenproblematik zusammenhängen. Wenn ich den Verlauf der Tarifverhandlungen in der letzten Zeit richtig interpretiere, sollten wir uns daran orientieren. Häufig wird von einer prozentualen Erhöhung abgesehen und eine pauschale Erhöhung vorgenommen.

Es wäre sicherlich überlegenswert, ob man in dieser Richtung für die Rentner etwas mehr tun könnte, als wir das die ganze Zeit getan haben. Ich weiß natürlich, dass dies Probleme hinsichtlich der Gesetzgebung aufwirft. Dennoch meine ich, man sollte über diese Möglichkeit nachdenken.

Wir haben viel über den demografischen Wandel gehört und haben in diesem Zusammenhang statistische Zahlen gehört. Herr Professor Gantzer hat angedeutet, dass zwischen 2005 und 2050 die Zahl der über Fünfundsechzigjährigen um 7 Millionen bzw. 44 % und die Zahl der über Fünfundachtzigjährigen um 6,4 Millionen bzw. 73 % zunehmen wird. Das wirft Fragen auf, wie wir diese He-

erausforderungen bestehen können. Dass sich die junge Generation in diese Debatte einmischt und einbringt, ist selbstverständlich und notwendig. Generationengerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass auch die Rente für die Jüngeren bezahlbar bleiben muss. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung soll nach den gesetzlichen Vorgaben bis zum Jahre 2020 20 % und bis zum Jahr 2030 22 % nicht übersteigen. Ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang ist die Rente mit 67. Auch damit muten wir den Menschen etwas zu. Mit der Rente mit 67 kann der Beitragssatz bis zum Jahre 2030 nach den Vorhersagen bei maximal 22 % gehalten werden.

Gleichzeitig – auch das muss man der jüngeren Generation sagen – wird das Rentenniveau auf 51 % bzw. auf 46 % bis 2030 gesenkt, welches in der Folge den Wert von 43 % nicht unterschreiten soll. Den Jüngeren wird es mithilfe der staatlich geförderten Rente trotzdem möglich sein, ihren Lebensstandard auch im Alter zu erhalten. Alle Experten sind sich einig: Deutschland hat die finanzielle Nachhaltigkeit seines Rentensystems durch umfassende und schmerzliche Reformen deutlich erhöht. Mit der Riester-Rente, dem Nachhaltigkeitsfaktor und der Rente mit 67 hat die Politik in Bezug auf die gesetzliche Rentenversicherung ihre Hausaufgaben gemacht. Auf diesem Feld waren wir erfolgreich, und wir müssen schauen, wie es weitergeht.

Bei der Reform der Pflegeversicherung allerdings – ein weiteres wichtiges Themenfeld – haben wir die Probleme nicht gelöst. Es ist nicht gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort auf die Herausforderungen durch die demografische Entwicklung und den damit verbundenen erheblichen Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen zu geben. Sicher ist, dass das bestehende Umlageverfahren die auf uns zukommenden Kosten nur mit massiven Erhöhungen des Beitragssatzes schultern kann. Damit wird dann gerade die jüngere Generation belastet, ohne dass diese eine Vorsorge für die Pflege hat treffen können. Auch das müssen wir bei dieser Debatte beachten. Deshalb ist es meines Erachtens notwendig, dass das Umlageverfahren in Zukunft durch den Aufbau eines Kapitalstockes ergänzt werden muss. Nur auf diesem Weg kann sichergestellt werden, dass auch die jüngere und mittlere Generation in Zukunft angemessene Leistungen zu einem bezahlbaren Preis erhält.

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, Sie sind auch über der Redezeit.

**Peter Winter (CSU):** Für diesen wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit sollten wir uns alle gemeinsam mit Nachdruck einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes bitte ich Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 30. März dieses Jahres verstarb Herr Otto Kahler im Alter von 87 Jahren. Otto Kahler gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1978 an und vertrat für die Fraktion der SPD zunächst den Stimmkreis Stadt Marktredwitz, Stadt Selb, Rehau, Wunsiedel, und ab 1974 dann den Wahlkreis Oberfranken.

Otto Kahler begann mit mir im Jahr 1970 seine Arbeit als Landtagsabgeordneter. Gerade durch die Zusammenarbeit im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen ist er mir in sehr guter Erinnerung. Besondere Anliegen waren ihm auch die Jugendpflege und die Erwachsenenbildung, die er aktiv als Referent bzw. Kurs- und Seminarleiter praktizierte.

Der besondere Schwerpunkt seiner Arbeit lag auf dem Gebiet des Umweltschutzes – in den Aufbaujahren, mit den oft kämpferischen Auseinandersetzungen bis hin zu den Regelungen des Artikels 141 der Bayerischen Verfassung. Der Bayerische Landtag wird Otto Kahler ein ehrendes Gedenken bewahren.

Am 10. April verstarb im Alter von 71 Jahren Herr Sebastian Kuchenbaur. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1988 bis 2003 an und vertrat für die CSU zunächst den Wahlkreis Schwaben, dann den Stimmkreis Augsburg-Land-Süd. Bevor er in der Landespolitik aktiv war, war Sebastian Kuchenbaur in der Kommunalpolitik fest verankert. Alle, die in dieser Zeit hier waren, haben erlebt, dass er seine Überzeugungen entschieden vertreten hat. Seine politischen Themen waren in besonderer Weise durch seine enge Beziehung zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum sowie aus seinem christlichen Verständnis vom Engagement im Dienste der Allgemeinheit geprägt.

Für seine großen Verdienste für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum wurde Sebastian Kuchenbaur vor rund einem Jahr durch Staatsminister Miller mit dem großen Bayerischen Löwen ausgezeichnet. Der Bayerische Landtag wird Sebastian Kuchenbaur ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren der beiden Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe gemeinsam die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2008) (Drs. 15/9645) – Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 15/10204)**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008) (Drs. 15/9646)  
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008**

**von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drsn. 15/9864 mit 9876, 15/10018 mit 10020, 15/10084 mit 10109, 15/10147 mit 10155 und 10158;**

**von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf den Drsn. 15/9881 mit 9910, 15/10066 mit 10068, 10070, 10072, 10074, 10077 mit 10082, 15/10119 mit 10132, 15/10255 mit 10279, 15/10292 mit 10294 und 15/10309;**

**von Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf den Drsn. 15/9923 mit 9945, 15/10039 mit 10044, 10046 mit 10048, 10050 mit 10058, 15/10183 mit 10195, 10197 mit 10203 und 15/10349**

**sowie Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsgesetz**

**Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naab, Ludwig Wörner u. a. (SPD) (Drs. 15/9880)**

**Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 15/10205)**

Schon jetzt darf ich bekannt geben, dass die SPD-Fraktion für die Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Manfred Ach (CSU): Die CSU-Fraktion!)

Ebenso die CSU-Fraktion.

(Manfred Ach (CSU): Nur die CSU-Fraktion!)

– Mir ist mitgeteilt worden, – – Es ist auf jeden Fall namentliche Abstimmung beantragt. Danach können sich alle richten. Im Übrigen können wir die Frage später klären.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 45 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner: Herr Kollege Ach.

**Manfred Ach** (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe, seit ich im Jahre 1998 den Vorsitz des Haushaltsausschusses übernommen habe, schon viele Doppel- und Nachtragshaushalte mitgestaltet. Doch der letzte meiner Amtszeit, der Nachtragshaushalt 2008, ist ein ganz besonderer.

Der Nachtragshaushalt 2008 ist sowohl von den finanzwirtschaftlichen Rahmendaten als auch von den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen her der beste Beweis dafür, dass sich vorausschauende, nachhaltige Haushaltspolitik lohnt. Der Nachtragshaushalt 2008 ist nämlich zweierlei: Er ist der hart erarbeitete Erfolg unserer Konsolidierungsmaßnahmen in den letzten Jahren und gleichzeitig die Basis, um unsere Erfolge zu sichern, weiter auszubauen und die Weichen für eine gute Zukunft Bayerns richtig zu stellen.

Die Leistungsbilanz unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger ist hervorragend. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sehen Sie zum Vergleich doch einmal auf die Bilanz der SPD-Regierung in Rheinland-Pfalz. Die Fakten bei uns sind eindeutig:

In Bayern entstehen die meisten Arbeitsplätze. Bayern hat das höchste Wachstum. Bayern hat die beste Ausbildungsstellenbilanz. Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote. Bayern hat den geringsten Anteil an Empfängern von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II, also an Empfängern von Hartz IV-Leistungen. Bayern liegt an der Spitze bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei den Patentanmeldungen und den staatlichen Investitionen. Bayern hat die geringste Kriminalität. Bayern hat den höchsten Anteil an regenerativen Energien. Darüber hinaus werde ich Ihnen im Folgenden auch darlegen können, dass Bayern die beste Bildung bietet und die solidesten öffentlichen Finanzen vorweisen kann.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Georg Schmid (CSU): Das muss auch einmal gesagt werden! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Märchenstunde von Herrn Ach! – Georg Schmid (CSU): Was stimmt, das stimmt!)

Der Nachtragshaushalt 2008, der im Regierungsentwurf am 30. Januar dieses Jahres in den Bayerischen Landtag eingebracht und in den zurückliegenden Wochen im Haushaltsausschuss beraten wurde, ist kein gewöhnlicher Nachtragshaushalt; denn er ist nicht nur Korrektur und Ergänzung des Stammhaushalts 2007/2008, sondern ein echter Gestaltungshaushalt: Mit ihm stellen wir die Weichen für die zukünftige Entwicklung unseres schönen bayerischen Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir tun dies auf der Basis eines ausgeglichenen Haushalts ohne einen Cent an Neuverschuldung. Im Gegenteil, wir ruhen uns nicht darauf aus, dass Bayern als einziges Land in Deutschland seit dem Jahr 2006 nunmehr zum dritten Mal in Folge einen Haushalt vorlegt, der aus eigener Kraft ausgeglichen ist. Vielmehr setzen wir unseren erfolgreichen finanzpolitischen Kurs fort und ergänzen unseren Haushalt mit dem Einstieg in eine planmäßige Schuldentilgung und mit mutigen, kraftvollen und zukunftsweisenden Schwerpunktsetzungen.

Kinder, Bildung, Arbeitsplätze und Klimaschutz sind die Schlüsselthemen, die uns den Weg in die Zukunft weisen. Eine gute Bildung, die Chancen eröffnet, wirtschaftliche Stärke und Arbeitsplätze sind das Fundament für alles

andere. Dieser Zielrichtung dient insbesondere das Sonderprogramm „Zukunft Bayern 2020“, das die Mehrheitsfraktion zusammen mit der Staatsregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen noch um wesentliche Schwerpunkte im Schulbereich erweitert hat.

Flankierend hinzu kommen das Abfinanzierungsprogramm zum Abbau des Investitionsstaus und die zahlreichen Maßnahmen, die die CSU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen in die Wege geleitet hat.

Ich beginne mit den Initiativen der CSU-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2008: Die CSU-Fraktion hat bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2008 ganz besonderen Wert auf die Stärkung der Investitionen gelegt. Deshalb haben wir als Erstes das Sonderprogramm zur beschleunigten Abfinanzierung staatlicher Investitionszuschüsse von 150 Millionen Euro um weitere 50 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro aufgestockt. Im Ergebnis erreichen wir damit, dass eine Reihe bereits geplanter und beantragter Bau- und Investitionsmaßnahmen schneller umgesetzt und abfinanziert werden kann. Von dieser Erhöhung profitieren beispielsweise die Träger privater Volksschulen ebenso wie die Kommunen bei der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Mit der Aufstockung des Abfinanzierungsprogramms setzen wir darüber hinaus zusätzliche Impulse im Sportstättenbau, bei den Werkstätten für Menschen mit Behinderung sowie bei der Jugendarbeit.

(Georg Schmid (CSU): Sehr wichtig!)

Nicht zuletzt stehen auch für Maßnahmen der Kirchenbaulast und für die Dorferneuerung zusätzliche Abfinanzierungsmittel zur Verfügung.

Neben diesem Sonderprogramm zur beschleunigten Abfinanzierung haben wir eine Vielzahl weiterer investiver Maßnahmen angestoßen, die folgenden Bereichen zugute kommen:

Wir stärken die innere Sicherheit, indem wir die verfügbaren Mittel für kleinere Baumaßnahmen, Fuhrpark, EDV und Sachmittelausstattung bei Polizei und Justiz verstärken.

Wir setzen gezielte Impulse für die Wirtschaft und für die Infrastruktur sowie für einen lebendigen ländlichen Raum. So erhöhen wir insbesondere die für den Staatsstraßenbau zur Verfügung stehenden Mittel um insgesamt 40 Millionen Euro. Um unser Straßennetz in gut ausgebautem Zustand zu erhalten, konzentrieren wir uns dabei vor allem auf bestandserhaltende und verkehrssichernde Maßnahmen. Für eine weitere Stärkung der Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum erhöhen wir ferner die verfügbaren Mittel für die Dorferneuerung um 10 Millionen Euro. Herr Kollege Memmel, wir stocken den Neubewilligungsrahmen bei der Städtebauförderung um weitere 5 Millionen Euro auf und heben die Projektmittel für die Tourismuswirtschaft um 1,6 Millionen Euro an.

Ein ganz wichtiges Anliegen war uns die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Hier wollen wir nicht nur die zur Verfügung stehenden Fördermittel erhöhen, sondern auch Forschung und Entwicklung weiter voranbringen. Für die Regional- und die Technologieförderung haben wir daher insgesamt 25 Millionen Euro mehr vorgesehen, als im Regierungsentwurf veranschlagt war.

Neben einer konsequenten, effizienten Wirtschaftsförderung geht es uns auch um eine leistungsstarke Landwirtschaft. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung um 4,5 Millionen Euro, verstärken die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete um 3 Millionen Euro und unterstreichen die Bedeutung der Absatzförderung in der Landwirtschaft durch zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million Euro.

Der Vorsprung Bayerns in vielen Bereichen im Vergleich zu anderen Ländern beruht seit jeher nicht nur auf seiner wirtschaftlichen Stärke. Die Menschen in Bayern haben neben ihrer eigenen Leistungs- und Schaffenskraft stets auch auf eine eigene kulturelle Identität und den sozialen Zusammenhalt gesetzt. Diese Werte zu fördern und zu unterstützen, war der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag stets ein wichtiges Anliegen.

Deshalb haben wir nicht nur die Werkstätten für Menschen mit Behinderung mit zusätzlichen 4 Millionen Euro im Rahmen des Abfinanzierungsprogramms unterstützt, sondern auch die Mittel für die offene Behindertenarbeit um 2,5 Millionen Euro erhöht. Darüber hinaus wollen wir mit zusätzlich 1 Million Euro die Entwicklung ambulanter Wohn- und Pflegeformen für Senioren vorantreiben, Herr Kollege Memmel. Die Angebote für Menschen in besonderen Lebenssituationen, wie zum Beispiel die Obdachlosenhilfe, die Hilfe für gewaltbedrohte Frauen und Kinder oder die Schwangerenkonfliktberatung, werden wir ebenfalls mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 2 Millionen Euro absichern. Für Projekte der Familienbildung wollen wir künftig 1 Million Euro mehr zur Verfügung stellen. Für Projekte der Vertriebenenarbeit haben wir für 2008 knapp eine halbe Million Euro verfügbar gemacht.

Besondere Priorität genoss bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2008 unter anderem die Jugendsozialarbeit an Schulen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ja! Ja!)

– Ich habe deshalb eine Pause gemacht, damit Sie es gut verinnerlichen können, Frau Tolle.

(Georg Schmid (CSU): Eine kluge Entscheidung!)

Hier ging die CSU-Fraktion bewusst über die bereits im Regierungsentwurf vorgesehene Aufstockung hinaus: Mit zusätzlich 1 Million Euro stellen wir sicher, dass das von der Staatsregierung beschlossene Programm, bis zum Jahr 2012 350 Sozialarbeiter an bis zu 500 Brennpunktschulen einzusetzen, bereits zum Schuljahresbeginn 2009 umgesetzt sein wird.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch gut! Da ist Beifall von der SPD gefordert!)

Investive Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit werden, wie bereits angesprochen, von zusätzlichen Abfinanzierungsmitteln in Höhe von 3 Millionen Euro profitieren. Der Sportstättenbau erhält 5 Millionen Euro an zusätzlichen Abfinanzierungsmitteln. Hinzu kommen noch 1,3 Millionen Euro für den Leistungssport und vor allem – darauf lege ich persönlich großen Wert – für den Behindertensport.

Daneben hat die CSU-Fraktion zusätzliche Mittel auch zu dem Zweck vorgesehen, das kulturelle Erbe Bayerns zu erhalten, zu pflegen und zu bewahren:

Neben den zusätzlich drei Millionen Euro, die zur Abfinanzierung investiver Maßnahmen im Bereich der Kirchenbaulast zur Verfügung stehen, haben wir weitere 5 Millionen Euro zur Förderung des Denkmalschutzes vorgesehen. Die kommunalen Theater – ein Thema, das alle beschäftigt – werden wir mit zusätzlich 1,5 Millionen Euro fördern, während die nichtstaatlichen Museen mit einer halben Million Euro sowie die nichtstaatlichen Orchester und die Bibliotheken in Bayern mit jeweils einer Million Euro mehr an Zuschüssen rechnen dürfen.

Bei den von mir soeben angesprochenen Initiativen hat die CSU-Fraktion besonderen Wert auf den investiven Charakter der Maßnahmen gelegt. Dies ist uns zum überwiegenden Teil auch gelungen: Über 80 % der Maßnahmen, die die CSU-Fraktion bei den parlamentarischen Beratungen zum Nachtragshaushalt angestoßen hat, sind Investitionen. Dies zeigt, wie vielfältig die Investitionen sein können, die Bayern in Zukunft voranbringen sollen. Die zusätzlichen staatlichen Investitionen setzen ferner den Startschuss für ein Vielfaches an Folgeinvestitionen von Wirtschaft und Privatleuten.

Zum kommunalen Finanzausgleich gibt es ebenfalls Positives zu berichten. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2008 dürfen sich auch die Kommunen über einen kräftigen Investitionsschub freuen. Insgesamt erhöhen sich die reinen Landesleistungen im Vergleich zum Vorjahr um über 600 Millionen Euro auf eine stolze Summe von über 6,1 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU – Georg Schmid (CSU): Das ist beeindruckend!)

Hiervon profitieren zunächst die Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den einzigartigen Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen um über 280 Millionen Euro auf insgesamt über 2,4 Milliarden Euro. In Prozent ausgedrückt ist das ein Zuwachs von über 13 Prozent, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Darüber hinaus führt der kommunale Finanzausgleich 2008 aber auch zu einer deutlichen Stärkung der Investitionskraft unserer Kommunen. Für die Förderung kommunaler Investitionen stehen im Vergleich zum Vorjahr über 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung, was folgenden Bereichen zugutekommt:

Im Schulbau ist eine Erhöhung um 25,6 Millionen Euro auf insgesamt 215 Millionen Euro zu verzeichnen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Nachdem Jahre nichts gelaufen ist!)

Im kommunalen Straßenbau und -unterhalt kommt es zu einer Erhöhung um 32,1 Millionen Euro auf insgesamt 246,1 Millionen Euro. – Kollegin Tolle, das ist eine schöne Zahl.

Beim Bau von Abwasseranlagen beträgt die Erhöhung 20 Millionen Euro. Insgesamt sind es nunmehr 141,3 Millionen Euro.

Der Krankenhausbau ist ein sehr wichtiges Thema. Hier beträgt die Erhöhung 25 Millionen Euro auf insgesamt 477,6 Millionen Euro.

(Zurufe: Mikro!)

**Präsident Alois Glück:** Anscheinend haben wir eine Störung in der Mikrofonanlage.

(Georg Schmid (CSU): Die Zahlen sind so gut, die verstehen wir auch so! Es sind beeindruckende Zahlen!)

– Herr Kollege, wir müssen unterbrechen. Wir haben wahrscheinlich Stromausfall.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Dieser Haushalt ist es wohl nicht wert, übertragen zu werden! – Georg Schmid (CSU): Da habt ihr wohl wieder ein Kernkraftwerk stillgelegt!)

Ich unterbreche die Sitzung für einen Moment.

(Unterbrechung von 14.34 bis 14.40 Uhr)

Meine Damen und Herren, darf ich einen Moment um Ihre Aufmerksamkeit bitten. – Die Lautsprecheranlage ist, wie Sie bemerkt haben, ausgefallen. Deswegen unterbreche ich die Sitzung bis 15.00 Uhr. Zwischenzeitlich installieren wir eine andere Lautsprecheranlage.

(Unterbrechung von 14.41 bis 15.03 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren mit der Sitzung fort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Zunächst eine Erklärung: Im technischen System werden die Tonsignale nicht weitergegeben. Wir haben zwar Strom, aber die Tonsignale werden nicht weitergeleitet. Deshalb haben wir jetzt ein Provisorium. Bevor Herr Kollege Ach mit seiner Rede fortfährt, darf ich Ehrengäste auf der Tribüne begrüßen.

Ich heiße den Vorsitzenden der Gesetzgebenden Versammlung des Regionalparlaments Kaluga, das liegt in der Nähe von Moskau, Herrn Pavel Kamenskij, und seine Delegation sehr herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Besuch dieser Plenarsitzung ist einer der letzten Programmpunkte der insgesamt fünftägigen Informationsreise durch Nordrhein-Westfalen und Bayern, bei der ein Erfahrungsaustausch und die Intensivierung der Verbindungen zwischen dem Oblast Kaluga und den Landesparlamenten und den Landkreisen in Deutschland im Vordergrund stehen. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Aufenthalt in München und danach eine gute Heimreise.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zur technischen Organisation: Wir haben hier ein Mikrofon für Zwischenfragen. Ansonsten stehen diese beiden Mikrofone zur Verfügung. Wir werden die Redezeiten mit der Stoppuhr stoppen. Herr Kollege Ach, es tut mir leid, dass wir Sie unterbrechen mussten. Aber Ihnen mangelt es ja nicht an Erfahrung in diesem Hohen Haus. Herr Kollege Ach, Sie haben das Wort.

(Barbara Stamm (CSU): Manfred, das geht in die Geschichte des Parlaments ein!)

**Manfred Ach** (CSU): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich möchte mich vorweg bei der Landtagsverwaltung für das unverhoffte Geschenk bedanken. Es kommt selten vor, dass jemandem – so wie jetzt hier mir –, nach 14 Jahren im Parlament, kurz vorm Abschied, der Ton weggenommen wird. Vielen Dank dafür.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich denke, die Unterbrechung hat der Sache keinen Abbruch getan. Ich werde das Ereignis auf alle Fälle in bester Erinnerung behalten, wenn ich ab Oktober irgendwo als Rentner unterwegs bin.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Ich fahre mit dem kommunalen Finanzausgleich 2008 fort. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2008 – –

**Präsident Alois Glück**: Wir brauchen jetzt schon eine besondere Disziplin im Raum. Die Lautsprecheranlage kann nicht optimal sein, umso wichtiger ist die Ruhe im Raum.

**Manfred Ach** (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2008 dürfen sich auch die Kommunen über einen kräftigen Investitionsschub freuen. Insgesamt erhöhen sich die reinen Landesleistungen im Vergleich zum Vorjahr um über 600 Millionen Euro auf eine stolze Summe von über 6,1 Milliarden Euro. Hiervon profitieren zunächst die Verwaltungs-

haushalte unserer Kommunen – ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den einzigartigen Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen um über 280 Millionen Euro auf insgesamt 2,4 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs um über 13 %. Darüber hinaus führt der kommunale Finanzausgleich 2008 auch zu einer deutlichen Stärkung der Investitionskraft unserer Kommunen.

Für die Förderung kommunaler Investitionen stehen im Vergleich zum Vorjahr über 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung, was folgenden Bereichen zugutekommt: Schulbau: Erhöhung um 25,6 Millionen Euro auf insgesamt 215 Millionen Euro; kommunaler Straßenbau und -unterhalt: Erhöhung um 32,1 Millionen Euro auf insgesamt 246,1 Millionen Euro; Bau von Abwasseranlagen: Erhöhung um 20 Millionen Euro auf insgesamt 141,3 Millionen Euro; Krankenhausbau: Erhöhung um 25 Millionen Euro auf insgesamt 477,6 Millionen Euro.

Gleichwertig mit der Schwerpunktbildung zugunsten der Investitionen ist die Prioritätensetzung im Bildungsbereich. Dass der Bildungsbereich auch in diesem Nachtragshaushalt wieder ein bedeutender Schwerpunkt sein würde, hatte sich bereits im Regierungsentwurf abgezeichnet, der insoweit zusätzliche Ausgaben in Höhe von nahezu 40 Millionen Euro vorsah.

Die CSU-Fraktion hatte ihrerseits mit ihren Initiativen zum Nachtragshaushalt 2008 unterstrichen, dass man Bildung auch umfassend verstehen muss. Beispielhaft genannt seien in diesem Zusammenhang die zusätzlichen Abfinanzierungsmittel zugunsten der privaten Volksschulen in Höhe von 10 Millionen Euro, die Mittelaufstockung bei der Erwachsenenbildung in Höhe von 2 Millionen Euro sowie bei der politischen Bildung mit 1,2 Millionen Euro oder der Umweltbildung mit 0,5 Millionen Euro.

Aus Sicht der CSU-Fraktion war es jedoch neben ergänzenden Bildungsangeboten äußerst wichtig, vor allem die Unterrichtsqualität und die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen nachhaltig zu verbessern. Um hierzu einen wirksamen Beitrag zu leisten, hat die CSU-Fraktion beschlossen, Mittel für 100 weitere Verwaltungskräfte an Schulen bereitzustellen. Zusammen mit den bereits im Regierungsentwurf veranschlagten Zuwächsen können damit zu Beginn des neuen Schuljahres insgesamt 164 zusätzliche Stellen für Verwaltungskräfte an Schulen finanziert werden. Zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung hat sich die CSU-Fraktion darüber hinaus entschlossen, die Mittel für weitere Aushilfskräfte an Schulen um 2 Millionen Euro aufzustocken.

Um eine bestmögliche Unterrichtsversorgung an allen Schularten sicherzustellen und um einen weiteren Ausbau der Ganztagsangebote zu ermöglichen, haben sich Staatsregierung und Mehrheitsfraktion dazu entschlossen, die Rahmenbedingungen in allen Schularten in einem weiteren Schritt nochmals spürbar zu verbessern.

Ich freue mich sehr, dass es uns im Wege einer Nachschubliste der Staatsregierung zum Nachtragshaushalt

2008 gelungen ist, für Eltern, Schüler und Lehrer noch einmal ein ganz deutliches Signal zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Bayern investiert bereits jetzt ein Drittel des gesamten Staatshaushalts in die Bildung. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Schwerpunkt des Programms „Zukunft Bayern 2020“, und die Bildung wird in Ergänzung zum Programm „Zukunft Bayern 2020“ noch einmal ein ganz eigener Schwerpunkt im Nachtragshaushalt 2008 sein.

Im Einzelnen finanzieren wir damit folgende Maßnahmen:

Erstens: Wir schaffen kleinere Klassen. Für das kommende Schuljahr werden wir in den Grund- und Hauptschulen alle Klassen mit über 30 Schülern abbauen. In den Gymnasien, Realschulen und Beruflichen Oberschulen werden wir alle Klassen mit über 33 Schülern abbauen und einen deutlichen Einstieg in den Abbau der Klassen mit mehr als 32 Schülern erreichen.

Zweitens: Wir bauen ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Ganztagsangebot auf. Zu diesem Ziel werden alle Anträge auf gebundene Ganztagschulen an Haupt- und Förderschulen ermöglicht, die die Voraussetzungen hierfür erfüllen.

Ermöglicht werden ferner alle Anträge der Sachaufwandsträger für offene Ganztagschulen. Außerdem sollen bei der Mittagsbetreuung circa 3400 Gruppen an Grundschulen gefördert werden, davon bis zu 1700 Anträge mit der neuen Möglichkeit zur verlängerten Mittagsbetreuung bis 16.00 Uhr.

Drittens: Wir stellen die Unterrichtsversorgung sicher. An Förderschulen sowie weiterführenden Schulen stehen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung zusätzlich zu den im Stammhaushalt vorgesehenen Maßnahmen weitere 642 Lehrer und Mittel in Höhe von drei Millionen Euro zur Verfügung.

Viertens: Wir entwickeln ein kind- und begabungsgerechtes Übertrittsverfahren. Um das Übertrittsverfahren an das Gymnasium und die Realschule zu verbessern, werden dort 156 zusätzliche Grundschullehrkräfte sowie eine zusätzliche Förderstunde eingesetzt.

Fünftens: Wir bauen die vorschulische Sprachförderung konsequent aus. Zu diesem Zweck erhöhen wir den zeitlichen Umfang der Vorkurse von 160 auf 240 Sprachförderstunden und setzen hierfür zusätzlich 30 Grundschullehrkräfte ein.

Für die genannten Maßnahmen werden wir für das laufende und das kommende Schuljahr insgesamt 2245 zusätzliche Lehrerstellen finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist eine, wie ich meine, mehr als deutliche Schwerpunktsetzung. Man kann Bayern sicherlich ohne Übertreibung als „Bildungsland Bayern“ bezeichnen. Ich erinnere: Bayern stand beim Pisa-Vergleichstest 2003 als einziges Bundesland im internationalen Vergleich unter den Top fünf weltweit.

Dabei sind, so meinen wir, die zusätzlichen Ausgaben gut angelegt. Chancen eröffnen für alle ist die verpflichtende Aufgabe einer modernen demokratischen Gesellschaft.

Lässt man die im Nachtragshaushalt 2008 enthaltenen Initiativen Revue passieren, stößt man in der Tat auf eine Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen aus nahezu allen Bereichen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass sich sowohl die großen Sonderprogramme, nämlich das Programm „Zukunft Bayern 2020“ und das Programm zur beschleunigten Abfinanzierung, als auch die zahlreichen Einzelmaßnahmen passgenau zu echten gestalterischen Schwerpunkten zusammenfügen.

Einen Teil der Schwerpunktsetzungen habe ich bereits mit zahlreichen konkreten Beispielen untermauert, doch gestatten Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die vier großen Themen dieses Nachtragshaushaltes noch einmal konzentriert zusammenzufassen: Investitionen, Bildung, Handlungsfähigkeit und Spielräume.

Begonnen habe ich mit dem ersten großen Thema des Nachtrags, mit den Investitionen. Insgesamt investieren wir im Nachtragshaushalt 2008 fast 800 Millionen Euro mehr und kommen damit auf eine Investitionsquote von 13,4 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Georg Schmid (CSU): Ganz wichtig!)

Verglichen mit dem Stammhaushalt führt das zu einer Steigerung um über 1,5 %, einem Zuwachs, liebe Kolleginnen und Kollegen, der mich persönlich ganz besonders freut, weil ich mich als Haushaltspolitiker all die Jahre stets für eine höhere Investitionsquote stark gemacht habe.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Das zweite große Thema des Nachtrags habe ich ebenfalls schon benannt; das ist zweifelsohne die Bildung. Die gezielte Förderung von Hochschule, Wissenschaft und Forschung erfolgt neben ebenfalls gestiegenen Ansätzen im Einzelplan des Wissenschaftsministeriums im Volumen von 40 Millionen Euro, vor allem im Rahmen des Programms „Zukunft Bayern 2020“. Hier stehen über 800 Millionen Euro zur Verfügung, davon 570 Millionen Euro für den Ausbau der Hochschulen angesichts steigender Studentenzahlen, 100 Millionen Euro für Leuchtturmprojekte in der Forschung und 135 Millionen Euro für die angewandte Forschung. Wenn Sie diese Zahlen bezweifeln, dann lesen Sie bitte den Nachtragshaushalt durch. Teilweise waren Sie selber bei der Beschlussfassung dabei.

Die umfangreichen personellen und finanziellen Verstärkungen im Schulbereich habe ich Ihnen bereits dargelegt. Zu den ursprünglich 100 Millionen Euro im Rahmen des Programms „Zukunft Bayern 2020“ kommen noch rund 60 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln, die für die Verbesserung der Unterrichtsqualität und der Unterrichtsversorgung sowie für den Ausbau der Ganztagsbetreuungsangebote an Schulen zur Verfügung stehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Nachtragshaushalt für dieses Jahr berührt jedoch noch zwei weitere Aspekte, die ich mir Ihnen kurz darzustellen erlaube. Die parlamentarischen Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt 2008 waren angesichts aktueller Entwicklungen und Ereignisse im Zusammenhang mit dem Transrapid und der Bayerischen Landesbank von umfangreichen Änderungen begleitet. Ganz wichtig bei all diesen Problemen ist, dass die Haushaltspolitik handlungsfähig bleibt.

Aktuell haben wir es an den Finanzmärkten mit einer Finanz- und Vertrauenskrise ungeahnten Ausmaßes zu tun. Der Internationale Währungsfonds IWF taxiert die Schäden an den globalen Finanzmärkten und den damit verbundenen Wirtschaftsbereichen auf eine Größenordnung von weltweit einer Billion Dollar. Ständig neue Hiobsbotschaften aus dem internationalen Bankensystem erschüttern die Glaubwürdigkeit des Finanzsektors.

Als Haushaltspolitiker, der Verantwortung für einen Landeshaushalt trägt, kann ich an der Verfassung der weltweiten Finanzmärkte und ihrer Entwicklung wenig ändern. Aber ich muss in meinem Verantwortungsbereich handlungsfähig bleiben, und genau das ist es, worauf es dem Freistaat Bayern ankommt.

Wir haben einen soliden Haushalt.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Bayern ist nach wie vor das einzige Land in Deutschland, das von allen großen Ratingagenturen das Spitzenrating „AAA/Ausblick stabil“ erhalten hat,

(Christine Stahl (GRÜNE): Alles Gerüchte!)

übrigens aktuell am 21. Februar 2008 zum zehnten Mal in Folge.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Es gibt Menschen, Herr Kollege Dürr, die ignoriere ich nicht einmal.

Diese Spitzenstellung haben wir uns in Bayern, nicht zuletzt aufgrund einer soliden Haushaltspolitik, hart erarbeiten müssen. Deshalb sind wir jetzt auch handlungsfähig und können zusammen mit der Staatsregierung sorgfältig und auch zeitnah handeln.

Als hälftiger Eigentümer der Bayerischen Landesbank soll der Freistaat Bayern daher heute mit diesem Gesetz ermächtigt werden, zusammen mit den bayerischen Sparkassen eine Risikoabschirmung zu übernehmen, um die Bank in Bezug auf etwaige Ausfallrisiken absichern zu können. Es geht in diesem Zusammenhang um eine Vorsorgemaßnahme. Weder der Freistaat noch die Sparkassen noch etwa Sparer oder Steuerzahler müssen derzeit auch nur einen Euro aufwenden, um die Bayerische Landesbank zu stützen.

(Rainer Boutter (SPD): Prinzip Hoffnung! – Werner Schieder (SPD): Derzeit!)

– Wenn Sie aufgepasst hätten, Herr Kollege Schieder, hätten Sie mitbekommen, dass sich erst 2014 endgültig sagen lässt, ob Verluste überhaupt eingetreten sind.

(Beifall der Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und Engelbert Kupka (CSU))

Im Übrigen habe ich mir schon gedacht, dass Sie auch heute, bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2008 – darum habe ich das Thema angesprochen – wieder Wahlkampf führen werden. Sie werden ein weiteres Mal versuchen, die Geschäftstätigkeit der Bayerischen Landesbank in ein schiefes Licht zu rücken, um damit nicht zuletzt Ihre eigentliche Zielscheibe, die Staatsregierung, zu schädigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dies ist jedoch ein plumpes, durchsichtiges Manöver, das durch nichts gerechtfertigt ist; denn das Vorgehen, das die Staatsregierung im Hinblick auf die Risikoabwicklung zugunsten der Landesbank vorgeschlagen hat, ist nach meinem Dafürhalten richtig, weil sie das Ziel verfolgt, die bilanzierungsbedingten Bewertungsschwankungen bei der Bank zu reduzieren und ihr Eigenkapital zu schonen. Und das ist das Entscheidende. Wir müssen jetzt alles tun – und das sollten wir gemeinsam –, um der Bank in ruhigeres Fahrwasser zu verhelfen. Entscheidungen in Bezug auf strukturelle Änderungen kann man erst treffen, wenn die Folgen dieser weltweiten Finanzkrise auf die Bank belastbar beziffert werden können. Das ist Fakt, und sonst nichts anderes.

Damit Sie mir glauben, verweise ich auf einen Artikel in der aktuellen April-Ausgabe des „Wirtschaftskuriers“, in dem die wirtschaftliche Risikosituation der BayernLB nicht ohne kritische Begleittöne geschildert wird. Das ist gut so. In der Frage, wie die Ertrags- und Risikosituation der Bayerischen Landesbank zu beurteilen sind, ist die Antwort allerdings deutlich und klar. Herr Präsident, ich zitiere hier aus dem besagten Artikel im „Wirtschaftskurier“. Dort heißt es:

Die Bank muss vor allem wieder zur Ruhe kommen und sie muss vor allem aus der politischen Diskussion herauskommen. Es ist völlig unsinnig, wenn die Bayern-SPD jetzt aus politischen Gründen das Thema BayernLB zum Dauerbrenner machen will.

Der „Wirtschaftskurier“ fährt dann fort:

Wenn die Bayern-SPD jetzt permanent das Feuer am Brennen halten will, so muss sie daran erinnert werden, dass bei anderen Banken zahlreiche Top-Leute der SPD in den Aufsichtsgremien sitzen.

(Beifall bei der CSU)

Ich spreche daher für die gesamte CSU-Fraktion unserem Finanzminister Erwin Huber ausdrücklich das Vertrauen aus, und bin mir sicher, dass er dem Untersuchungsausschuss gelassen entgegensehen kann.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt wird es gefährlich!)

Den letzten Aspekt, der meiner Ansicht den Nachtragshaushalt 2008 kennzeichnet, möchte ich kurz und knapp mit dem Wort „Spielräume“ umschreiben. Handlungsfähigkeit und Spielräume, diese Begriffe hängen eng zusammen; denn wir bleiben auch in zukünftigen Jahren nur dann politisch handlungsfähig, wenn wir uns die dafür erforderlichen Spielräume bereits heute erschließen und sichern.

Die Mittel, die den Bau der Magnetschnellbahn Transrapid von bayerischer Seite mitfinanzieren sollten, werden wir deshalb ihrer ursprünglichen Intention entsprechend für Zukunftsprojekte einsetzen, die allen Landesteilen Bayerns nutzen und diese voranbringen. Nachdem es sich dabei – auch darauf will ich hinweisen – um Grundstockmittel handelt, sind hier vor allem Investitionen gefragt. Hierzu werden wir noch in diesem Sommer ein Innovationsprogramm erarbeiten, dessen Umsetzung dann kommenden Haushalten vorbehalten bleibt.

Gestaltungsspielräume sichern wir uns darüber hinaus durch die Haushaltsrücklage in Höhe von 400 Millionen Euro, die wir im Nachtrag 2008 aufbringen werden. Schließlich gilt es auch, Vorsorge zu treffen für den Fall, dass die Steuereinnahmen nicht mehr so positiv ausfallen, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Bisher ist die Realwirtschaft stabil, die Arbeitslosigkeit sinkt weiter und die deutschen Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft. Solange aber die Krise auf den internationalen Finanzmärkten andauert, können negative Rückwirkungen auch auf unsere Wirtschaft nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Von daher sind wir gut beraten, ausreichend Vorsorge zu treffen.

Mit diesem Nachtragshaushalt gehen Staatsregierung und CSU-Fraktion aber noch einen Schritt weiter. In Bayern läuft die Schuldenuhr des Freistaates nämlich rückwärts. Wir steigen mit diesem Nachtragshaushalt in die planmäßige Schuldentilgung ein. Das müsste auch für Sie von Interesse sein, meine Damen und Herren von der Opposition. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sieht der Haushaltsplan eines deutschen Landes die Rückführung bestehender Altschulden vor – eines einzigen deutschen Landes, nämlich Bayern!

Zusammen mit den 300 Millionen Euro, die wir letztes Jahr getilgt haben, tilgen wir damit insgesamt 500 Millionen Euro Altschulden, was uns dauerhaft zusätzliche Spielräume von 23 Millionen Euro pro Jahr bringt. Ich erinnere daran – für die Kollegen, die noch nicht solange dabei sind –, dass wir bereits in den Jahren 1999 und 2000 Altschulden von einer Milliarde DM, das heißt etwa eine halbe Milliarde Euro getilgt haben. Das ist eine Zinsersparnis seit diesem Zeitpunkt von jährlich rund 23 Millionen Euro, die uns nun schon seit fast zehn Jahren zur Gestaltung zugutekommt.

Diese vorausschauende, solide Finanzpolitik ist seit jeher ein Markenzeichen bayerischer Landespolitik. Und der Erfolg gibt uns recht: Bayerns Finanzen sind top!

(Georg Schmid (CSU): Ja! – Beifall bei der CSU)

Bayern hat mit aktuell 1821 Euro bereits seit Jahren die geringste Pro-Kopf-Verschuldung. Dieser Wert wird sich im Zuge der planmäßigen Schuldentilgung im Gegensatz zu den anderen Ländern weiter verringern. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der übrigen westlichen Flächenländer – ohne Bayern – beträgt 5757 Euro. Baden-Württemberg, das den zweitsolidesten Haushalt vorzuweisen hat, hat eine mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie Bayern. Bei uns sind es 1821 Euro. Insofern ist Bayern Spitze, sage ich.

Infolge der niedrigen Verschuldung, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der Opposition, muss der Freistaat nicht mehr als 2,6 % seines Haushaltsvolumens für Zinszahlungen aufwenden. Das ist ein Wert, von dem andere Länder nur träumen können. Rheinland-Pfalz zum Beispiel hat eine Zinslastquote von 9,7 %.

(Georg Schmid (CSU): Und wer regiert da? – Simone Tolle (GRÜNE): Das weiß der Herr Fraktionsvorsitzende offenbar nicht!)

– Das sollte doch eigentlich bekannt sein. Mit Sicherheit ist es nicht die CSU, weil es die nur in Bayern gibt.

(Georg Schmid (CSU): Es ist so interessant! Ich wollte es einfach noch einmal hören!)

Vergleicht man die Investitionsquote unter den Ländern, wird schnell erkennbar, weshalb Bayern beste Zukunftschancen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Ich brauche zu Ihnen nichts zu sagen, Sie kapieren es einfach nicht! Bayern liegt mit einer Investitionsquote von 13,4 % an der Spitze in Westdeutschland, wohingegen die durchschnittliche Investitionsquote der anderen westdeutschen Länder deutlich unter 10 % liegt.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut! Beispielhaft! – Beifall bei der CSU)

Bayern liegt also mit seinem finanzpolitischen Kurs richtig. Schuldenstand, Zinsbelastung und Investitionsquote, das sind die Blutwerte eines Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Da kann man nicht tricksen. Und diese Werte zeigen, dass Bayern mit seinem finanzpolitischen Kurs genau richtig liegt: solide wirtschaften, konsequent konsolidieren, wenn es nötig ist, den ausgeglichenen Haushalt erreichen und absichern, und dabei deutliche inhaltliche Schwerpunkte setzen sowie mit der Tilgung von Altschulden beginnen.

Bayerns Staatshaushalt ist solide, zukunftsfest und wachstumsorientiert!

(Beifall bei der CSU)

Das wollte ich gern wiederholen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen und behaupte: Der Haushalt, der diesem Hohen Hause zur Beschlussfassung vorliegt, ist ein echter Gestaltungshaushalt,

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh, oh!)

der mit den erheblichen Zuwächsen bei den Investitionen und den Ausgaben für die Bildung deutlich inhaltliche Schwerpunkte setzt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Na, na! Wahnsinn!)

Gleichzeitig ist dieser Nachtragshaushalt Beleg und Garant für eine konsequente Haushaltspolitik, die sich ihre Handlungsfähigkeit stets bewahrt hat und sich darüber hinausgehende Spielräume konsequent erarbeitet und sichert. Das müssen Sie noch ein bisschen lernen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Ich danke zuvorderst meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, insbesondere auch dem ehemaligen Kollegen Dupper als Stellvertreter, die den Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2008 kompetent und engagiert über lange Sitzungstage hinweg beraten und teilweise einvernehmlich beschlossen haben.

Staatsregierung und CSU-Fraktion können mit Recht stolz auf ihre Leistung sein, wobei ich meinen Dank stellvertretend an Finanzminister Erwin Huber und Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid richte. Herzlichen Dank, meine Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auf Seiten der Ministerien und im Landtag, vom Ausschussbüro bis hin zum Stenografischen Dienst, mit großem Engagement und Einsatz die notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung und Begleitung des umfangreichen Nach-

tragshaushalts geleistet haben. Insbesondere danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums, die ein weiteres Mal mit viel Fleiß und Kompetenz in vielen Überstunden die Kärnerarbeit für diesen Haushalt geleistet haben.

Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten um Zustimmung zum Haushaltsgesetz 2008 und zu dem dazugehörigen Haushaltsplan. Es ist ein Haushalt, den der Finanzminister als Bilderbuchhaushalt bezeichnet hat. Heute möchte ich sagen: In der Tat, es ist ein Bilderbuchhaushalt.

(Georg Schmid (CSU): Bravo! – Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Ach. Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Schieder das Wort erteilen.

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Jetzt kommt der Star aller Haushaltspolitiker!)

**Werner Schieder (SPD):** Danke für das Kompliment, Herr Faltlhauser.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister! Der Nachtragshaushalt, den wir heute abschließend beraten, enthält erfreulicherweise eine Reihe von guten Ansätzen. Ich werde die Staatsregierung deshalb auch gleich loben.

(Karin Radermacher (SPD): Ach!)

Ja, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn die Staatsregierung das macht, was wir schon lange fordern, dann können wir nicht schimpfen.

(Beifall bei der SPD)

Aber einige kritische Hinweise müssen schon noch sein. Bevor ich dazu komme, möchte ich ein paar Anmerkungen zur allgemeinen finanzpolitischen Diskussion machen.

Als Erstes möchte ich ein Wort des Dankes sagen. Ich bedanke mich beim Finanzministerium, ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haushaltsabteilung. Das gilt natürlich auch für die Haushaltsreferate der anderen Ministerien. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten wahrlich eine Menge Arbeit geleistet und leisten müssen. Auch wir nehmen gerne das Detailwissen und die Fachkenntnis der Haushaltsabteilung in Anspruch. Deshalb zunächst ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in den letzten beiden Jahren und bis zur Stunde laufen die Steuereinnahmen dank guter Konjunktur außerordentlich üppig. Wir haben seit 2006 nicht nur ein ausgeglichenes Budget, sondern auch

beachtliche Haushaltsüberschüsse. Das ist kein neues Phänomen. Zuletzt hatten wir diese Situation in den Jahren 1999 und 2000.

Das zeigt: Grundlage ist immer das Wirtschaftswachstum. Haben wir genügend Wachstum, dann ist ein Haushaltsausgleich auch ohne Rotstift-Politik möglich. Umgekehrt zeigen die letzten Jahre, wenn die Wirtschaft nicht läuft, dann führt auch eine radikale Kürzungspolitik nicht zum Haushaltsausgleich.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, der negative Finanzierungssaldo wird dadurch sogar noch größer.

Das ist verständlich, meine Damen und Herren, wenn man sich vor Augen hält, dass in einer Volkswirtschaft immer die Ausgaben der einen die Einnahmen der anderen sind. Das ist keine Theorie, sondern ein logisch-zwingender Zusammenhang. Alle Staatsausgaben kommen mehr oder weniger unmittelbar bei den Unternehmen als Aufträge an. Bei allen Diskussionen, die wir darüber führen, was die Unternehmen brauchen, sollten wir eine fundamentale Tatsache nicht aus den Augen verlieren: Unternehmen brauchen in erster Linie Aufträge. Nur dann investieren sie, und nur dann stellen sie Leute ein, und nur dann können sie auch Gewinne machen.

Man kann einem Bauunternehmer noch so viele Steuern erlassen, wenn er keine Aufträge hat, dann wird er keine Leute einstellen, meine Damen und Herren. Wenn die Wirtschaft gut läuft, dann muss der Staat sich nicht besonders anstrengen. Es reicht, wenn er seine Aufgaben verlässlich erledigt. Dazu gehört auch, für Haushaltsdisziplin zu sorgen. Ich sage das ausdrücklich, damit wir uns richtig verstehen.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das für die letzten Haushaltsjahre in Bayern? Wenn die Unternehmen zu wenige Aufträge haben – Stichwort konjunkturelle Stagnation –, wie wir das von 2001 bis 2005 hatten, und der Freistaat seine Investitionen und die Investitionszuschüsse um weit mehr als eine Milliarde Euro kürzt – so ist es ja gemacht worden –, dann verlieren die Unternehmen schon mal mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich. Aber sie verlieren noch viel mehr; denn viele Projekte sind von Zuschüssen abhängig, und wenn es die nicht gibt, dann werden sie nicht durchgeführt. Dann fallen noch mal Aufträge für unsere Unternehmen weg. Dann sind wir ganz schnell bei zwei Milliarden Euro, die den Unternehmen weniger zufließen. Genau dafür trägt die Staatsregierung in den letzten Jahren die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mit Ihrer Finanzpolitik vielen Unternehmen mehr geschadet als geholfen. Das gilt schließlich auch für die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten mit Ihrer anmaßenden Behauptung, Sie würden Politik im Interesse der Wirtschaft machen, in Zukunft etwas vorsichtiger sein. Sie verwechseln partikularen Lobbyegoismus mit den wohlverstandenen Gesamtinteressen unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vorhin die Frage gestellt, was meine Eingangsbemerkungen für die letzten Haushaltsjahre in Bayern bedeuten.

(Zuruf von der CSU: Das interessiert doch hier gar nicht!)

Da möchte ich Ihnen doch einen interessanten Hinweis geben, den sich die CSU hinter die Ohren schreiben kann. Auch wenn der Landtag die SPD-Haushaltsanträge in den letzten Jahren im Wesentlichen angenommen hätte, dann hätte Bayern auch seit 2006 einen ausgeglichenen Haushalt. Rechnen Sie das ruhig nach. Ich will das noch einmal unterstreichen und klar herausstellen: Auch mit unserer Konzeption wäre der Haushalt in Bayern ausgeglichen. Dann allerdings, meine Damen und Herren, wenn man das so gemacht hätte, wären wir jetzt in Bayern auch ein ganzes Stück weiter, und zwar wirtschaftlich wie politisch. Wir hätten einen ausgeglichenen Haushalt, und wir hätten außerdem in Bayern bessere Schulen und mehr Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten in Bayern eine bessere Infrastruktur und keine baulich heruntergekommenen Hochschulen. Allein hier beträgt der Sanierungsstau 1,5 Milliarden Euro. Und wir wären auch weiter bei energetischer Sanierung und bei erneuerbaren Energien. Es hätte sich also für Bayern gelohnt, den SPD-Vorschlägen schon früher zu folgen und nicht erst ein halbes Jahr vor der Landtagswahl.

(Beifall bei der SPD)

Ich sagte, die Steuereinnahmen laufen gut. Aber schon die Mai-Steuerschätzung wird uns unliebsame Überraschungen bringen; denn die Konjunktur verliert deutlich an Schwung. Die Achillesferse der deutschen Konjunktur ist die schwache Konsumnachfrage. Wir können nicht nur einseitig auf den Export vertrauen. In den nächsten Jahren wird die Exportnachfrage nicht mehr die Dynamik der beiden letzten Jahre haben.

Wir müssen auch die Kaufkraft der Menschen stärken, meine Damen und Herren. Das sind Aufträge für unsere Unternehmen, insbesondere für unseren Mittelstand. Der bisherige Aufschwung muss auch spürbarer bei den Menschen ankommen. Deshalb müssen nach Jahren der Dürre in Deutschland die Löhne wieder vernünftig steigen, auch die Bruttolöhne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es hilft nichts, wie es der Herr Finanzminister tut, zu sagen: mehr Netto vom Brutto. Wer Sozialabgaben senkt, senkt die Einnahmen der Rentner oder lässt die Leute noch mehr von ihrem Netto für die Vorsorge bezahlen. Wer Sozialabgaben senkt, bringt die Krankenkassen um die Einnahmen, die sie brauchen, am Ende auch die Krankenhäuser und andere.

Meine Damen und Herren, Bundestagspräsident Lamert hat hier kürzlich die Gerechtigkeitslücke in Deutschland angesprochen. Franz Maget hat vor einiger Zeit die Vermögensteuer ins Spiel gebracht. Wer also Steuersenkungen verspricht ohne Gegenfinanzierung, der streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden trügerisch, Herr Finanzminister. Nur wenn das Brutto steigt, werden alle etwas davon haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie versprechen in Ihrer politischen Not momentan allen alles: weniger Steuern, Pendlerpauschale, ausgeglichener Haushalt, Zukunftsprogramme für Bayern, die vorderhand nur auf dem Papier stehen. Wie wollen Sie das alles finanzieren, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, wenn durch die aktuelle Bundesverfassungsgerichtsentscheidung auf die öffentlichen Haushalte Milliarden Euro von Mindereinnahmen zukommen, wenn der Haushalt durch die Landesbank in Anspruch genommen wird? Wie wollen Sie das finanzieren? Sie haben bald nichts mehr in den Taschen und verteilen ungedeckte Schecks in Angst und Panik vor der Landtagswahl.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Wort zur Gerechtigkeitslücke. Sie, Herr Huber, wollen die Leistungsträger entlasten. Wir wissen, wen Sie damit eigentlich meinen: Es ist die deutsche Geldelite, es sind die selbsternannten Eliten, die sich selbst für Leistungsträger halten; die wollen Sie entlasten. Nach der Vermögensteuer wollen Sie auch noch die Erbschaftsteuer abschaffen, so haben Sie sich jedenfalls kürzlich geäußert. Sie wollen also die Gerechtigkeitslücke noch vergrößern. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Für das Volk Brosamen und für die Herrschaften große Geschenke.

Nur, meine Damen und Herren, bei keiner Steuer kann die Last klein genug sein, um das Gejammer zu beenden. Nirgends aber ist der Phantomschmerz so groß wie bei der Erbschaftsteuer. Zwischen 2006 und 2015 werden in deutschen Familien ungefähr 2,5 Billionen Euro vererbt. Nach jetzigem Recht werden ungefähr 2 % vom Fiskus vereinnahmt; 98 % bleiben also den Bürgern.

Ich frage: Darf eine Gesellschaft, die sich zunehmend ihrer Defizite in Bildung und Gerechtigkeit bewusst wird, noch bescheidener sein? Kaum anderswo sind Vermögen- und Erbschaftsteuer so niedrig wie in Deutschland, hat die OECD kürzlich gemahnt – wohlgermerkt: gemahnt. Kein Unternehmer hat je sein Unternehmen angreifen müssen wegen der Erbschaftsteuer.

(Zuruf von der CSU: So ein Stuss!)

Denn Unternehmerfamilien – und ich rede von denen, die es betrifft – haben nicht nur unternehmerisches Vermögen, sondern regelmäßig auch beachtliche Privat- und Geldvermögen, aus denen sie die Erbschaftsteuer locker bezahlen können. Wenn Sie es mir nicht glauben, Herr Huber, dann erkundigen Sie sich doch bei den Erbschaftsteuerabteilungen in Ihrer Steuerverwaltung. Die erklären Ihnen das konkret.

Die Erbschaftsteuer – das will ich doch festhalten; denn wir haben hier aktuell eine Diskussion – ist ein Instrument für mehr Start- und Chancengerechtigkeit der jeweils neuen Generation. In der Oberpfalz gibt es ein Sprichwort, das heißt: „Wer nix erheirat und nix erirbt, der bleibt ein Depp, bis dass er stirbt.“

(Manfred Ach (CSU): Nicht nur in der Oberpfalz!)

Meine Damen und Herren, der Volksmund hat ein feines Gespür für Gerechtigkeit, aber Sie, Herr Huber, haben dafür kein Gespür. „Nahe am Menschen“ sind Sie schon lange nicht mehr. Wer von Fröschen im Teich redet, die man nicht fragen dürfe, offenbart nur seine abgehobene Arroganz.

(Beifall bei der SPD)

Weil ich gerade die großen Geldvermögen anspreche, will ich doch noch einen Hinweis geben. Geldvermögen sind Forderungen. Die Forderungen der einen sind immer die Schulden der anderen. Aufs Ganze gesehen ist das Geldvermögen immer Null; denn Forderungen und Schulden heben sich auf. Weil Deutschland Gläubigerland ist, sind im Saldo die Gläubiger der deutschen Staatsschulden die vermögenden Inländer. Das ist ein logisch zwingender Zusammenhang. Wer also über Staatsschulden redet, meine Damen und Herren, sollte die großen privaten Geldvermögen nicht tabuisieren.

(Engelbert Kupka (CSU): Können wir wieder über den Nachtragshaushalt reden?)

Die nächste Generation erbt nicht nur die Schulden, sondern spiegelbildlich dazu auch die Geldvermögen. Das führt mich, meine Damen und Herren, zum nächsten Thema.

(Engelbert Kupka (CSU): Wir beraten den Nachtragshaushalt!)

– Das weiß ich wohl.

Meine Damen und Herren, wir reden gegenwärtig viel über Finanzmärkte, und jeder wird zugeben, das hat auch Aktualität für Bayern. Finanzmarktkrisen werden häufiger und immer brutaler, und was wir da Dramatisches erleben, das sind keine Naturgewalten. Es ist auch nicht einfach die Folge von dem, was wir etwas unscharf „Globalisierung“ nennen, wenn man damit die Vertiefung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen meint.

Herr Kollege Kupka, Sie werden einräumen, dass es zwischen den Dreißiger- und den Siebzigerjahren solche Phänomene nicht gab. Da musste schon erst – und nicht einmal in Deutschland beginnend – die geistig-moralische Wende der Neoliberalen kommen, um die Finanzmärkte so richtig zu entfesseln.

(Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Wie der Lafontaine!)

Das, was wir erleben, ist einfach eine Folge davon, dass man die bewährten Regeln für die Finanzmärkte immer mehr gelockert hat.

(Engelbert Kupka (CSU): Wer?)

Die Folgen sind langsam verheerend. Kenneth Rogoff, der Harvard-Ökonom – hören Sie gut zu –, schrieb kürzlich in einem Aufsatz, es gebe einen auffälligen Zusammenhang zwischen Liberalisierungsschüben im Kapitalverkehr und anschließenden Banken Krisen. George Soros, einer der erfolgreichsten Männer an der Börse und trotzdem, Herr Kollege Kupka, kein Neoliberaler – –

(Engelbert Kupka (CSU): Der hat doch über Amerika gesprochen und nicht über Deutschland und schon gar nicht über Bayern!)

– Dazu komme ich noch. George Soros sagt Folgendes: „Alle Märkte müssen reguliert werden; denn sie korrigieren sich nicht von selbst, auch wenn das alle glauben.“ Meine Damen und Herren, wir sollten nicht alles glauben, was alle glauben.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt schrieb schon vor einiger Zeit:

Genauso wie der globale See- oder Luftverkehr Sicherheits- und Verkehrsregeln unterliegt, bedarf der globale Kapitalverkehr der Regulierung, damit Katastrophen verhindert werden. Das ist ein Gebot der Vorsorge und der Vernunft, von Anstand und Moral ganz zu schweigen.

– Das kann man nur unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich rede von Regulierung, und damit bin ich gleich bei dem wichtigen Begriff der Deregulierung – eine Philosophie, welche die Staatsregierung mit besonderem Nachdruck vertritt. Die Deregulierung der Finanzmärkte hat

dazu geführt, dass viele glauben und viele versprechen, man könne aus Trash-Papieren Goldstücke machen. Bekanntlich gibt es dabei viele Betrogene; darauf komme ich noch zu sprechen. Mir geht es aber zunächst um das Verständnis der Deregulierung.

Wenn man zum Beispiel die Lebensmittel- und Fleischkontrolle einschränkt, weil man deregulieren will – da sind wir doch bei einem richtig bayerischen Thema –, dann erhalten viele Menschen am Ende Gammelfleisch. Dann hat man erst recht einen großen bürokratischen Aufwand, um alles wieder ins Lot zu bringen. So, meine Damen und Herren, ist es auch bei den Finanzmärkten.

Meine Damen und Herren, die Lehre daraus ist: Eine Wirtschaft ohne Regeln kannibalisiert sich selbst. Ein Wettbewerb, der Innovation und Wohlstand fördern soll, muss an Regeln gebunden sein, sonst wird der Wettbewerb ruinos. Das ist es, was die CSU nicht versteht.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Regeln gehört auch, dass die Löhne für Wettbewerber einer Branche ungefähr gleich hoch sind. Sie werden gleich sehen, warum das ein finanzpolitisches Thema ist. Wenn Herr Kollege Traublinger in seiner Bäckerei anständige Löhne zahlt und sein Wettbewerber Hungerlöhne, dann ist der Kollege Traublinger der Betrogene, und das kann nicht richtig sein. Zu einem geordneten Lohnregime gehören auch Mindestlöhne.

(Engelbert Kupka (CSU): Freilich!)

– Das mögen Sie vielleicht nicht gerne hören, aber Sie werden gleich sehen.

Zu einem geordneten Lohnregime gehören auch Mindestlöhne. Menschen, die die ganze Woche hart arbeiten, müssen von ihrer Hände Arbeit leben können. Das gehört zur Würde des Menschen und ist eigentlich etwas ganz Selbstverständliches. Jedenfalls ist es von jeher Bestandteil der katholischen Soziallehre. Lesen Sie es nach. Aber zur kirchlichen Soziallehre hat die CSU den Bezug längst verloren. Sie denken ökonomisch – meinen Sie wenigstens. Deshalb will ich zur Ökonomie übergehen.

Adam Smith, der die Grundlagen für alle Ökonomie gelegt hat, schreibt in seinem Hauptwerk, es gebe eine bestimmte Rate, unter die ein Herabdrücken der üblichen Löhne sogar für die niedrigsten Arbeitsarten nicht möglich sei. Wörtliches Zitat: „Ein Mensch muss immer von seiner Arbeit leben, und sein Lohn muss mindestens zu seiner Erhaltung ausreichen.“

Meine Damen und Herren, ich will diesen Punkt wie folgt zusammenfassen: Der Papst ist für Mindestlöhne, Adam Smith ist für Mindestlöhne, die europäischen Nachbarn haben Mindestlöhne, die deutsche Sozialdemokratie ist für Mindestlöhne, die große Mehrheit der Bevölkerung ist für Mindestlöhne – nur die Union ist dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, da sehen Sie einmal, wie Sie sich ins politische Abseits manövriert haben.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Sozialistischer Unfug!)

Wir wissen, Sie sind für Kombilöhne. Für einzelne Fallgruppen gab es das schon immer, zum Beispiel als Eingliederungshilfe. Das ist nicht das Problem. Sie wollen aber den freien Fall der Löhne und Kombilöhne für Millionen. Der Staat soll für die Existenzsicherung aufkommen. Dem Unternehmer soll jeder Hungerlohn erlaubt sein, und der Steuerzahler soll dafür bezahlen. Das ist eine verkehrte Welt, meine Damen und Herren!

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist doch unwahr!)

Ich sage Ihnen eines: Kombilöhne sind nichts weiter als eine Aufforderung an die Unternehmer, die Staatskasse auszurauben, und das muss unterbunden werden.

(Beifall bei der SPD)

An diesem Punkt wird Ihnen auch einleuchten, warum dieses Thema ein hochaktuelles finanzpolitisches Thema ist. Das muss man in der Gesamtheit sehen.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, Sie dürfen sich beruhigen; denn ich komme jetzt zum Lob der Staatsregierung.

Mit dem Nachtrag wird beispielsweise die Regionalförderung beachtlich erhöht. Das ist eine gute Entscheidung. Sie wird den strukturschwächeren Regionen helfen. Wir sind jetzt endlich und zufällig ein halbes Jahr vor der Wahl auf einem Stand, wie wir ihn in den Vorjahren gefordert haben. Auch die Tourismusförderung wird aufgestockt, dazu auch das Kreditprogramm für die Tourismuswirtschaft. Mittels Zinssubvention wird das Volumen von 100 auf 300 Millionen Euro erhöht. Vor einem Jahr haben wir genau dieses mit den exakt gleichen Zahlen in einem Antrag gefordert. Sie haben es abgelehnt. Jetzt kommt es in den Nachtragshaushalt. Das ist eine gute Entscheidung, und sie entspricht voll unserer Anregung. Eigentlich sollte der Finanzminister nicht nur an dieser Stelle sagen: Danke SPD, dass Sie uns so gute Anregungen geben.

(Beifall bei der SPD)

Auch für die energetische Sanierung staatseigener Gebäude wird ein Programm aufgelegt – von uns seit Langem gefordert. DSL wird jetzt endlich gefördert.

(Susann Biedefeld (SPD): Alle unsere Anträge abgelehnt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie kommen spät, aber Sie kommen. Ob das Volumen reicht, wird sich zeigen. Die Mitfinanzierung der Kommunen ist zu hoch. Aber immerhin, bis vor Kurzem haben Sie das jahrelang und geradezu notorisch abgelehnt.

Jetzt, ein halbes Jahr vor der Wahl, sind Sie endlich bereit, auch in diesem Punkt von uns abzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nur ein paar Beispiele. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist der kommunale Finanzausgleich. Er war uns immer ein Anliegen. Auch hier gibt es deutlich mehr Geld. Wenngleich der größere Teil der Erhöhung einfach im Zusammenhang mit dem allgemeinen Steuerverbund und den höheren Steuereinnahmen zu sehen ist und nicht ein Verdienst des Finanzministers ist, anerkenne ich, dass auch einige Landesleistungen angehoben werden.

Gleichwohl gibt es hier immer noch wunde Punkte. Ich will einen nennen: die Kosten der Schülerbeförderung. Es ist ein Ärgernis, meine Damen und Herren, dass der Freistaat Bayern den Kommunen auch künftig nur 60 % der Kosten erstattet; denn der kostenfreie Schulweg ist eine landesgesetzliche Anordnung – Stichwort Konnexität. In den Neunzigerjahren waren wir bei über 90 %. Daran sehen Sie, welche Einschnitte vorgenommen wurden.

(Beifall bei der SPD)

Das zugrunde liegende Problem muss bei der Gelegenheit allerdings auch angesprochen werden. Wir haben in Bayern nicht nur ein dreigliedriges Schulwesen, sondern häufig ein vielgliedriges Schulsystem. Schulpolitische Entscheidungen wie R 6 und Hauptschulschließungen sind nur Stichworte. Die schulpolitischen Entscheidungen führen immer mehr weg von einer wohnortnahen Schulversorgung. Das führt immer mehr zu einem kostenträchtigen Schülertourismus. Fast 500 Millionen Euro geben Staat und Kommunen in Bayern dafür aus. Meine Damen und Herren, den Schülertourismus zu steigern, ist nicht Aufgabe der Schulpolitik. Unsere Schüler haben zu wenig Zeit zum Lernen, für Sport und Freizeit, und sie vergeuden zu viel Zeit in den Schulbussen auf den Straßen.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): In vollgestopften Schulbussen!)

An dieser Stelle will ich noch ein Wort zur Bildungspolitik sagen. Mit dem Nachtrag gibt es 2000 Lehrkräfte mehr. Das war exakt unsere Forderung in den Haushaltsberatungen. Vor wenigen Wochen haben Sie das allerdings noch strikt abgelehnt. Daran sieht man, wie kopf- und konzeptionslos Sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht recht, ob ich Sie nun loben soll, dass Sie langsam zur Einsicht kommen. Ich will keinen Beitrag dazu leisten, das Bildungschaos in Bayern zu bagatelisieren. Ich erinnere daran, dass wir schon seit Jahren mehr Lehrer fordern. Ginge es nach uns, hätten wir die Lehrkräfte längst. Und deswegen müssen nicht wir, sondern Sie die Frage beantworten, woher Sie mit einem

Schlag die vielen Lehrkräfte bekommen wollen. – Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

(Beifall bei der SPD)

Jahrelang haben Sie die These „An Bayerns Schulen ist alles bestens.“ wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Ihr nervöser Aktionismus heute belegt doch, dass nichts falscher war als Ihre Beruhigungsparolen.

(Beifall bei der SPD)

Kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen, weniger Stundenausfall, mehr Betreuungsplätze – langsam dämmert es Ihnen, was Sie in den letzten Jahren versäumt haben, meine Damen und Herren von der CSU. Jetzt wollen Sie in ein paar Monaten abschreiben, was wir Ihnen jahrelang aufgeschrieben haben. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Hätte der Bund den Finanzierungsanstoß nicht gegeben, würden Sie immer noch auf ausgetretenen Pfaden wandeln. Die Kindertagesstätten sind nur ein neuerliches Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

Vieles von dem, was Sie heute versprechen, „Zukunft Bayern 2020“, steht gar nicht im eigentlichen Nachtragshaushalt, sondern erst mal im Anhang als Versprechen für die nächsten Jahre. Die Frage ist doch, warum Sie diese Probleme nicht schon in den letzten Jahren angepackt haben. Sie haben Selbstbespiegelung betrieben, anstatt zu regieren. Sie waren mit sich selbst beschäftigt anstatt mit den Problemen Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, was sind denn Ihre Versprechen wert, Herr Finanzminister, wenn Sie das gleiche Geld für „Zukunft Bayern 2020“ für finanzielle Desaster verpfänden?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kann man im April 2008 eine Haushaltsrede halten, ohne etwas zur Landesbank zu sagen?

(Zurufe von der SPD: Nein! Nein!)

– Nein, das kann man nicht.

Wer über die Staatsregierung redet, darf zur Landesbank nicht schweigen!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Wochen verschiedentlich Aspekte und Bausteine für eine Aufgabendefinition für die

Landesbank eingebracht. Das will ich nicht wiederholen. Ein Kernelement war immer, dass die Landesbank im globalen Spielkasino keine Betätigungsaufgabe hat, wohl aber im internationalen Feld zur Begleitung der bayerischen Unternehmen. ABS-Papiere auf Kredit zu kaufen, hat mit der Begleitung bayerischer Unternehmen wahrlich nichts zu tun. Ich will das nicht wiederholen. Ich will auf zwei andere Aspekte hinweisen.

Zunächst will ich auf Folgendes eingehen: Ich habe kürzlich das Beispiel der Kettenbriefe zur Bildhaftmachung gebraucht, damit das Thema besser verständlich wird.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Es wird Ihnen nicht schaden, wenn man Ihnen das immer wieder erklärt. ABS- und CDO-Papiere funktionieren durchaus ähnlich wie betrügerische Kettenbriefe, sind im Einzelnen aber natürlich komplexer. Im „Manager-Magazin“ wurde kürzlich dargestellt, dass jedes einzelne dieser sogenannten Produkte – es gibt davon Zigtausende – für sich ein Vertragswerk von mehreren hundert Seiten sei. Zu diesem Thema wird ein führender Manager der BayernLB, der nicht namentlich genannt wird, wörtlich zitiert. Er sagt: „Niemand weiß genau, welche Fallen noch im Kleingedruckten lauern.“ Auf Deutsch heißt das also, es wurden Papiere gekauft, die die Experten der Landesbank nicht durchschauen. Meine Damen und Herren, ich habe da eine ganz konservative Auffassung und eine klare Ansage: Wir sollten von einem Bankvorstand verlangen, dass er nur Papiere kauft, die er versteht.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre die grundlegende Strategie, damit sich nicht wiederholt, was wir jetzt erleben. Das muss nicht nur für Landesbanken gelten.

Ich bringe ein zweites Beispiel. 2004 wurde die Lobbyorganisation True Sale International GmbH gegründet. Man achte auf das Wort „true“.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Ziel der Initiative war und ist es, Verbriefungsgeschäfte in Deutschland zu fördern, zu etablieren und gesetzliche Beschränkungen zu lockern, also genau das zu befördern, was die US-Finanzkrise nach Deutschland gebracht hat. Gesellschafter und Partner der Initiative ist unter anderem die BayernLB. Jetzt erklären uns die Verantwortlichen, dass sie eigentlich von dem Verbriefungsgeschäft, der Funktionsweise und den Risiken nichts gewusst haben wollten. Die Herrschaften, meine Damen und Herren, wollen das risikoreiche Spiel! Während sie halb kollabieren, rufen sie nach immer neuen Drogen! Das ist der Umstand, den wir vorfinden.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Wolfgang Gerke schreibt in seiner Stellungnahme zur Anhörung vor zwei Wochen, dass es keinerlei Entschuldigung für die Schieflagen der Bank gebe. Das gelte

auch für die Politik der Bayerischen Landesbank. Er sagt: „Auch die zu optimistischen Einschätzungen durch internationale Rating-Agenturen könnten nicht als Entschuldigung für die Verluste der Bayerischen Landesbank angeführt werden. Die jetzt abzuschreibenden Titel wurden aufgrund der höheren Verzinsung gekauft, und diese signalisierten eindeutig die Höhe der Risiken.“

Meine Damen und Herren, wer bewusst die Eigenkapitalunterlegungsvorschriften durch Zweckgesellschaften umgeht, der weiß, was er tut. Die Herrschaften haben genau gewusst, was sie tun! Herr Finanzminister, Sie und die Landesbank mussten wissen, dass Sie sich im globalen Zockermilieu bewegen. Das ist der Grundfehler, den wir Ihnen zum Vorwurf machen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, seit letzter Woche ist klar: Bayerns Bürger bürgen für dieses Desaster bei der Landesbank in Milliardenhöhe. So hat es die CSU beschlossen. Die Sachlage ist doch folgende: Herr Minister Huber, vor zwei Wochen haben Sie gesagt, dass die Aufsichtsbehörden jetzt generell als Richtwert eine Abschirmung in Höhe von 25 % der maßgeblichen Papiere empfehlen. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass man heute davon ausgeht, dass mindestens 25 % dieser ABS-Werte ausfallen werden. Das ist ein Viertel von 24 Milliarden Euro, also die berühmten 6 Milliarden Euro.

(Engelbert Kupka (CSU): Das stimmt doch alles nicht!)

Die Ausfallbürgschaft in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, die jetzt im Haushalt steht, bedeutet, dass der bayerische Haushalt in Milliardenhöhe in Anspruch genommen werden wird. Geben Sie das doch endlich einmal offen und ehrlich zu, Herr Finanzminister! Das ist der Tatbestand, den Sie immer noch verschleiern wollen.

Herr Finanzminister, am 14. Februar haben Sie im Plenum gesagt, es sei völlig unsinnig zu behaupten, die Steuerzahler würden belastet oder die Menschen müssten aufgrund der Situation der Bank leiden, weil zum Beispiel einige Kindergärten weniger gebaut werden könnten. Derartige Behauptungen seien absolut unsinnig, so der Finanzminister. Herr Huber, vergleichen Sie einmal Ihre Aussage von damals mit dem jetzigen Stand der Dinge. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, wie viele Kindergärten und Kinderkrippen man mit 2,4 Milliarden Euro in Bayern bauen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren es nicht, die Unsinn geredet haben. Das Wort haben Sie in die Debatte eingeführt. Es fällt jetzt auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend mit Blick auf den Nachtragshaushalt und die zu Ende gehende Legislaturperiode Folgendes feststellen: Die CSU und die Staatsregierung haben in den letzten

vier Jahren unser Bayernland mit Arroganz und politischem Stillstand bedient. Sie haben Bayern in dieser Regierungsperiode mehr geschadet als genützt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die CSU war zahlenmäßig noch nie so stark wie in dieser Periode. Sie war aber auch politisch noch nie so schwach wie in dieser Periode.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie wollten Leuchttürme bauen, aber Sie haben – siehe Transrapid und Landesbank – Pleiten gebaut!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): So ein Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, dass Sie seit einem Jahr nur noch von der Opposition abschreiben, ist gut für Bayern. Aber abkupfern, weil man selbst ratlos und hilflos ist, ist keine hohe Regierungskunst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister Huber, jetzt hektisch Geld auszugeben, um vergessen zu machen, was Sie selbst ange richtet haben, ist keine hohe Regierungskunst. Jetzt – ein halbes Jahr vor der Wahl – den Menschen das Blaue vom Himmel zu versprechen und gleichzeitig die Steuerzahler in Milliardenhöhe in die Haftung zu nehmen, ist ebenfalls keine hohe Regierungskunst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Das ist doch falsch!)

Deshalb sage ich, was die Überzeugung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Landtag ist: Bayern braucht einen neuen Finanzminister; denn der alte hat versagt!

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Schieder. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, nach zwei Kollegen zu sprechen, die soeben ihre letzte Haushaltsrede in diesem Haus gehalten haben.

(Manfred Ach (CSU): Gott sei Dank beim Herrn Kollegen Schieder!)

– Herr Kollege Ach, dazu sage ich jetzt einmal nichts.

Lieber Herr Ausschussvorsitzender, die Debatte über diesen Nachtragshaushalt wird von der Krise der BayernLB und der Rolle des Finanzministers in dieser Krise

überschattet. Herr Kollege Ach, Sie als Ausschussvorsitzender und Vortragender haben leider so getan, als sei alles in Ordnung. Wir verabschieden heute einen Nachtragshaushalt – die CSU mit ihrer Mehrheit –, der in seinem Volumen noch nicht einmal dem entspricht, was uns – die bayerischen Steuerzahler – die Abschirmung der Bayerischen Landesbank kosten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss man sich einmal vorstellen: Die Abschirmung hat eine Höhe von 2,4 Milliarden Euro, dieser Nachtragshaushalt umfasst jedoch nur 1,5 Milliarden Euro netto. Das ist verrückt. Man stelle sich einmal vor: Über Monate hinweg wurde im Ministerium an diesem Haushalt gearbeitet. Im Januar wurde er eingebracht. Im Haushaltsausschuss tun wir fast nichts anderes mehr, als über diesen Haushalt zu sprechen. Seit Wochen wissen wir aber gleichzeitig, dass in der mittelfristigen Finanzplanung große Risiken bestehen, deren Höhe wir noch nicht einmal abschätzen können. Niemand traut sich, dazu eine feste Zahl zu nennen. Nicht auszudenken, was das für kommende Haushalte bedeuten könnte.

Niemand übernimmt heute eine Garantie, dass es nicht noch schlimmer kommen und ein größerer Schaden als die genannten 2,4 Milliarden Euro zur Abschirmung der Risiken eintreten wird. Herr Minister, Sie haben erklärt, niemand werde in Bayern mehr Steuern zahlen müssen für die Abschirmung der Risiken. Herr Kollege Schieder hat aber darauf hingewiesen, dass Sie das Geld irgendwoher nehmen müssen, nicht jetzt, aber bald.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen scheinbar selber nicht, wo Sie dieses Geld hernehmen sollen. Ich zitiere aus Ihrer Antwort auf meine Anfrage von letzter Woche: „Sollte es am Ende“ – gemeint ist das Jahr 2014 – „zu einer Belastung kommen, wird zu überlegen sein, auf welche Weise diese Verpflichtungen erfüllt werden, etwa über Rücklagen oder gegebenenfalls den Einsatz von Grundstockmitteln.“ Daran sieht man schon, dass Sie und Ihre Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns erklären müssen, dass von den E.ON-Milliarden endgültig nichts mehr übrig ist und dass die Rücklagen aufgebraucht werden müssen. Herr Minister, das wissen Sie. Heute sprechen Sie in Ihrer Pressemitteilung von „Vorsorge“. Eine Vorsorge hätten Sie treffen können, indem Sie eine vernünftige Politik im Verwaltungsrat geleistet und eine bessere Arbeit abgeliefert hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Die alte Leier!)

– Genau, die alte Leier. Das muss aber gesagt werden. Es ist deswegen nicht falsch.

Herr Finanzminister, Sie haben erklärt, Sie treffe keine Schuld, und Sie hätten nichts gewusst. Auf einmal müssen die Bürgerinnen und Bürger aber 2,4 Milliarden Euro zur Abschirmung beitragen. Meine Damen und

Herren, für mich ist das das Comeback der unbefleckten Empfängnis im Finanzministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, das operative Geschäft ist nicht Ihre Sache. Das wissen wir. Sie wussten fast nichts. Bei der Einbringung des Haushalts im Januar haben Sie gesagt, dass es negative Einflüsse durch die amerikanische Finanzbranche geben würde. Jetzt haben Sie diese negativen Einflüsse direkt vor der Tür. Sie können ihnen nicht mit einer Erhöhung der Investitionsquote begegnen, wie Sie das angemerkt haben. So einfach geht es nicht.

Herr Minister, Sie waren gedanklich offenbar schon zu Höherem berufen. Ich zitiere Sie: „Bayern, das Chanceland“, „bayerische Finanzpolitik als Basis und Vision für Bayern im Jahr 2020“. Ich werde Ihnen sagen, was in Bayern im Jahr 2020 sein wird: Im Jahre 2020 werden die Bürgerinnen und Bürger für den Mist zahlen, den Sie in der Landesbank angerichtet haben.

Dabei sah es bei der Einbringung des Haushalts noch so gut für Sie aus: Endlich gab es ein Plus bei den Steuereinnahmen. Endlich konnten Sie das tun, was Sie so gerne machen, nämlich mit der Gießkanne über das Land laufen und Wohltaten verteilen. Das war auch nötig; denn die Haushaltspolitik der letzten vier Haushaltsjahre unter Ihrem Vorgänger und Ihnen kann man unter einem Dreiklang sehen. Ich verwende den Begriff „Dreiklang“. Sie sehen, wir lernen von Ihnen. Früher hieß es einmal: Von der CSU lernen, heißt siegen lernen. Das ist vorbei. Dieser Dreiklang heißt „kürzen“, dann „kaputt gehen lassen“ und am Ende „reparieren“, um vor der Wahl die Kurve zu kriegen. Sie versuchen mit diesem Nachtrag zu reparieren, was Sie selbst in den vergangenen Jahren an Schäden angerichtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf einmal wollen Sie nicht wahrhaben, dass es Abfinanzierungsstaus bei den Kommunen, Investitionsstaus bei öffentlichen Gebäuden, Brücken oder Straßen gibt und dass wir Studentenberge haben, die abzubauen sind, dass es zu große Klassen gibt, dass es Unterrichtsausfall gibt, zu wenig Schulsozialarbeit vorhanden ist sowie ein zu geringer Bauunterhalt geleistet wird. All das gibt es, und jetzt betreiben Sie Nachsorge in eigener Sache.

Eigentlich, lieber Herr Ach, haben wir es hier mit einem Nachtrag 2004 bis 2008 und nicht mit einem Nachtrag 2008 zu tun. Am deutlichsten wird das, lieber Herr Kollege Ach – –

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Ich komme noch darauf, wie wir es finanziert hätten. Ich sage es Ihnen noch.

Am deutlichsten wird das bei den Anträgen, die die Kolleginnen und Kollegen der CSU beim Nachtrag gestellt haben. Da hat der Herr Minister einen Sonderfonds in

Höhe von 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mit dem Sie sich so richtig austoben konnten. Was haben Sie damit gemacht? – Sie haben versucht, alle Maßnahmen des Jahres 2004 ungeschehen zu machen. Jetzt ist Wahljahr, und da muss man zeigen, wozu man in der Lage wäre, wenn man nur wollte. Das schlechte Gewissen hat Sie geplagt, weil Sie genau gewusst haben, dass wir in Bayern Lehrerinnen und Lehrer brauchen, weil Sie genau gewusst haben, dass ein doppelter Abiturjahrgang auf die Hochschulen zukommen wird, und weil Sie genau gewusst haben, dass 3600 staatliche Gebäude in Bayern energetisch saniert werden müssen.

(Unruhe)

– Liebe Kollegen, ich finde es sehr nett, dass Sie sich unterhalten, aber ich habe Herrn Ach auch zugehört. – Danke schön. Sie können sich gern mir gegenüber aufregen.

(Engelbert Kupka (CSU): Meine ganze Aufregung ist schon beim Kollegen Schieder draufgegangen!)

Sie haben auch gewusst – das schlechte Gewissen hat Sie geplagt –, dass eine Insolvenzberatung ohne ausreichende Mittel nicht mehr arbeiten kann. Vieles war Ihnen in den letzten Jahren wichtiger. Aber das Schlimmste war in den letzten vier Jahren: Sie nennen das auch noch nachhaltige Haushaltspolitik, wie das der Herr Vorsitzende vorhin gemacht hat. Was daran nachhaltig sein soll, wenn man zuerst einen Investitionsstau produziert und die Infrastruktur verkommen lässt, um sie dann nach Jahren reparieren zu müssen, frage ich mich wirklich. Es ist nicht so, als ob der Nachtragshaushalt ohne die Landesbankkrise kritiklos hinzunehmen gewesen wäre!

Lassen Sie mich Kritikpunkte nennen, die wir im Zusammenhang mit dem Haushalt angemahnt haben: Ist es denn Aufgabe des bayerischen Staatshaushaltes, die neuen Spielfelder des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten in Brüssel zu finanzieren? Ist es unsere Aufgabe, die lokalen privaten Fernsehanbieter zu stützen? Ist es unsere Aufgabe, immer noch mehr Staatsstraßen zu bauen, obwohl wir mit dem Unterhalt der bestehenden 14 000 Kilometer hinterherhinken? Bezüglich der Staatsstraßen muss ich einen kleinen Schwenk machen: Bei den Staatsstraßen zeigt sich die wahre Politikfähigkeit der CSU; denn wenn sie Geld hat, dann steckt sie es in den Staatsstraßenbau, damit jeder der Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine Straße einweihen kann. So sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie dagegen?)

230 Millionen Euro für den Staatsstraßenbau und 100 Millionen für den Ausbau der Krippen – das sind die Schwerpunkte, die Sie setzen!

(Manfred Ach (CSU): Ist die SPD für oder gegen den Staatsstraßenbau?)

– Ich gehöre nicht zur SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ist es unsere Aufgabe, den Klimaschutz mit Schneekanonen zu konterkarieren? – Nein, das alles sind nicht unsere Aufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies alles tun Sie mit dem Nachtragshaushalt. Was müssten Sie stattdessen tun? Sorgen Sie doch dafür, dass München nicht mehr – wie die „Süddeutsche Zeitung“ geschrieben hat – ein Paradies für Steuersünder bleibt, weil es zu wenige Steuerfahnder gibt und jedes Jahr allein in München 24 Millionen Euro nicht eingenommen werden. Sorgen Sie dafür, dass beispielsweise die Personalsituation in Gefängnissen, bei der Polizei und in den Veterinärämtern verbessert wird. Sorgen Sie dafür, dass der zeitnahe Aufstieg, den Sie den Beamtinnen und Beamten versprochen haben, endlich möglich wird. Sorgen Sie dafür, dass der ländliche Raum gleichberechtigt mit den Metropolregionen behandelt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beste Beispiel sind die 19 Millionen Euro, die Sie für die Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum ausgeben wollen. Bei der großen Zahl an Kommunen, die in die Hunderte gehen und die auf den Ausbau warten, wird dieses Programm von 19 Millionen Euro – Sie wissen das selber – nicht weit tragen.

Wir haben versucht, mit unseren Anträgen Ihre verfehlte Politik der letzten Jahre auszugleichen. Unsere Anträge haben vorsorgenden Charakter, denn es ist wahrhaft nachhaltig, vorher dafür zu sorgen, dass später keine Mehrkosten auftreten. Das gilt sowohl für die Bildungspolitik – dazu wird die Kollegin Tolle später noch etwas sagen – als auch für die Kinderbetreuung. Das Gleiche gilt für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und die Sozialpolitik. Mit der Umsetzung der Forderungen in unseren Anträgen ließe sich nicht nur die Lebensqualität der Menschen verbessern, sondern auch Geld sparen. Das gilt zum Beispiel hinsichtlich der Energiekosten. Zahlreiche Gebäude – ich habe es schon gesagt – warten auf eine Sanierung. Wenn Sie frühzeitig damit begonnen hätten – Sie sind über 50 Jahre an der Macht und hätten dazu die Gelegenheit gehabt –, bräuchten Sie heute nicht die teuren Energiekosten zu tragen. In diesem Jahr steigen Sie mit 30 Millionen Euro ein. Das ist nicht ambitioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Sozialbereich. Über die Auswahl von Anträgen können wir die Namen aller drei Fraktionen schreiben. Das betrifft zum Beispiel den Ausbau der Jugendsozialarbeit an den Schulen, den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter zwei Jahren und die Kürzung der Maßnahmen für Senioren. Man könnte diese Liste noch ellenlang weiterführen. Der Unterschied ist nur: Die SPD und die GRÜNEN haben solche Anträge in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt. Sie kommen jetzt damit daher. Erst kurz vor der Wahl fällt Ihnen ein, dass auf diesen Feldern etwas getan werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die entscheidende Frage ist: Ob es Ihnen nach der Landtagswahl mit diesen Projekten noch so ernst ist, wie es jetzt scheint, ist unklar. Im Jahre 2003 haben Sie hinterher genau das Gegenteil gemacht.

Sie müssten langsam begriffen haben, was Ihnen Ihre Wahlniederlage eingebracht hat und was Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern übel nehmen. Sie nehmen Ihnen Ihre Unzuverlässigkeit übel, die inzwischen immer deutlicher wird. Man kann sich auf Sie nicht verlassen. Jetzt kommt Geld, aber wer weiß, ob das morgen nach der Wahl immer noch so ist. Wenn Geld fließt, weiß niemand, ob so viel fließt, wie das im Haushalt steht. Sie lassen die Haushaltssperren bestehen. Auch im guten Steuerjahr 2008 liegen sie bei 20 %. Wie soll es mit den Haushaltssperren weitergehen? Erhöhung auf 25 % im nächsten konjunkturellen Abschwung? Offensichtlich besteht bei Ihnen nicht der Mut, bei den Haushaltsansätzen für die nötige Haushaltsklarheit zu sorgen. Ich kann mich noch gut an den Ausspruch eines ehemaligen CSU-Fraktionsvorsitzenden im Aschaffener Stadtrat, der von Klarheit und Wahrheit des Haushalts gesprochen hat, erinnern. Das fehlt Ihnen völlig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben mit unseren Anträgen dokumentiert, dass es uns ernst ist, dass wir Eltern und Schüler ernst nehmen, dass wir den Ausbau der Hochschulen wollen und dass wir die Träger sozialer Initiativen nicht im Regen stehen lassen wollen. Das kann man von Ihnen nicht behaupten. Ihnen fehlt nicht nur beim Klimaschutz die politische Kompetenz. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Schneekanonen und die Atomkraft. Auch bei der Bildung wird von Ihnen nur Stückwerk abgeliefert. Dies trifft aktuell auf das G 8 zu. Mit diesem Nachtrag im Haushaltsgesetz wird auch klar, dass Ihnen ein neues Kompetenzfeld wegbricht, nämlich die Finanzpolitik. Sie können nicht rechnen. Das ist in diesem Jahr offensichtlich geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz deutlich wird das beim Transrapid, der mit diesem Nachtrag endlich aus dem Haushalt verschwindet. Das ist ein Glück und ein Freudentag für alle Gegner des Transrapids.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben schon seit Jahren gewarnt, dass das Magnetschwebbahnprojekt in München teuer wird, aber Sie haben es auf ein Waterloo ankommen lassen, und Sie haben das Waterloo bekommen, Herr Minister. Jetzt die Bauindustrie dafür verantwortlich zu machen, halten wir für billig. Im Haushaltsausschuss haben wir andauernd bei den Hochbauvorlagen über Nachträge geredet. Dieses Prinzip hätten Sie auch auf Ihr Lieblingsprojekt anwenden müssen.

Nun ist es ein Desaster für Sie, für uns aber ist es ein klarer Sieg der Vernunft über den wirtschaftspolitischen, umweltpolitischen und finanziellen Unsinn des Transrapids.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die freiwerdenden Mittel sollen, wie es heißt, in Leuchttürmen angelegt werden. Diese Mittel sind für den ÖPNV in Bayern erforderlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der muss gefördert werden, und zwar in ganz Bayern und nicht nur in München.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Verfassungswidrig! Grundstockvermögen! Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

– Herr Ausschussvorsitzender, Sie wissen genau wie wir, dass es über Umfinanzierungen sehr wohl möglich ist, solche Maßnahmen zu finanzieren.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Der politische Wille muss nur da sein!)

Der Transrapid war nicht die letzte falsche Rechnung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nenne einige weitere Beispiele: Der S-Bahnbau nach Wolfratshausen; heute steht in der „Süddeutschen Zeitung“, dass die Strecke Nürnberg – Erfurt 500 Millionen Euro billiger sein könnte, als Sie es angenommen haben. Das nächste Desaster droht Ihnen schon wieder. Mein Kollege Martin Runge hat es Ihnen in der letzten Woche vorgerechnet. Bei der zweiten S-Bahn-Stammstrecke prophezeien wir Ihnen den nächsten Reifall. Wir geben Ihnen einen Tipp, Herr Minister. Setzen Sie sich zusammen und rechnen Sie die Kosten der zweiten Stammstrecke mit allen Nebenkosten ehrlich durch. Vielleicht kommen Sie dann zu einer frühen Einsicht und ersparen es uns, ein siegreiches Volksbegehren dagegen zu initiieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, wir können Ihnen für die Zukunft nur raten, auf die GRÜNEN zu hören, wenn es um das Geld und um die Finanzen geht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir können das!)

Tun Sie nicht so, als hätten Sie die Finanzweisheit mit Löffeln gegessen. Das glaubt Ihnen nach der BayernLB-Affäre sowieso niemand mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen werden Ihnen zur Bildungspolitik und zum Finanzausgleich anschließend noch einiges sagen. Wir, die GRÜNEN im Bayerischen Landtag, lehnen diesen Wahlnachtragshaushalt ab. Wir lehnen es erst recht ab, Ihnen einen Blankoscheck für die Zukunft der Landesbank auszustellen, ohne überhaupt zu wissen, wohin es mit ihr geht.

Wir bedanken uns allerdings bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und der Finanzverwaltung, die unter sehr schwierigen Bedingungen die Grundlagen für diesen Haushalt gelegt haben. Ich bedanke mich auch bei meinen Fraktionskollegen, die fleißig

zu den insgesamt 199 Änderungsanträgen beigetragen haben, um dieses Machwerk noch zu verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fange auch mit der Landesbank an, Herr Finanzminister. Ich möchte nur noch deutlich machen, dass die 2,4 Milliarden Buchverlust, wenn ich es richtig verstanden habe, nur deswegen entstanden sind, weil man gezockt hat.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Ich rede hier über ein Feld, von dem sicher ist, dass man für einen Euro Investition wieder vier Euro zurückbekommt. Ich rede über die Bildungspolitik. In den vergangenen vier Jahren haben mein Kollege Mütze und die Opposition im Haushaltsausschuss um jeden einzelnen Euro bitter und lange kämpfen müssen. Bei der Landesbank ist dagegen allein aufgrund eines Wimpernschlages sehr viel Geld den Bach oder die Isar hinuntergeflossen, wie immer man es sehen will. Ich rede deshalb von der Landesbank, weil ich es sehr bedauere, wie hier die Prioritäten gesetzt werden.

Ich möchte auch über das reden, was Sie immer Präferenzen oder Prioritäten nennen. Dabei gilt für mich ein Satz, den ich hier öfter gesagt habe: Die Kraft einer Gesellschaft bemisst sich nicht an ihrer Ernte, sondern an ihrer Aussaat. Kein Satz beschreibt die Notwendigkeit nachhaltiger Bildungsausgaben besser als dieser. Das ist die GRÜNE Richtschnur für finanzpolitisches Handeln in der Bildungspolitik. Ihre Blickrichtung war nur starr auf einen ausgeglichenen Haushalt fixiert. Wer sich in einer globalisierten Welt behaupten will, muss auch die Fähigkeit aufbringen, vernetzt zu denken. Er muss also Bildung und Finanzen zusammenbringen. Diese Fähigkeit spreche ich Ihnen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den vergangenen Jahren im bayerischen Bildungssystem viel kaputt gemacht. Sie haben viele Baustellen aufgerissen. Sie haben vieles schön geredet. Sie haben viel Vertrauen zerstört und viel zu oft gesagt, Sie hätten kein oder wenig Geld. Viel Geld übrig hatten Sie für den schwebenden Unsinn Transrapid. Der erschien Ihnen zukunfts-fähig, während Sie gleichzeitig den Eltern das Büchergeld aus der Tasche gezogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den bayerischen Kindern seit Jahren die notwendigen Lehrerinnen und Lehrer verweigert. Sie haben das G 8 eingeführt, obwohl ein Blinder mit Krückstock hätte sehen können, dass wir für mehr Intensivierungsstunden mehr Lehrer brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben tatenlos zugesehen, wie immer mehr und immer öfter der Unterricht ausfiel. Sie haben zugesehen, wie die Klassen an Realschulen und Gymnasien immer voller wurden. Sie haben zugesehen, wie mehr als ein Drittel aller Schulen ihr Dorf verlassen haben. Sie haben zugesehen, wie immer mehr Eltern als Ersatzlehrer einspringen mussten. Sie tolerieren es, dass sehr viele Eltern ihren Kindern Nachhilfestunden bezahlen müssen, wenn sie es können. Sie haben aus dem ersten bayerischen Bildungsbericht erfahren, dass der Bildungserfolg vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Sie fanden sich toll für einen Antrag, der heute auf der Abstimmungsliste steht und den Titel trägt: „Klassen mit über 33 Schülern an bayerischen Realschulen und Gymnasien abbauen“.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist toll!)

Der Einzelplan 05 dieses Nachtragshaushalts war schon für sich das Eingeständnis Ihres jahrelangen Versagens in der Bildungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellen dort Lehrerstellenäquivalente für den planmäßigen Unterricht an den Gymnasien ein. Herr Kollege Waschler, ich frage Sie: War der Unterricht zuvor außerplanmäßig? – Ja, das war er. Das haben Sie aber immer gelehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellen plötzlich Lehrerstellenäquivalente zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls zur Verfügung. Vor einem Jahr hatten wir darüber eine Debatte geführt, dass das gar nicht so schlimm gewesen sei. Frau Kollegin Sem hat im Haushaltsausschuss bei der Behandlung des Einzelplans 05 gesagt, dieser Haushalt entspreche einer Wiese, die mit Sonne beschienen sei. Das sollen Sie einmal denen sagen, deren Schule geschlossen wurde. Das sollen Sie auch den 35 % der Gymnasiasten oder 45 % der Realschüler sagen, die mit 30 anderen in einer Klasse sitzen müssen. Da wirft der Nachbar den Schatten. Fakt ist, dass Sie mit diesem Nachtragshaushalt eingestanden haben, dass Sie in den vergangenen vier Jahren Fehler gemacht haben. Sie haben unseren Kindern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern unzumutbare Zustände beschert. Wenn es trotzdem zu guten Leistungen gereicht hat, dann nicht wegen, sondern trotz der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Von was reden Sie eigentlich?)

Auch die bayerische Bevölkerung ist nicht unbegrenzt leidensfähig. Bei den Kommunalwahlen haben Sie einen Dämpfer bekommen und Ihr schlechtestes Ergebnis seit 1960 eingefahren. Der Grund war laut Aussagen der Kollegen Pschierer, Sailer oder Theo Waigel die Bildungspolitik. Plötzlich konnten Sie das vorher im Haushaltsausschuss verabschiedete Paket noch einmal aufschneiden. Sie haben es aber nicht aufgeschnürt, weil Ihnen die Kinder plötzlich etwas wert sind, sondern nur aus purer Angst davor, dass Sie die Macht verlieren.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genauso ist es!)

Damit geben Sie ein weiteres Mal zu, dass Sie sich an den bayerischen Kindern versündigt haben.

(Zurufe von der CSU: Pfui!)

Fakt ist: Mit der letzten Sitzung gab es 21 Millionen Euro mehr. Davon sind 18 Millionen Euro für Personal. Aber Sie haben die bayerische Bevölkerung schon oft angelogen. Ich erinnere nur daran, dass Sie vor der Wahl gesagt haben, es gebe kein G 8.

(Zuruf von der CSU: Das nehmen Sie zurück! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Wahrheit ist schwer zu ertragen!)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, bitte beachten Sie Ihre Wortwahl!

(Walter Nadler (CSU): Parlamentarisch ist das nicht, Herr Präsident! – Zuruf von den GRÜNEN: Angelogen ist angelogen!)

**Simone Tolle (GRÜNE):** Daher haben wir den Antrag gestellt, das Geld für Personal im nächsten Jahr in Stellen umzuwandeln. Und was haben Sie gesagt? – Nein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist die Wahrheit!)

Sie haben nun ein paar Millionen lockergemacht, die Sie vor vier Wochen anscheinend noch nicht ausgeben wollten. Sie wollten die bayerische Bevölkerung bis zur Wahl ruhigstellen. Das geht jetzt nicht mehr.

Vom Nachtragshaushalt bin ich enttäuscht. Die bayerischen Schulen hätten das Geld schon früher brauchen können. Der Bildungshaushalt braucht Nachhaltigkeit, Weitblick und keine Schüsse aus der Hüfte. Sie verspielen mit Ihrer Geizmentalität die Chancen der Kinder und der bayerischen Gesellschaft. Sie haben eine Ernte eingefahren, und das ist der ausgeglichene Haushalt. Die Aussaat haben Sie dabei aber vernachlässigt. Das sind unsere Kinder und ihre Chancen. Damit haben Sie das verursacht, was man im Freistaat landauf, landab „Scherbenhaufen Bildungspolitik“ nennt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Alles auf dem Rücken der Kinder! – Zurufe von der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einige Worte zum kommunalen Finanzausgleich sagen, der bekanntlich für die Kommunen vor Ort und für ihren Handlungsspielraum und damit für die Gestaltung der Rahmenbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist.

Nur allzu verständlich ist, dass dieses Mal der Anstieg des Volumens im Finanzausgleich um 604 Millionen Euro außerordentlich deutlich hervorgehoben wurde, und zwar in der Einbringungsrede von Herrn Huber und natürlich auch heute von Herrn Ach. Nicht hervorgehoben, verschwiegen haben beide jedoch, dass dieser Anstieg im Wesentlichen nicht den Segnungen der Staatsregierung, sondern dem Anwachsen der Steuermittel im kommunalen Steuerverbund geschuldet ist. Verschwiegen wurde auch, dass diese überfällige und leider keineswegs im Bestand gesicherte Korrektur des Finanzausgleichs auf eine Situation traf, in der mehrere hundert Gemeinden seit Jahren keinen positiven Beitrag mehr zum Investitionshaushalt erwirtschaften konnten, nicht mehr investieren konnten, teilweise sogar den Verwaltungshaushalt durch Verkäufe aus dem Vermögenshaushalt ausgleichen und zudem jahrelang fehlende Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen bei Bau und Sanierung von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Abwasser- und -entsorgungsanlagen ausgleichen und zwischenfinanzieren mussten. Obendrein mussten die Kommunen in den Bereichen, in denen der Staat seine Aufgaben nicht ausreichend erfüllt hat, in die Bresche springen: bei der Schulsozialarbeit, bei der Jugendarbeit, bei der Schülerbeförderung.

Leider konnten Sie von Ihrer Politik des goldenen Zügels nicht abgehen. Sie haben wieder einen großen Teil des Zuwachses dieser Steuermittel in Investitionszuschüsse umgewandelt. Das ist vor allen Dingen deswegen nicht sachgerecht, weil von Investitionszuschüssen nur die Kommunen etwas haben, die finanzieren können. Sie sollten besser die Schlüsselmasse erhöhen, anstatt neue Investitionstöpfe zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern, die Mittel im kommunalen Steuerverbund nicht laufend als kreative Finanzierungsquelle für neue staatliche Verpflichtungen oder auch bestimmte neue „große Taten“ der Staatsregierung heranzuziehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, große Ankündigungen der Staatsregierung entsprechen nicht immer großen Taten. Eine große Ankündigung war beispielsweise das Klimaprogramm 2020. Damit haben Sie ein Bund-Länder-Investitionspaket zur Sanierung der Gebäudeinfrastruktur aufgelegt und gesagt: Die Kommunen erhalten Zuschüsse zur Energiesanierung ihrer Gebäude. Einige Bürgermeister hatten sich schon gefreut; dann haben sie aber gesehen, dass dieser Topf im Jahr 2008 mit sage und schreibe nur 1,5 Millionen Euro ausgestattet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Total viel!)

Jede zweite Schule, jeder zweite Kindergarten in Bayern ist ein Energiesanierungsfall. Mit einem Topf, der nur in diesem Umfang ausgestattet ist, kommen wir nicht weiter.

Nicht weiter kommen wir auch mit Ihren wohlfeilen Ankündigungen, dass die Jugendhilfe in den Kommunen

gestärkt werden muss, wenn sie, so wie bislang, im Finanzausgleich nur völlig unzureichend berücksichtigt wird. Bayerns Kommunen könnten ein bisschen aufatmen, bliebe dieser Finanzausgleich tatsächlich auf diesem Niveau. Allerdings sieht es nicht danach aus. Der Finanzausgleich ist heuer um 600 Millionen Euro angewachsen; gleichzeitig aber werden die Kommunen Bayerns über ihre Sparkassen mit 2,4 Milliarden Euro, also mit dem Vierfachen, für die Desaster der Landesbank als Bürge genommen. Insofern werden sie langfristig wohl nichts von diesem FAG haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank. Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Mütze.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur einen Fauxpas korrigieren, auf den mich der Ausschussvorsitzende vorhin noch hingewiesen hat.

Natürlich möchte ich mich im Namen der Landtagsfraktion der GRÜNEN und der beiden Vertreter der GRÜNEN im Haushaltsausschuss für die gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuss während der letzten fünf Jahre beim Ausschussvorsitzenden Ach ebenso wie bei dessen drei SPD-Stellvertretern, dem Kollegen Jürgen Dupper, dem Kollegen Werner Schieder und dem Kollegen Kaiser bedanken. Ich wünsche allen vieren eine gute Zukunft. Das gilt vor allem für den Kollegen, der in Passau für eine bessere Politik sorgen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Staatsminister Huber.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind jetzt beim Abschluss der Beratungen des Nachtragshaushalts angelangt. Im letzten Vierteljahr haben wir die Einzelpläne beraten und legen jetzt dem Plenum den Haushalt zur abschließenden Entscheidung vor.

Ich möchte mich auch bei den Fraktionen für die sachkundige und kompetente Beratung bedanken. Alle, die heute dem Haushalt zustimmen, können stolz darauf sein, dass Bayern einen Bilderbuchhaushalt 2008 verabschiedet.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch ein Signal für die Finanzpolitik in ganz Deutschland.

Zu den herausragenden Merkmalen dieses Haushalts gehört, dass erstmals in der Nachkriegsgeschichte in

eine planmäßige Tilgung von Schulden eingetreten wird. Wenn wir die Tilgung aus dem Jahr 2007 dazunehmen, können wir feststellen, dass wir in diesem Doppelhaushalt eine halbe Milliarde Euro an Schulden zurückzahlen. Das ist Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, die der Generationengerechtigkeit dient.

(Beifall bei der CSU)

So eröffnen wir den künftigen Generationen Handlungsspielräume. Bayern hat damit die geringste Zinsquote unter den Ländern. Kollege Ach hat darauf hingewiesen, dass – das ist für Sie immer ein Maßstab oder ein Vergleich – Bayern eine Zinsquote, gemessen am Haushalt, von 2,6 % hat, während Rheinland-Pfalz eine Zinsquote von etwa 10 % hat. Daran sieht man, wo mehr investiert werden kann.

Das ist eine Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, die die Bezeichnung Nachhaltigkeit wirklich verdient.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zudem legen wir Rücklagen an. Wir legen 400 Millionen Euro als Rücklagen an. Hinzu kommt die Begründung des Pensionsfonds. Auch das ist ein völlig neues Kapitel in der Nachkriegsgeschichte. In den letzten 60 Jahren hat man in ganz Deutschland die Versorgungslasten immer aus den laufenden Haushalten finanziert. Wir haben in der Vergangenheit bereits eine Pensionsrücklage angelegt. Jetzt starten wir den Pensionsfonds,

(Werner Schieder (SPD): Möchten Sie den dann auch verspekulieren wie die Landesbank?)

den wir bei der Bundesbank anlegen. Ich möchte mich bei der Bundesbank dafür bedanken, dass sie das Management kostenfrei für den Freistaat Bayern übernimmt.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2016 werden wir bereits 1,6 Milliarden Euro haben; damit treiben wir Vorsorge für die Zukunft.

Als drittes Merkmal möchte ich die deutliche Zunahme von Investitionen hervorheben. Wir steigern die Ausgaben im Bereich der Investitionen gegenüber dem Stammhaushalt um 800 Millionen auf 5,1 Milliarden Euro und erreichen damit eine Investitionsquote von 13,4 %. Auch das ist die Aussaat für Erfolge und die Ernte in der Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man das alles zusammen betrachtet, muss man sich schon krampfhaft verrenken, um einen solchen Haushalt abzulehnen. Sie werden natürlich aus Gründen der Opposition dagegen stimmen. Aber das wird Ihnen politisch mit Sicherheit nichts nutzen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Besonders spaßig erscheint mir Ihre Kritik an der Zunahme der Ausgaben; denn im Haushaltsausschuss haben sowohl SPD wie auch die GRÜNEN deutliche Mehrausgaben beantragt. Man kann uns doch nicht vorwerfen, wir gäben zu viel aus, während die SPD Mehrausgaben in der Größenordnung von 600 Millionen Euro, die GRÜNEN in einer Größenordnung von 500 Millionen Euro beantragen. Man sieht: Mit Geld können Sie nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN, zum Beispiel: Aber Sie können mit der Landesbank umgehen! Wie war das mit der BayernLB?)

Natürlich kann ich Ihnen auch nicht den Hinweis darauf ersparen, dass Rot-Grün im Jahr 2005 in Berlin das größte Finanzdesaster der Nachkriegsgeschichte hinterlassen hat.

(Werner Schieder (SPD): Was sagen Sie zu Milbradt?)

Nun kommen wir auf die sogenannte Finanzierung zu sprechen. Die SPD hat sich immerhin bemüht, jedenfalls wenigstens formal, für die von ihr beantragten 600 Millionen Euro eine Gegenfinanzierung darzustellen, die ganz interessant ist. Zum einen würden Sie in die Rücklagen greifen. Finanzpolitik der SPD bedeutet also: weniger Rücklagen für die Zukunft. Damit richten Sie Schaden für die kommenden Generationen an.

(Manfred Ach (CSU): Richtig! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie haben doch die Landesbank ruiniert! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben doch den Schaden bei der Landesbank angerichtet! – Weitere Zurufe von der Opposition)

Der zweite Hinweis wird dann noch interessanter, und ich bitte die Kollegen von der CSU, das darf in keiner Wahlversammlung der nächsten fünf Monate fehlen: Die SPD will die Ausgaben für das Landeserziehungsgeld und damit für die Familien in Bayern um 100 Millionen kürzen.

(Hört, hört! bei der CSU)

Das ist die bekannt familienfeindliche Position der SPD. Sie lehnen in Berlin das Betreuungsgeld ab, und Sie wollen in Bayern das Landeserziehungsgeld kürzen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir wollen dafür mehr Kinderbetreuung!)

Damit werden gerade die Familien gefördert, die ein geringes Einkommen haben, die Ja sagen zum Kind. Sie lehnen nicht nur das Landeserziehungsgeld ab, sondern damit wird auch der Beweis dafür erbracht, dass die CSU eine gute, verlässliche Familienpolitik betreibt, während die SPD dazu Nein sagt. Damit machen Sie das ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Hier kommt beides zusammen: Dieser Haushalt ist geprägt davon, dass wir die Ausgaben für die Familien ganz deutlich erhöhen. Wir erhöhen das Landeserziehungsgeld auf 150 Millionen, wir erhöhen die Zuschüsse für die Träger im Bereich der Kindergärten,

(Heidi Lück (SPD): Wow!)

und wir steigen in die Finanzierung der Betreuungseinrichtungen ein. Da legt Bayern im Gegensatz zu den anderen Ländern zu den Bundesgeldern noch 100 Millionen drauf.

(Manfred Ach (CSU): So ist es!)

Wir haben den Kommunen zugesagt, dass es bei Baumaßnahmen, die von jetzt an getätigt werden, Zuschüsse in Höhe von 60 bis 80 % gibt. Das dient den Familien, das dient den Kommunen und der Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Da Herr Schieder dazwischenruft, sage ich: Die Anträge der SPD im Haushaltsausschuss haben den Beweis erbracht, dass Sie nichts tun wollen für die Familien in Bayern und in Deutschland,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Oh, das ist aber traurig!)

sondern dass sie im Gegenteil sogar noch das Landeserziehungsgeld kürzen. Ich sage: Diese Feststellung wird in keiner einzigen Versammlung in den nächsten fünf Monaten in Bayern fehlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Werner Schieder (SPD): Wenn Sie sonst nichts haben, packen wir das!)

Jetzt komme ich zu der Aussage, die Herr Schieder öfter gebracht hat, nämlich der, wir hätten mit diesem Haushalt im Grunde genommen nur das umgesetzt, was Sie in der Vergangenheit empfohlen haben. Da darf ich einmal zusammenzählen, was die SPD seit 1997 an Mehrausgaben beantragt hat: In den Jahren 1997 bis 2008 waren das 14 Milliarden.

(Werner Schieder (SPD): Warum fangen Sie denn nicht bei 1948 an?)

14 Milliarden! Wenn es nach der SPD gegangen wäre, hätte man in diesen Jahren 14 Milliarden Euro mehr ausgegeben.

(Georg Schmid (CSU): Typisch!)

Das heißt: Der Schuldenstand wäre um 60 % höher, die Zinsbelastung wäre ebenfalls um 60 % höher. Dann könnten wir heute deutlich weniger investieren.

(Beifall bei der CSU – Georg Schmid (CSU): Typisch Sozi! So sind die Sozis! – Werner Schieder (SPD): Bei 1948 hätten Sie anfangen sollen!)

Zur Regierungskunst sage ich Ihnen das Folgende, obwohl Sie in Bayern nie in die Verlegenheit kommen werden, Regierungskunst praktisch anzuwenden:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Regierungskunst besteht doch nicht darin, jedes Jahr einen Christkindl-Katalog vorzustellen oder Milliarden auszugeben für Investitionen in Luftschlösser.

(Zurufe von der Opposition)

Regierungskunst besteht vielmehr darin, dass man das Wünschbare und das Finanzierbare in eine sinnvolle Balance bringt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb ist Bayern im Bereich der Finanzen Vorbild. Ganz gleich, wohin Sie in Deutschland kommen, ob Sie in ein SPD-regiertes Land oder in ein unionsregiertes Land kommen: Man nimmt sich, was die Finanzpolitik angeht, ein Beispiel an Bayern.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja, vor allem an der Landesbank; das war ja ganz toll!)

Das war in den letzten zehn Jahren insbesondere die Leistung von Kurt Falthäuser und Manfred Ach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Die sind jetzt in Pension!)

Ein Glanzlicht dieses Haushalts sind auch die Ausgaben im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs. 600 Millionen Euro mehr bei den reinen Landesleistungen, ein Plus von 13 % bei den Schlüsselzuweisungen – da muss ich schon fragen: Warum wird von den GRÜNEN kritisiert, dass wir mehr Zuschüsse für Investitionen geben? – Wofür wird das Geld denn eingesetzt? – Für den Bau von Schulhäusern, für den Bau von Kindergärten. Sind Sie da dagegen? Ich bin dafür, dass wir Schulhäuser bauen, dass wir moderne Schulhäuser bauen, dass wir Schulhäuser renovieren und den Kommunen zeitnah dieses Geld geben.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Zeitnah vor allem, das ist es!)

Die Kommunen sind beim Freistaat Bayern gut aufgehoben. Es gibt in keinem der 16 Länder in Deutschland einen besseren kommunalen Finanzausgleich als in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Georg Schmid (CSU): Das ist einmal ganz sicher! – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN – Hans Joachim Werner (SPD): Das sehen die Gemeinden aber ganz anders!)

Nach den Zahlen des Finanzplanungsrates haben die Kommunen in Deutschland, besonders auch in Bayern, seit dem Jahr 2006 Haushaltsüberschüsse. Das begrüße ich sehr. Auch die Länder kommen in ihrer Gesamtheit im Jahr 2007 schon zu schwarzen Zahlen.

Wer nachhinkt, ist der Bund. Davon kann sich jeder selbst ein Urteil bilden. Eines aber ist klar: Im Vergleich der drei Ebenen haben in den letzten Jahren die Kommunen eine gute Position entwickelt. Sie können, Gott sei Dank, wieder investieren. Wir können bei den Kommunen in Bayern Investitionsquoten von 20 % feststellen. Damit ist sichergestellt, dass auch vor Ort wirksame Politik betrieben werden kann.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das sind doch nur Ansagen!)

Meine Damen und Herren, nun ein paar Sätze zur Bildungspolitik. Der Bildungshaushalt ist selbstverständlich ein Schwerpunkt des gesamten Staatshaushalts. Wir werden im September 2008 mit 2245 neuen Beschäftigungsmöglichkeiten einen Schub bekommen, wie es ihn seit langer Zeit nicht mehr gegeben hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Den größten Schub bewirkt wohl die Wahl am 28. September!)

Ich möchte dem Hohen Haus vor diesem Hintergrund sagen: Seit dem Schuljahr 2001/2002 hat der Bayerische Landtag insgesamt über 8000 Planstellen bzw. Kapazitäten geschaffen. 8000 mehr! Wir werden im September dieses Jahres 8000 Lehrerkapazitäten und -stunden mehr zur Verfügung haben als noch vor sieben oder acht Jahren. Die Zahl der Lehrer steigt, während die Schülerzahlen zurückgehen. Damit wird die Qualität an den Schulen in Bayern noch weiter verbessert werden.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Aber 33 Kinder in den Schulklassen! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Auf die Einzelheiten brauche ich nicht weiter einzugehen, sie sind aus vielen Diskussionen bekannt.

Ich möchte noch das Stichwort aufgreifen, das Sie mehrmals genannt haben: Landesbank. Es ist nicht zutreffend, dass das Hohe Haus einen Blankoscheck ausstellen soll.

(Manfred Ach (CSU): So ist es!)

Wir haben im Haushaltsausschuss, auf Vorschlag der Staatsregierung, verankert, dass es eine Ermächtigung gibt, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Haushaltsausschuss und den Landtag.

(Manfred Ach (CSU): So ist es, schwarz auf weiß!)

Es ist deshalb nicht richtig, von einem Blankoscheck zu reden. Nun gibt es etwa fünf verschiedene Wege, die man gehen kann, um die Abschirmung der Landesbank vorzunehmen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Davon haben wir gehört, Herr Minister! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ihre Irrwege kennen wir schon!)

Der Landtag wird dann eine endgültige Entscheidung treffen. Es ist gesagt worden, dass sich auch die Sparkassen an dieser Abschirmung beteiligen sollen. So, wie ich die Diskussion innerhalb der bayerischen Sparkassen-Familie sehe, wird eine solche Abschirmung, so wie auch hier, im April beschlossen werden. Das hat auch seine Logik; denn die Landesbank gehört jeweils zur Hälfte dem Freistaat Bayern und den Sparkassen. Wir haben dort keine Mehrheit, sondern wir sind zu 50 % Miteigentümer. Es ist deshalb heute notwendig, dass auch der Freistaat Bayern bereit ist, an einem solchen Schirm mitzuwirken. Wer dazu Nein sagt, der lässt die Sparkassen-Familie in Bayern allein. Das ist die Folge.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe deutlich gemacht, wie schmerzlich, wie ärgerlich diese Wertberichtigungen sind. Die tatsächlichen Zahlungsausfälle sind im Moment bei 100 Millionen Euro, die Wertminderungen aufgrund der Marktlage liegen bei etwas mehr als vier Milliarden Euro.

(Zuruf von der SPD: Und die Konsequenzen!)

Der Schirm, der hier gemacht wird, soll dazu beitragen, Schaden von der Landesbank abzuwenden. Wer jetzt nicht bereit ist, einen solchen Schirm aufzubauen, der richtet nicht absehbare Schäden an.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass Sie dazu nicht willens und bereit sind, dass Sie keine Verantwortung übernehmen wollen, das kann ich verstehen. Sie sollten dann aber auch keine großen Sprüche machen, wenn Sie sich in einer schwierigen Situation verweigern.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion bedanken. Leicht ist das alles nicht. Im Moment kann auch niemand sagen, ob, und wenn ja in welcher Form, die Garantie in Anspruch genommen wird. Was Sie aber hier verbreiten, jeder einzelne müsste dann mehr Steuern zahlen, ist doch absoluter Unfug, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu etwas, Herr Kollege Schieder, was durchaus interessant ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Es geht um die Frage „Wie belasten wir die Menschen?“, und es geht um das Ziel, dass die Menschen in Bayern am Aufschwung teilhaben. Wir wissen, dass das wirtschaftliche Wachstum nicht allen gleichermaßen zugutekommt. Durch die Steigerung der Energiepreise und durch die Steigerungen der Lebensmittelpreise wird viel von dem, was es heute brutto gibt, netto wieder weggefressen. Wir haben in Berlin gemeinsam durchgesetzt, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken. Damit bleibt netto vom Brutto mehr übrig. Wir sehen aber auch, dass immer mehr Arbeitnehmer, gerade im unteren und mittleren Einkommensbereich, immer mehr in die sogenannte kalte Progression hineinwachsen.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist in der Tat ein Problem!)

Ich meine deshalb, man sollte nicht warten, bis 2011 oder 2012 auch in Berlin eine Konsolidierung herbeigeführt wird. Ich bin vielmehr dafür, dass wir neben den Ausgaben und den Ansprüchen, die gegeben sind, auch die Ansprüche der Steuerzahler mit kleineren Löhnen berücksichtigen, und zwar gerade die mit kleinen und mittleren Einkommen, und die Ansprüche der Arbeitnehmer. Deshalb haben wir vorgeschlagen, auch der CSU-Partei vorstand: Wir wollen die Wiederherstellung der Pendlerpauschale, denn die Arbeitnehmer leiden unter den Energiekosten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben Urteile des Bundesfinanzhofs, dass die jetzige Regelung nicht verfassungsgemäß sei. Ich bin allerdings der Meinung, man sollte das Urteil aus Karlsruhe nicht abwarten. Wir sollten die Menschen, die jeden Tag fleißig in die Arbeit fahren, die die höheren Benzin- und Dieselpauschalen zu tragen haben, nicht vertrösten. Ihre Fahrt zum Arbeitsplatz ist nicht gleichzusetzen mit einer Fahrt zum Golfplatz, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Irgendwann, Herr Kollege Schieder, gab es eine Arbeitnehmerpartei SPD. Was ist aus der Arbeitnehmerpartei SPD geworden?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ihr Finanzminister lehnt die Pendlerpauschale ab! Er sagt Nein. Ich sage: Setzen wir uns doch in Berlin zusammen. Wenn Ihre Fraktion, die SPD, und wir gemeinsam sagen, wir wollen die Wiederherstellung der Pendlerpauschale, und zwar jetzt, dann werden wir das auch durchsetzen, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Sie aber machen Klassen- und Ideologiepolitik und fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Hat denn der Arbeitnehmer von der Wiedereinführung der Vermögensteuer etwas? Da muss ich schon sagen, meine Damen und Herren, das ist eine billige Art! – Im Übrigen haben Sie übersehen, dass Sie in der heutigen Zeit, angesichts der offenen Grenzen in Europa, mit einer solchen Politik nur Vermögen aus Deutschland verjagen. Damit aber, meine Damen und Herren, schädigen wir uns selbst!

(Beifall bei der CSU)

Gehen Sie doch mit, setzen auch Sie sich für höhere Grundfreibeträge ein, damit wir mit einer abgeflachten Progression und niedrigeren Eingangssteuersätzen sowie der Einführung der Pendlerpauschale den arbeitenden Menschen etwas Gutes tun. Leistungsträger ist für mich auch der Normalverdiener: der Polizist, die Krankenschwester und der Facharbeiter. Derjenige, der keine Arbeit hat und von Hartz IV lebt, der hat keine Fahrtkosten. Deshalb bin ich dafür, dass wir denjenigen Arbeitnehmer, der Leistungsträger ist und Beiträge zahlt, jetzt auch entlasten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) und Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sie werden noch zu Kreuze kriechen, denn die Zeit ist eindeutig reif dafür, dass man die Steuern weiter senkt.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Bayern steht nicht nur im Hinblick auf seinen Haushalt hervorragend da. Das ist nicht nur ein Produkt der verbesserten wirtschaftlichen Lage, sondern auch die Folge einer klugen Finanzpolitik in dieser Legislaturperiode. Wir sparen, wir reformieren und wir investieren. Nur dadurch, dass die CSU und die Staatsregierung auch im Jahr 2004 den Mut hatten zu sparen, haben wir uns die Spielräume für heute erarbeitet. Das ist nicht etwas, was nur auf dem Papier steht, sondern das ist etwas, was den Menschen zugutekommt.

Ich möchte zwei Punkte herausgreifen. Das Wirtschaftswachstum in Bayern ist im letzten Jahrzehnt mit fast 30 % doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt.

Bayern liegt an der Spitze des wirtschaftlichen Wachstums, und hat jetzt bessere soziale Bedingungen, bessere Zukunftschancen, mehr Arbeitsplätze, mehr Ausbildungsplätze und auch die besseren Schulen und die besseren Hochschulen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind heute in der Lage, Herr Kollege Dr. Spaenle, dass wir in den nächsten Jahren im Hochschulbereich 3000 zusätzliche Planstellen schaffen, dass wir exzellente Universitäten haben und dass wir damit für die junge Generation Chancen schaffen. Der Arbeitsmarkt ist jetzt, im März 2008, in Bayern so gut wie letztmals 1992.

Bayern ist mit einem hohen Anteil an Investitionen für die Zukunft gut gerüstet. Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit hat für Bayern in der Tat echte politische Priorität. Wir sehen soziale Gerechtigkeit nicht in erster Linie in der Umverteilung von Milliarden, indem man den Bürgern, vor allem den arbeitenden Menschen, auf der einen Seite Geld aus der Tasche nimmt und auf der anderen Seite verteilt. Ich sehe heute den entscheidenden Beitrag für soziale Gerechtigkeit in der Chancengerechtigkeit. Wer heute allen im Lande über ein gutes Bildungssystem, über ausreichende Ausbildungsplätze und über gute Arbeitsplätze Chancen eröffnet, der tut mehr für soziale Gerechtigkeit im Lande, als der, der Geld umverteilt.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass die Menschen auch Ängste haben und dass sie unter der Globalisierung auch eine Bedrohung ihrer Arbeitsplatzsituation sehen. Das ist nicht von der Hand zu weisen, obwohl jeder weiß, dass wir unter dem Strich Gewinner im Bereich von Exporten und Globalisierung sind. Auf der anderen Seite sieht man auch, dass es sozialen Abstieg gibt.

Es ist aus meiner Sicht eine sinnvolle Politik darauf angelegt, dass wir den Menschen in dieser Zeit des Umbruchs auch Sicherheit geben, das heißt, innere Sicherheit und äußere Sicherheit, das heißt aber auch, mehr Sicherheit vor den Risiken, den Arbeitsplatz zu verlieren, und das heißt, mehr Sicherheit vor sozialem Abstieg. Das kann man besser in einer Gesellschaft wie in Bayern, wo die sozialen Strukturen stimmen, wo ein höheres Maß an Chancen auf dem Arbeitsmarkt da ist, wo dieser wirtschaftliche Umstrukturierungsprozess auch deshalb gelingt, weil wir einen breiten, leistungsfähigen Mittelstand haben, der innovativ ist, der fleißig ist und der sich heute auf dem Weltmarkt hält. Deshalb bin ich entschieden dafür, dass wir im Bereich der Erbschaftssteuer weitere Verbesserungen vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wer hart arbeitet, wer für sich und für seine Familie Vermögen schafft, wer für das Alter Vorsorge trifft und wer einen landwirtschaftlichen Betrieb oder einen mittelständischen Betrieb vererbt, der sollte diese Erbschaft oder diese Schenkung auch machen können, ohne befürchten zu müssen, dass der Staat massiv zugreift. Es darf kein Betrieb durch die Erbschaftssteuer gefährdet werden.

(Bravo-Rufe bei der CSU – Beifall bei der CSU)

Was die SPD vorhatte, ist eine Verdoppelung oder Verdreifachung des Aufkommens. Wir haben heute bei den Ländern 4 Milliarden Euro Erbschaftssteuer. Unter dem Druck der Linken – meine Damen und Herren von der SPD, Sie laufen heute der Linken nach und nicht der Vernunft, um auch das deutlich zu sagen –,

(Beifall bei der CSU)

unter dem Druck der Lafontaine-Partei wollen Sie die Vermögenssteuer wieder einführen und die Erbschaftssteuer verdoppeln und verdreifachen. Wissen Sie, was Sie damit anrichten? – Einen Exodus von Vermögen aus dem Land, einen Exodus von Arbeitsplätzen aus dem Land. Das schadet den Menschen, und das schadet der wirtschaftlichen Zukunft. Deshalb werden wir eine vernünftige, leistungsfreundliche und eigentumsfreundliche Steuerpolitik betreiben. Wir werden in Bayern die solide Finanzpolitik mit dem Abbau der Schulden sowie mit Investitionen fortsetzen.

Ich möchte diesen Redebeitrag abschließen mit einem herzlichen und aufrichtigen Dank und einer hohen Anerkennung an Manfred Ach, der nunmehr über zehn Jahre Vorsitzender des Haushaltsausschusses ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Denn Kurt Faltlhauser und Manfred Ach haben im Jahr 1998 zur gleichen Zeit begonnen, die Verantwortung für den Haushalt in Bayern zu übernehmen. Es ist eine gute Ära. Ich möchte auch im Namen der Staatsregierung dem langjährigen Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, dafür Respekt und Anerkennung aussprechen. Sie haben sich um die bayerische Finanzpolitik in herausragendem Maße verdient gemacht.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Politik ist oft mit schwierigen Entscheidungen verbunden. Man muss auch den Kopf hinhalten und für Dinge Verantwortung übernehmen, die man selber nicht herbeigeführt hat.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber eines möchte ich jetzt sagen: All den Damen und Herren, die jetzt dem Haushalt zustimmen, kann ich sagen, es ist im Parlamentarierleben ein besonderer Höhepunkt, es ist ein Genuss, eine Freude, und es ist ein stolzes Werk, diesem Haushalt zuzustimmen. Deshalb sage ich: Jeder, der dazu einen Beitrag leisten will, dass Bayern in eine gute Zukunft geht, den bitte ich jetzt um Zustimmung zum Haushalt 2008.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor der Abstimmung ist noch Arbeit angesagt, Herr Minister, weil vom Finanzministerium mitgeteilt worden war – was mir jetzt erst seitens der Verwaltung zugetragen wurde –, dass Sie im Rahmen der Aussprache das Wort ergreifen und nicht zusammenfassend Stellung nehmen wollten. Deswegen bin ich mit der Aussprache noch nicht zu Ende. Das heißt, ich habe für die CSU noch sieben Minuten, für die SPD 13 Minuten und für die GRÜNEN 13 Minuten Redezeit. Deshalb erteile ich jetzt als Erstem Herrn Schieder das Wort.

**Werner Schieder (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin natürlich gerne bereit, nochmals ein paar Stichworte aufzunehmen, die der Finanzminister wiederholt und in diese Debatte eingebracht hat.

Ich will zunächst auf die Erbschaftssteuer zu sprechen kommen, zu der schon einige Punkte gesagt wurden. Herr Finanzminister Huber, Sie haben noch einmal den Satz gesagt, es dürfe kein Unternehmen wegen der Erbschaftssteuer gefährdet werden. Ich möchte den Finanzminister bitten,

(Engelbert Kupka (CSU): Der Dringlichkeitsantrag kommt doch erst noch!)

dass er uns einen einzigen Fall in der Geschichte der Bundesrepublik nennt, wo durch die Erbschaftssteuer ein Unternehmen gefährdet worden ist. Nennen Sie mir mal einen einzigen Fall!

Das Bundesfinanzministerium hat vor einem halben Jahr auf eine Anfrage wörtlich mitgeteilt, dass es „einen solchen Fall in der Bundesrepublik nicht gibt“, meine Damen und Herren.

(Engelbert Kupka (CSU): Und Sie wollen das jetzt ausprobieren?)

Trotzdem wollen Sie aufgrund eines Phantomschmerzes denen, die nicht zu den Ärmsten in diesem Land gehören, noch einmal eine weitere Steuer erlassen. Das ist doch der Punkt. Sie vergrößern die Gerechtigkeitslücke. In meinen Augen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine solche Debatte beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Wir leben in einem Land und in einer Zeit, in der seit Monaten darüber berichtet wird, dass sich die Armut in diesem Land ausbreitet, dass es in Zukunft Armut für die älteren Menschen geben wird. Wir reden über Prekariat, und die Politik, in dem Fall Sie, hat nichts Besseres zu tun, als die Reichsten in diesem Lande mit neuen Steuer geschenken zu bedienen. Das ist beschämend.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Schämen Sie sich! – Georg Schmid (CSU): So ein Schmarren! – Glocke des Präsidenten)

Sie sind die Lobbyisten.

(Empörung bei der CSU – Manfred Ach (CSU): Sie sind eine Schande für den Bayerischen Landtag! Gehen Sie lieber raus und schämen Sie sich! – Glocke des Präsidenten)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lautstärke und die Beschimpfungen nehmen jetzt einen Rahmen ein, der mit der Würde des Hauses nicht mehr zu vereinbaren ist. Ich bitte alle, sich zurückzunehmen und daran zu denken, dass wir hier im Internet übertragen werden. Ich bitte dringend um Mäßigung – alle.

**Werner Schieder** (SPD): Meine Damen und Herren, Sie reden zu den kleinen Leuten trügerisch. Sie reden von Steuersenkungen für die Krankenschwester und die Arbeiter. Meine Damen und Herren, aber Sie haben etwas ganz anderes im Auge, Sie meinen ganz andere Leute.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat vorhin gesagt: Wenn wir bei der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer etwas machen wollten wie die SPD, dann würden die Leute alle aus Deutschland wegziehen oder ihr Vermögen woanders hintragen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist ja versteuertes Geld!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen: In der ganzen OECD gibt es nur drei Länder, die niedrigere Sätze bei der Grund-, Vermögen- und Erbschaftsteuer haben als Deutschland. Das ist Mexiko, Zypern und die Slowakei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und was ist mit Österreich? – Georg Schmid (CSU): Du hast ja keine Ahnung!)

Sie brauchen nur die Statistiken anschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Dann sag die Wahrheit und nicht die Unwahrheit!)

In unseren Nachbarländern, die man mit uns vergleicht, sind die Sätze deutlich höher. Ich erwähne das nur deshalb, weil ich Sie frage, Herr Finanzminister: Wohin sollen denn die Vermögenden in Deutschland reisen, damit sie noch niedrigere Sätze bekommen als hier?

(Zuruf von den GRÜNEN: Mexiko! – Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, es ist auch die Frage gestellt worden: Würde es denn den Leuten etwas bringen, wenn wir bei der Erbschaftsteuer oder der Vermögenssteuer höher gingen? Meine Damen und Herren, die normalen Leute müssen Studiengebühren bezahlen – das ist nur ein Beispiel von vielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Diesen Leuten würde es etwas bringen, wenn der Staat ein bisschen mehr Solidarität in diese Gesellschaft einfordern würde. So viel zu der Frage, was es den Leuten bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Nur der Schieder hat eine Ahnung!)

Eine letzte Bemerkung sei mir erlaubt. Jetzt kommen Sie – und ich sage es noch einmal: aus purer Panik und Angst vor der Landtagswahl –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Unruhe und Zurufe von der CSU)

mit der Pendlerpauschale. Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich aber schon, dass es bei den Koalitionsverhandlungen nur eine Kraft gab, die strikt gegen die Kürzung der Pendlerpauschale war. Das war die Bayern-SPD und das waren Ludwig Stiegler und Florian Pronold.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Auf die hört ja keiner!)

Wenn Sie behaupten wollen, das sei nicht wahr, dann tun Sie es. Sie können es nachlesen, wenn Sie es selber schon vergessen haben, wenn Sie es verdrängt haben.

Sie und der Finanzminister und die Staatsregierung waren damals dafür, dass die Pendlerpauschale gekürzt wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Letzten November, als das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung traf, haben Ludwig Stiegler und Florian Pronold Sie dazu aufgerufen, zusammen mit uns dafür einzutreten, dass die Pendlerpauschale wieder geändert wird.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nachweisbar!)

Aber Ihre knallharte Antwort war: nein, nein, nein, nein. Und jetzt wollen Sie uns und den Leuten weismachen, nachdem Sie sehen, dass es in der Zeit bis zur Landtagswahl gar keine Entscheidung geben wird, wo Sie auf verschlossene Türen Ihrer eigenen Union in Berlin treffen, dass Sie für die Pendlerpauschale sind. Das ist eine Scheinheiligkeit ohnegleichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

**Eike Hallitzky** (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Minister hat eben die Erbschaftssteuer angesprochen. Bei der Erbschaftssteuer haben wir einen Dringlichkeitsantrag der CSU. Darin machen Sie acht Einzelschläge zur Entlastung bei der Erbschaftssteuer.

Der Herr Minister hat eben zur Pendlerpauschale geredet. Er hat gefordert: Die Pendlerpauschale muss wieder eingeführt werden – eine Entlastung für die Steuerzahler.

Der Herr Minister hat eben gesagt, dass er die Steuersätze reduzieren und die Grundfreibeträge erhöhen will

– eine Entlastung für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Natürlich hat Herr Kollege Schieder völlig recht: Das ist der Wahltaktik geschuldet. Wenn es das nicht wäre, Herr Huber, müssten wir feststellen: Sie haben keine einzige Gegenfinanzierung für irgendeinen Ihrer Vorschläge.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist in einem Maße unredlich, dass man das nicht tun darf, als Finanzminister schon zweimal nicht.

Sie haben aus der Landesbankkrise gar nichts gelernt. Sie sind und bleiben ein finanzpolitischer Hasardeur in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird der von uns allen geschätzte Kollege Ach in diesem Herbst freiwillig gehen, und Sie werden nach der Landtagswahl gehen müssen.

(Manfred Ach (CSU): Und Sie werden vielleicht gar nicht mehr gewählt!)

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird nicht nur hier in diesem Raum in allen Reihen viele freuen, sondern das wird auch gut sein für unser Land, damit diese finanzpolitische Geisterfahrt endlich zum Stoppen kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Kollege Wahnschaffe.

**Joachim Wahnschaffe (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass wir jetzt eine so aufgeheizte Stimmung haben, das haben wir dem Herrn Staatsminister zu verdanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Der Herr Staatsminister hat, ohne auf sein Amt zu achten, hier im Hohen Haus dazu aufgerufen, wie demnächst die CSU-Kandidaten in ihren Wahlversammlungen aufzutreten hätten.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Hört, hört! – Unruhe und Zurufe)

Wenn das so ist – meine Damen und Herren, Sie haben hier ein Zerrbild Ihrer christ-sozialen Familienpolitik ent-

worfen –, muss es uns gestattet sein, das wieder geradzurücken.

(Zurufe von der CSU)

Herr Staatsminister, Sie haben zwar davon gesprochen, dass wir einen Deckungsvorschlag gemacht hätten, Sie haben es aber nicht für Wert gehalten, zu sagen, wofür wir diesen Deckungsvorschlag gemacht haben, nämlich für die Kinderbetreuung. Wir wollen mehr Kinderbetreuung in Bayern.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Oh, oh!)

Dazu darf daran erinnert werden, dass uns Ihre famose Familienpolitik bis zum Jahre 2005 nicht in die Lage versetzte, Kinderkrippen und Kinderhorte überhaupt in nennenswertem Maße in Bayern zu fördern. Das war nicht Sache des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Es war die von Ihnen so verteilte rot-grüne Bundesregierung, die Ihnen erst auf die Sprünge helfen musste,

(Lachen bei der CSU)

indem sie ihr Vier-Milliarden-Programm für die Kinderbetreuung aufgelegt hat, obwohl das Land zuständig wäre und nicht der Bund.

(Beifall bei der SPD)

Auch das gehört zur Wahrheit dieses Haushaltes. Schauen Sie sich die Finanzplanung an. Der Bund gibt dem Freistaat Bayern von diesen vier Milliarden insgesamt 340 Millionen Euro. Und was machen Sie? Sie geben in diesem Jahr noch einmal wesentlich weniger als der Bund gibt. Und das nennen Sie eine ausgewogene, gute Familienpolitik. Ich muss sagen, es ist blamabel.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Jetzt hat sich noch Herr Kollege Kupka gemeldet. Sieben Minuten, bitte.

**Engelbert Kupka (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre seit 18 Jahren diesem Hohen Hause an. Der heutige Tag stellt einen Tiefpunkt der parlamentarischen Sitten in diesem Hohen Hause dar.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Herr Schieder, Sie haben lange und laut genug gesprochen; Sie könnten jetzt einmal den Mund halten. Ich war bisher der Meinung, dass die Linken noch nicht unserem Parlament angehören. Ab heute sind sie hier via Schieder vertreten.

(Zurufe von der CSU: Sehr richtig! – Beifall bei der CSU)

Sie haben hier eine Debatte und einen Wortschwall entfesselt, der weder dem Thema noch der Art des Hohen Hauses zu diskutieren angemessen war.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden zum Erbschaftssteuerrecht; es gibt dazu von uns noch einen Dringlichkeitsantrag. Aber ich kann dazu auch hier kurz etwas sagen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Huber hat damit angefangen!)

Herr Schieder und meine Damen und Herren von der Opposition, bitte merken Sie sich Folgendes: Für uns ist das Grundrecht, Eigentum zu bilden und es auch zu vererben, ein elementarer Bestandteil unserer Grundauffassung von einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Der Staat muss nicht überall hingreifen, und er muss vor allen Dingen nicht dort überall voll hingreifen, wo ohnehin schon versteuertes Vermögen vorhanden ist. Das erfordert der Respekt vor den Menschen, die mit Fleiß, Verzicht und harter Arbeit für die Familien und ihre Kinder Vorsorge betrieben haben, damit sie nicht im Alter nach dem Staat rufen müssen, sondern selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen können.

(Zurufe von der SPD: Ach Gott!)

Das wollen wir fördern, aber Sie möchten nur den Staat, der verteilt.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kupka, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schieder?

**Engelbert Kupka (CSU):** Nein, ich gestatte sie nicht.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU) – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Herr Schieder, Sie haben kein Wort darüber verloren, wie viel von den vier Milliarden Erbschaftssteuer allein durch Personalkosten für die Erhebung dieser Steuer draufgehen. Da bleibt fast nichts mehr übrig.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Erbschaftssteuer wird somit zum Arbeitsbeschaffungsprogramm bzw. ist aus Ihrer Sicht eine reine Neidsteuer.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen eines voraus: Auch nach der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag wird es für die Erbschaftssteuer keine Ewigkeitsgarantie geben. Schauen Sie doch einmal nach Österreich. Dort regiert ein sozialistischer Bundeskanzler. Was gibt es dort an Erbschaftssteuer und was gibt es dort an Vermögenssteuer, Herr Schieder? Darüber verlieren Sie kein Wort. Schauen Sie doch einmal, wie viele mittlerweile den Weg nach Österreich suchen. Sie brauchen hier nicht so zu lästern, Sie kennen offensichtlich die Realität nicht.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden es sehen: Auf Dauer lässt sich auch Deutschland nicht von der internationalen Steuerentwicklung abkoppeln. Das wird nicht gehen.

Steuergerechtigkeit und Leistungsfähigkeitsprinzip sind vom gesamten Steuersystem zu leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht von einer einzelnen Steuerart. Das müssen wir realistisch sehen. Wir werden unter Wahrung der sozialen Symmetrie und des gesamten Steuersystems die Erbschaftssteuer in Zukunft wieder auf den Prüfstand stellen. So muss es sein und so wird es auch sein, weil die anderen Länder in der Konkurrenz und im Wettbewerb überhaupt keinen Respekt vor den Befindlichkeiten haben, die Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Noch eine Wortmeldung des Kollegen Dr. Beyer. Drei Minuten!

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem jetzt die Stunde der Bekenntnisse gekommen ist, Herr Kollege Kupka, möchte ich für die SPD-Fraktion hier eines klarstellen, Herr Spaenle. Hören auch Sie zu, sonst zitieren Sie uns vielleicht falsch im Wahlkampf, nachdem Ihnen Herr Huber heute die Direktiven vorgegeben hat.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wenn Sie das Stichwort geben, dann Pfüadi Gott!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass die CSU-Fraktion Eigentum und Erbrecht gewährleistet sieht. Ich erkläre hiermit ausdrücklich für meine Fraktion: Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und darüber hinaus die Sozialdemokratie tritt für die Gewährleistung der Eigentumsgarantie ohne Wenn und Aber ein.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Wie lange noch?)

Ohne Wenn und Aber!

(Thomas Kreuzer (CSU): Ihre Aussage ist nichts wert! – Weitere Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon nicht wissen, was die Bayerische Verfassung zum Thema leistungsgerechte Besteuerung und was sie zum Thema Vermögenssteuer sagt, was sie zu vielem anderem sagt, und wenn Sie vermutlich auch nicht wissen, was der Artikel 169 der Bayerischen Verfassung zum Thema Mindestlohn sagt, dann sage ich Ihnen eines: Die SPD-Fraktion wird sich immer dem gesamten Grundrecht des Artikels 14 verpflichtet fühlen. Und da gibt es einen zweiten Absatz, Herr Kupka, nämlich Eigentum verpflichtet.

(Beifall bei der SPD)

Beides wird uns leiten.

(Engelbert Kupka (CSU): Eigentum ist erlaubt!)

Beides! Ich habe mich hier ohne Wenn und Aber dazu bekannt, und es wäre schön, Herr Kupka, wenn Sie und Ihre Fraktion sich ohne Wenn und Aber auch zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums bekennen würden.

(Beifall bei der SPD)

Dann kämen wir einen Schritt weiter. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir leider keine Wortmeldungen mehr vor.

(Heiterkeit und Zurufe von der CSU, der SPD und von den GRÜNEN: Oh, schade!)

Aber es war ein sehr lebendiges Parlament und ich habe mich sehr über diese Aussprache gefreut.

Da mir keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes 2008 abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 3. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/9645, der Änderungsantrag auf Drucksache 15/10204 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/10417 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 15/10204 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – CSU-Fraktion und SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf 15/9645 empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe einer Änderung in § 1. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/10417. Wer dem Gesetzentwurf mit der vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die beiden anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gem. § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Abstimmungsergebnis liegt vor. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2008)“.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2008 – Tagesordnungspunkt 4 –, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan 2008. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2008, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 15/10410 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/10410. Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2008 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Nachtragshaushaltsplan 2008 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht einzeln abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(siehe Teil I der Anlage 1)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2008 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

„Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen, und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2008 vorzunehmen.“

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Mit der Annahme des Nachtragshaushaltsplans 2008 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufgelegten Liste enthaltenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis.

(siehe Teil II der Anlage 1)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2008 selbst. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/9646, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/9880 und 10205 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 15/10418.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/9880 und 10205 abstimmen. Wer entgegen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Änderungsantrag auf Drucksache 15/9880 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt's Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Halt! Wir haben uns enthalten!)

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich der Stimme enthalten. Der Änderungsantrag ist trotzdem abgelehnt.

Wer entgegen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Änderungsantrag auf Drucksache 15/10205 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Dann ist dieser Änderungsantrag auch abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf 15/9646 selbst empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/10418. Ergänzend wird vorgeschlagen, im neugefassten Artikel 7 – bisher Artikel 5 – in Absatz 2 Nummer 2 als Datum des Inkrafttretens den „1. Mai“ einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen und der von mir vorgeschlagenen Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? Das sind die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese soll, wie in § 127 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form erfolgen. Der Abstimmung zugrunde gelegt wird der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß Drucksache 15/10418 unter Berücksichtigung der von mir vorgeschlagenen Ergänzung im neugefassten Artikel 7 Absatz 2 Nummer 2.

Die Urnen sind aufgestellt. Achten Sie auf die Fraktionsvorsitzenden! Vier Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 17.35 bis 17.39 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird später bekannt gegeben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf. Vorher bitte ich aber um Ruhe.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank. Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Szenario zur Reduktion der Klimagase bis 2020 in Bayern (Drs. 15/10457)**

Bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich bitte, das bekannt zu geben.

(Henning Kaul (CSU): Warum das denn? – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Damit Sie endlich zur Rechenschaft gezogen werden!)

Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

**Ruth Paulig** (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Warum Namentliche Abstimmung? Herr Kaul, das kann ich Ihnen sagen. Klimaschutz ist eine der größten zentralen Herausforderungen, die wir bewältigen müssen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar hier in Bayern, in Deutschland, EU-weit und weltweit.

Sie wissen, das Handlungsfenster ist klein; es sind 13 Jahre. Wenn ich mir ansehe, was die Bayerische Staatsregierung bis jetzt leistet bzw. an Programmen vorgelegt hat, dann muss ich feststellen, das ist leider viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beispielsweise haben wir von der Bayerischen Staatsregierung Mitte November 2007 ein sogenanntes Klimaschutzprogramm vorgelegt bekommen.

(Henning Kaul (CSU): Ein sehr gutes!)

„Klimaprogramm Bayern 2020“, so heißt es. Sie investieren 350 Millionen Euro in vier Jahren. Allein für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude haben Sie es gerade geschafft, 37 Millionen Euro pro Jahr bereitzustellen. Das ist zu dürftig.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Jetzt sind wir an diesem Punkt, Herr Kaul. Vielleicht könnten Sie nachher einfach ans Rednerpult gehen, anstatt sich mit meinen qualifizierten Kolleginnen quer durch den Raum zu unterhalten. Das tue ich auch gerne, aber jetzt stehe gerade ich am Pult – –

(Henning Kaul (CSU): Da sehen Sie einmal, wie das ist!)

– Herr Kaul, wenn Sie Ihr eigenes Programm lesen würden, das Sie gerade in Zwischenrufen so gelobt haben, dann würden Sie feststellen, dass auf Seite 9 steht: „Ziel der Staatsregierung ist es, die Maßnahmen von Bund und EU wirksam zu ergänzen.“ – Das sind hohle Worte angesichts dessen, was Sie machen wollen. Der Bund will eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 40 % bis zum Jahr 2020. Er hat in den Meiseberger Beschlüssen vom August 2007 29 Maßnahmen benannt. Bis heute ist keine einzige dieser Maßnahmen wirksam umgesetzt. Das sage ich Ihnen, die Sie als CSU Teil dieser Bundesregierung sind.

Die EU hat eine Reduktion um 20 %, wenn andere Industriestaaten mitmachen eine Reduktion um 30 %, beschlossen. Und was will Bayern mit diesem Programm? – Sie haben zwar in Ihrem Programm zehn Seiten zur Min-

derung von Treibhausgasemissionen, aber was bringen Sie? – Sie bringen immer noch die bekannten minus 10 Millionen Tonnen. Das haben Sie im Jahr 2000 bereits gesagt, das haben Sie 2003 gesagt, und das sagen Sie 2007. Inzwischen liegen die alarmierenden UNO-Klimaschutzberichte vor, die wirklich zum Handeln veranlassen – aber bei Ihnen: absolute Fehlanzeige. Auf diesen zehn Seiten, auf denen es um die Minderung von Treibhausgasemissionen geht, gibt es keine einzige konkrete Zahl, um wie viel Sie mit Ihren Maßnahmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren wollen.

Damit sind wir am entscheidenden Punkt. Genau darauf zielt unser Dringlichkeitsantrag. Ihr Klimaprogramm liegt ein halbes Jahr zurück. Bis heute haben Sie für Bayern keine einzige Zahl betreffend die Reduktion genannt.

Insofern sagen wir in Punkt 1 unseres Dringlichkeitsantrags: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein belastbares Szenario vorzulegen, in dem dargelegt wird, welche Ziele der Reduktion von Treibhausgasen in Bayern in den nächsten Jahren bis 2020 angestrebt werden sollen.“ – Kommen Sie mir jetzt nicht damit, dass Sie um 10 Millionen Tonnen, von 90 Millionen Tonnen auf 80 Millionen Tonnen heruntergehen. Das bedeutet gerade einmal 4 % oder 5 % Reduktion bezogen auf 1990, dem Vergleichsjahr des Kyoto-Protokolls. Und das Kyoto-Protokoll fordert für Deutschland 21 % Reduktion. Sie reden von den 10 Millionen Tonnen im Jahr 2000, im Jahr 2003 und im Jahr 2007. Gerade so wie das hundertjährige Hochwasser, das Bayern alle drei Jahre heimsucht, so kommen Sie mit Ihren 10 Millionen Tonnen.

Das ist zeitlich zu kurz gegriffen. Wir brauchen ein Szenario für Bayern bis 2020, und wir brauchen anspruchsvolle Ziele. Erst brauchen Sie das Szenario, und dann prüfen Sie bitte Ihre Maßnahmen, die dort drinstehen. Sagen Sie doch, welche Reduktion bringen die Maßnahmen, die Sie im „Klimaprogramm Bayern 2020“ festgelegt haben. Diese Zahlen endlich vorzulegen, fordern wir Sie in Punkt 2 unseres Antrags auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sagen Sie, wie weit Sie die CO<sub>2</sub>-Emissionen mit diesen Maßnahmen – insgesamt 350 Millionen Euro, wobei Forschungsmittel und Hochwasserschutz enthalten sind – reduzieren wollen. Wenn Sie mutig sind, sagen Sie auch, wie weit Sie die Emissionen in der Landwirtschaft reduzieren wollen. Dazu ist überhaupt nichts in dem Programm enthalten. Ich denke beispielsweise an Stickoxide, Lachgas und Methangas. Welche Vorschläge haben Sie dazu anzubieten? – Bisher haben wir nichts gehört.

Im Gegenzug hat die Fraktion der GRÜNEN eine Energieverbrauchsstudie in Auftrag gegeben. Die sogenannte Klimastrategie Bayern haben wir durchrechnen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben sie ebenfalls im letzten Herbst vorgelegt. Es sind fünf Maßnahmenpakete genannt, die es umzusetzen gilt und die ich Ihnen gerne nenne. Wir haben auch durch-

rechnen lassen, was können diese Maßnahmenpakete an Reduktion von Treibhausgasen bringen.

Das Aktionspaket Nummer 1 betrifft die öffentlichen Liegenschaften. Es geht zum Beispiel um den Ausbau des Energiemanagements in öffentlichen Gebäuden – was schon lange aussteht –, die Verbesserung des Sanierungsstandes – was der Rechnungshof seit über 20 Jahren fordert – und die klimaschonende Beschaffung durch die öffentliche Hand. Das liegt in der Zuständigkeit Bayerns. Man kann ausrechnen, was bringt das, wenn man es konsequent umsetzt.

Das zweite Aktionspaket betrifft die Gebäude generell. Es geht zum Beispiel um die Verbesserung des Vollzugs der Energieeinsparverordnung, die klimaschutzorientierte Bauleitplanung und ein Austauschprogramm Stromheizungen. Oder das Aktionspaket zu erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung: Nutzungspflicht erneuerbarer Energien im Wärmesektor beispielsweise. Baden-Württemberg hat dazu ein Landesgesetz auf den Weg gebracht. Das Bundesgesetz ist in weiter Ferne. Weiter: Ausbauoffensive Windkraft, Förderschwerpunkt Tiefengeothermie – da haben Sie nur einen ganz kleinen Ansatz.

Ein weiteres Aktionspaket betrifft das Stromsparen in privaten Haushalten. Es geht dabei beispielsweise um die Optimierung der Heizungssysteme. – Fehlanzeige bis jetzt. Wir haben auch ein Aktionspaket für die Industrie, das beispielsweise die Förderung von Energieeffizienznetzwerken voranbringt. Zu denken ist an die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung mit dem Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen. – Das sind Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen, die wir in Bayern umsetzen können. Sie liegen in der Verantwortung der Länder. Wir fordern Sie heute auf, ein solches Szenario vorzulegen. Der nächste Schritt ist, zu sagen, diese und jene Maßnahme führen wir durch; denn sie bringt diese und jene Reduktion. Wir müssen hier endlich Nägel mit Köpfen machen und ganz klar sagen, wohin der Weg gehen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Szenario „Klimastrategie Bayern“ haben wir zum Vergleich eine Referenzstudie aus dem Wirtschaftsministerium zugrunde gelegt. Letztes Jahr wurde wohl eine neue Energieverbrauchsstudie ausgeschrieben, aber in der Referenzstudie, die derzeit auf dem Tisch liegt und aus dem „Energiedialog“ stammt, haben wir eine Zunahme der Emissionen. In dem Referenzszenario ist von einer Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 25 % die Rede. Das ist Ihre aktuelle Studie aus dem Wirtschaftsministerium, wie Sie sich die weitere Entwicklung auf dem Energiesektor in Bayern vorstellen.

Wenn wir jetzt fordern, legen Sie ein neues Szenario vor, dann hat das unter folgenden Bedingungen zu geschehen: Erstens Einsparung, zweitens Atomausstieg und drittens Ausbau erneuerbarer Energien. Wir haben dann auch hier die Diskussion zu führen, welche fossilen Energieträger setzen wir in der Übergangszeit ein, bis wir uns Mitte dieses Jahrhunderts vollständig mit erneuerbaren Ener-

gien versorgen können. Wir haben in der Strategie des Öko-Instituts als Brücke verstärkt Erdgas eingesetzt. Wir wollen den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien, eine verstärkte Effizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung plus den Atomausstieg.

Ich habe schon gesagt, bei ihrem Referenzszenario haben wir bis 2020 einen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 %. Das kann doch wohl nicht Ihr vorbildlicher und wirkungsvoller Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele des Bundes und der EU sein. Unsere Maßnahmenpakete schaffen auch nicht die geforderten 40 %, das sagen wir ganz offen. Wir haben mit unseren Maßnahmenpaketen, die ich Ihnen hier grob skizziert habe, bis 2020 in Bayern eine Einsparung bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen um 15 %, bis 2030 um 29 % im Energiesektor. Aber wenn wir zusätzlich konsequent auf dem Verkehrssektor und in der Landwirtschaft handeln, dann haben wir die Option, auf weitere Emissionsminderungen zu kommen, die sich dem Ziel der Bundesregierung von minus 40 % annähern.

Das ist Aufgabe in dieser Stunde, Aufgabe dieses Parlaments und Aufgabe der Staatsregierung. Es ist nicht hinnehmbar, dass beispielsweise eine CSU-Generalsekretärin, Frau Haderthauer, hier ihre Kritik am geplanten Atomausstieg äußert

(Henning Kaul (CSU): Die Frau Haderthauer!)

und behauptet, der Atomausstieg sei angesichts der Biomasse- und Nahrungsmittelpreisdiskussion unmoralisch. Ich sage Ihnen, was unmoralisch ist: wenn wir den Atomausstieg nicht, wie es vorgeschrieben ist, fortsetzen. Unmoralisch ist es, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nachfolgende Generationen Zehntausende Jahre strahlenden Atommüll zu hinterlassen. Das ist unmoralisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unmoralisch ist es ebenso, der heutigen Generation ein erhöhtes Krebsrisiko durch radioaktive Emissionen, sei es aus dem laufenden Betrieb, sei es durch Störfälle oder sei es durch Angriffe auf AKWs, aufzubürden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, meine Kolleginnen und Kollegen der CSU, ist unmoralisch. Atomstrom ist ersetzbar. Das zeigen viele Berechnungen. Darum sind Sie angehalten, gemäß unserem Dringlichkeitsantrag ein Reduktionsszenario für Treibhausgasemissionen vorzulegen, das auf der Grundlage des Atomausstiegsgesetzes von 2002 basiert. Das ist moralisch. Das ist eine dringende moralische Verpflichtung.

Ich will eine letzte Zahl nennen, weil Sie sicherlich sagen werden, dass der Ausstieg aus der Atomenergie nicht möglich sei. Atomstrom ist ersetzbar. Beispielsweise hat der Zuwachs von Strom aus erneuerbaren Energien von 2006 auf 2007 zu einer Reduktion von 14 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in diesem Jahr geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das entspricht, um diese Zahl anschaulich zu machen, der Jahresemission von 5 Millionen Pkws oder der Jahresemission einer Großstadt wie Köln.

Atomkraft ist ersetzbar, und wir haben einen gigantischen, ökologisch vorteilhaften und wirtschaftlich vorteilhaften Zuwachs von Strom aus erneuerbarer Energie. Das Atomausstiegsgesetz ist moralische Verpflichtung. Klimaschutz umzusetzen ist dringender Handlungsauftrag an die Politik in Bayern.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Nachtragshaushaltsgesetz 2008 bekannt. Mit Ja haben 94 und mit Nein 41 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen angenommen. Das Gesetz hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (Nachtragshaushaltsgesetz 2008)“.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist die Beratung des Nachtragshaushalts 2008 abgeschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich erteile Herrn Kollegen Kaul das Wort.

**Henning Kaul (CSU):** Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Paulig, ich finde es geradezu menschenverachtend, wenn Sie von „einer Frau Hadert-hauer“ sprechen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Seien Sie nicht so empfindlich!)

Sie ist Ihre Kollegin im Bayerischen Landtag. Von „einer Frau“ zu sprechen, finde ich im Höchsten verachtenswert.

Werte Kolleginnen und Kollegen, gestern Abend habe ich den Antrag der GRÜNEN zum Thema Klimaschutz das erste Mal in der Hand gehabt. Anschließend kam mir der Gedanke, dass Sie einem wirklich die Zeit klauen. Ich will Ihnen sagen warum.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach Godele!)

In meinen früheren Antworten auf Ihre Anträge habe ich immer wieder auf die wiederholten Anträge hingewiesen. Das habe ich mittlerweile aufgegeben. Jetzt werde ich aus fast gleichlautenden Anträgen zitieren. Sie fordern heute:

– ein belastbares Szenario vorzulegen, in dem dargelegt wird, welche Ziele der Reduktion von

Treibhausgasen in Bayern in den nächsten Jahren bis 2020 angestrebt werden sollen. ...

– über die zu erwartenden Reduktionen des am 16.11.2007 vorgelegten Klimaprogramms Bayern 2020 zu berichten.

Der Antrag stammt vom 15.04.2008. Am 12.03.2008, gerade mal vor vier Wochen, hat der Bayerische Landtag einen Antrag der GRÜNEN beschlossen. Ich zitiere den Text:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Empfehlung des im April 2007 eingerichteten Klimarats baldmöglichst zu berichten. Dabei sind die Zielvorstellungen zur Reduktion der Treibhausgase, die Handlungsbe-reiche und die konkret vorgeschlagenen Maß-nahmen zu benennen.

Werte Kollegin, der heutige Dringlichkeitsantrag ist nichts anderes als der gleiche Beschluss, den wir gefasst haben, nur in andere Worte gekleidet. Ich hoffe, dass irgendwann ein eifriger Journalist den Neuigkeitswert von Anträgen der GRÜNEN analysiert und uns und der Öffentlichkeit vorlegt. Sie sollten sich endlich Zeit nehmen, bevor Sie Anträge stellen – –

(Wortmeldung der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

– Nein, Frau Kollegin, meine Zeit reicht nicht,

(Ruth Paulig (GRÜNE): Eine Intervention ist aber möglich!)

– lesen Sie die offiziellen Beschlüsse.

Aus den regelmäßigen Treffen der Umweltsprecher der Länder weiß ich, Frau Kollegin Paulig und Fraktion der GRÜNEN, wie begehrt unsere Unterlagen über Klimaschutzvorhaben

(Susann Biedefeld (SPD): Ja, Vorhaben!)

und die entsprechenden Daten sind. Wir sind viel weiter als andere Bundesländer. Noch einmal zum Nachlesen und bitte auch zum Nachdenken – nicht nur lesen, sondern bitte auch nachdenken! Bayern ist das erste Bundesland mit einem eigenen Klimaschutzkonzept gewesen. Am 17.10.2000 wurde es erstellt, und 2003 haben wir es fortgeschrieben. Anschließend haben wir alle Daten in einem Klimaatlas eingestellt, damit wir wissen, wo die Messlatten liegen. In Abstimmung mit den Spitzen der Wissenschaft haben wir einen Klimarat gebildet. Dieser Klimarat und dessen Empfehlungen haben wir komplett in das Klimaprogramm 2020 übernommen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist ein Geheimpapier!)

Es stimmt nicht, was Sie sagen. Das ist zu kurz gegriffen. Das Klimaprogramm heißt „Klimakonzept 2020“ – ab letztem Jahr bis 2020.

Nun sind fünf Monate vergangen und Sie wollen bereits über ein Programm, das bis 2020 laufen soll, entsprechende Daten haben über die Reduktionsziele und Reduktion.

Sie hatten fünf Monate Zeit, das Programm zu lesen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das habe ich!)

– Nein, Sie haben es nur quergelesen.

Hätten Sie es gelesen, hätten Sie alle Zahlen und Daten gefunden, die Sie in Ihrem jetzigen Antrag, den Sie vor vier Wochen schon einmal gestellt haben, angemahnt.

Sie finden die von Ihnen angemahnten Reduktionsziele ausdrücklich genannt. Sie finden dort – Frau Kollegin Paulig, hören Sie mir zu; ich unterhalte mich mit Ihnen – in besonders eingekastelter Form alle Maßnahmen. Sie können der Meinung sein, dass das zu wenig sei. Es ist aber nicht richtig, dass Sie vor der Öffentlichkeit dartun, es wären die Maßnahmen und die Ziele nicht genannt. Ich zitiere aus der Präambel, von der Sie nur die Hälfte zitiert haben:

Mit dem „Klimaprogramm 2020“ sollen die Anstrengungen auf internationaler und nationaler Ebene (Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung und Umsetzungsgesetze, nationales Klimaschutzprogramm) gezielt ergänzt und verstärkt werden, um dem Klimawandel und seinen Folgen noch wirksamer vorzubeugen. ...

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Prosa!)

Sie haben nur einen Halbsatz vorgelesen. Es ist typisch für Sie, dass Sie sich nur partiell Dinge herausnehmen und als gesamte Wahrheit darstellen.

Frau Kollegin, auf der letzten Seite des Programms finden Sie sogar die Beträge. Die Beträge wurden eingestellt, um die ersten Ziele, die wir uns vorgenommen haben, auch finanzieren zu können. Sie können der Meinung sein, dass das zu wenig ist. Einverstanden, darüber können wir streiten. Wie Sie es darstellen, trifft es nicht zu. Die Beträge liegen vor.

Sie haben mit unserem Programm ganz aktuell alle EU-Vorgaben. Lesen Sie das genau durch.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Lesen Sie meine Rede, dann reden wir weiter!)

Die EU-Vorgaben vom März 2007 sind darin enthalten. Der EU-Aktionsplan heißt: Aktionsplan für Klimaschutz- und Energiepolitik. Das haben wir aufgenommen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Ja, das steht drin!)

Wir haben viel Aktuelleres aufgenommen. Wir haben die Forderungen des G 8 von Heiligendamm vom Juni 2007 aufgenommen. Das ist zehn Monate her. Wir haben diese Vorgaben bereits im Programm 2020 aufgenommen. Was wollen Sie denn noch mehr?

Zu den Kraftwerken gibt es in dem Programm ein eigenes Kapitel. Es heißt: „Kraftwerke des 21. Jahrhunderts“. Nennen Sie mir bitte einen Satz darin, dass wir die Kernenergie weiter ausbauen wollen. Sagen Sie bitte, wo das steht. – Es steht kein Satz davon in dem Klimaprogramm. Sie suggerieren aber, als wären wir diejenigen, die die Kernenergienutzung ausweiten wollen.

Von dem, was Sie hier sagen, stimmt nichts. Frau Kollegin Paulig, ich will Ihnen einmal einen Spiegel vorhalten. Ich habe die Auseinandersetzung mit Ihnen in diesem Hause schließlich jahrelang mitgemacht. Sie ignorieren einfach veränderte Daten und Fakten. Durch wider besseres Wissen aus dem Zusammenhang herausgenommene Daten – das haben wir in Ihrer Rede gerade wieder erlebt – und durch romantisch verklärte Wunschvorstellungen versuchen Sie, auf unsere Kosten die Bevölkerung zu täuschen. Ein Beispiel: Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass wir von der Union festgestellt haben, dass wir in Deutschland keine neuen Kernkraftwerke bauen wollen. Das ist in zahlreichen Protokollen dieses Hauses nachlesbar. Verehrte Frau Kollegin Paulig, im Sinne des Antrags, den Sie gestellt haben, wäre es geradezu ein politischer Wahnsinn, die sichersten Kernkraftwerke der Welt hier in Deutschland vorzeitig abzustellen.

Den Gipfel der parlamentarischen Scheinheiligkeit – damit komme ich zum Ende – finde ich in der Begründung Ihres Antrags. Sie nehmen die Zielvorgabe des Bundes, nämlich die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 % bis zum Jahr 2020, als Maßstab für Ihren Antrag. Das steht so in der Begründung. Werte Kolleginnen und Kollegen, besonders von meiner Fraktion, hören Sie gut zu: Hier geht es um die Bundestagsdrucksache 16/3293, in der Folgendes festgestellt wird: „Die Energie-Enquetekommission empfiehlt, dass die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 % reduziert werden müssen.“ Hier steht nicht „sollen“, sondern „müssen“. Als über diese Bundestagsdrucksache am 9. November 2006 im Bundestag abgestimmt wurde, verehrte Frau Kollegin Paulig, was meinen Sie, was Ihre Fraktion getan hat? – Sie hat dagegengestimmt. Das bedeutet, Sie haben eine Vorgabe des Bundestages, gegen die Sie gestimmt haben, in Bayern zum Maßstab Ihres Antrags genommen. Eine größere politische Scheinheiligkeit kann ich mir gar nicht vorstellen.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, deswegen und weil Sie erst einmal das Klimaprogramm, das Sie hier nennen, richtig lesen sollten, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege Kaul, ich erteile zu einer Zwischenbemerkung Frau Kollegin Paulig das Wort.

(Henning Kaul (CSU): Ich höre mir das gerne an!)

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Das ist so vorgesehen, damit die Debatte lebendiger wird.

Ich möchte Sie bitten, unseren Antrag zu lesen. Ich habe nicht behauptet, dass Sie Mitte November kein Klimaprogramm vorgelegt hätten, sondern ich habe gesagt, Sie haben die darin genannten Maßnahmen nicht quantifiziert. Ich möchte aber eine Quantifizierung zu den Treibhausgas-Emissionen. Sie haben in diesem Programm mit keinem einzigen Wort erklärt, zu welchen Reduktionen an Klimagasen Ihre Maßnahmen führen sollen. Mit unserem Antrag wird kein neues Konzept oder Maßnahmenbündel gefordert, obwohl das notwendig wäre. Der Antrag fordert lediglich einen Bericht darüber, wie viele CO<sub>2</sub>-Emissionen Sie mit diesem Programm, das Sie Mitte November vorgelegt haben, reduzieren wollen.

Ich habe ganz klar gesagt, dass Sie diese 10 Millionen Tonnen – von 90 Millionen auf 80 Millionen Tonnen in Bayern – bereits in dem Programm des Jahres 2000, im Programm des Jahres 2003 und wiederum im Programm des Jahres 2007 genannt haben. Wenn das Ihr ganzer Beitrag zum Bundesziel von minus 40 % CO<sub>2</sub>-Emissionen ist, muss ich sagen: Gute Nacht Bayern, gute Nacht CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kaul, Sie können darauf erwidern.

**Henning Kaul (CSU):** Frau Kollegin, auch hier haben Sie mir wieder nicht zugehört. Indem ich Ihre beiden Anträge zitiert habe, habe ich Ihnen die politische Doppelung dieser Anträge deutlich gemacht. Wir könnten jetzt Seite für Seite durchgehen. – Frau Kollegin, so sind Sie. Sie stellen Fragen, und wenn man Ihnen die Antwort gibt, machen Sie wieder irgendetwas anderes.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie hören noch nicht einmal zu.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Oberlehrer!)

– Herr Präsident, ich sage es auch gerne nur für Sie oder meine Kolleginnen und Kollegen.

Wir könnten jetzt Seite für Seite durchgehen. In dem Maßnahmenkatalog dieses Programms stehen sogar die Prozentsätze, um die reduziert werden soll. Frau Kollegin, Sie runzeln die Stirn. Wir können das Seite für Seite durchgehen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kaul, die zeigen Sie mir bitte!)

Ihre Nachmeldung hat nicht dazu geführt, dass Sie zu einer besseren Einsicht gekommen wären.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie auch nicht!)

Es ist sinnlos, diesem Antrag zuzustimmen. Frau Kollegin Paulig, wir werden uns in unserem Ausschuss mit Ihnen auseinandersetzen. Das Ergebnis war bisher aber leider mehr als mager.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Bei Ihnen ist das leider so!)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

**Susann Biedefeld (SPD):** Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen! Wir werden dem Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Ich möchte auch sagen, warum: Das ist ein kopierter Antrag. Ich verweise auf die Drucksache 15/8549. Dabei handelt es sich um einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Landtagsfraktion vom 3. Juli 2007. Dieser Dringlichkeitsantrag zum Konzept „Energie Bayern 2020“ ist weitaus konkreter, detaillierter und genauer. Ihr Dringlichkeitsantrag ist dagegen ganz schnell hingeschrieben worden. Frau Kollegin Paulig, Ihr Dringlichkeitsantrag ist eine schlechte Kopie. Uns geht es jedoch um die Sache. In der Sache stimmen wir überein, dass bei der CSU zu den Themen „Energie“ und „Klima“ eine reine Ankündigungspolitik betrieben wird. Deshalb stimmen wir Ihrem Dringlichkeitsantrag zu.

Die CSU stolpert von einem Klimagipfel zum anderen. Von der Staatskanzlei, dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium wird eine Pressemitteilung nach der anderen herausgegeben. Worte, Worte, Worte. Inzwischen gibt es mehrere Programme. Ich bin seit 1994 Mitglied dieses Landtags und habe bereits viele Programme der Staatsregierung und der CSU gelesen. Herr Kollege Kaul, Sie haben erklärt, dass es schön wäre, wenn es eifrige Journalisten gäbe. Wir wären froh, wenn es eifrige Journalisten gäbe, die diese Pressemitteilungen nicht einfach abdruckten, sondern einmal nachfragten, was von diesen Ankündigungen tatsächlich umgesetzt worden ist. Daran mangelt es. An Worten fehlt es bei Ihnen nicht. Auch an Programmen auf dem Papier mangelt es nicht. Es mangelt jedoch massiv an Taten. Diese Ankündigungen werden nie umgesetzt.

Ich sage noch einmal: Wir haben bereits im Juli vergangenen Jahres einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Energie Bayern 2020“ gestellt. Wir haben darin ganz klar gefordert, dass sich Bayern uneingeschränkt zu den Klimaschutzzielen der EU und zu den Vorgaben der Bundesrepublik Deutschland bekennt: Das sind die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 % und die Verdreifachung der Energie aus erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahr 2020. Hier ist auch Bayern gefordert.

Wir verlangen dieses klare Bekenntnis nach wie vor. Ihre Ankündigungen genügen uns nicht. Wir wollen Taten sehen. Vor wenigen Minuten haben wir bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts wieder gehört, dass

für die Klimapolitik kaum Mittel eingestellt worden sind. Dabei sind viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Institutionen, Kommunen etc. bei der konkreten Umsetzung der Klimapolitik weitaus besser und fortschrittlicher als die CSU-Staatsregierung. Das bestätigt der Nachtragshaushalt 2008. Er erfüllt eine Alibifunktion, damit die CSU-Fraktion vor der Landtagswahl sagen kann: Wir kümmern uns um Energie- und Klimapolitik. Das ist nichts als ein Alibi.

Sie sagen, nach fünf Monaten wollen Sie diese Zahlen wissen. Auch wir haben in unserem Antrag vom Juli eingefordert, dass über diese verbindlichen Maßnahmen und Vorgaben immer wieder berichtet wird, um zu sehen, wie weit wir sind. Wir haben gefordert, dass evaluiert wird und dass überprüft wird, wo die Blockaden liegen und warum eine Umsetzung nicht erfolgt ist. Weiter ist zu prüfen, was an einem derartigen Programm geändert werden muss. Auch wir haben dies mit verbindlichen Terminen, Zielen und Zwischenzielen in unserem Antrag klar eingefordert. Das war Bestandteil unseres Antrags.

Übrigens, Herr Kollege Kaul und Frau Kollegin Paulig: Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den von Ihnen angesprochenen Antrag nicht nur auf Bundesebene abgelehnt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat auch diesen Antrag auf Drucksache 15/8549 wegen eines Spiegelstrichs abgelehnt. Dem SPD-Antrag vom Juli sind Sie nicht gefolgt. Ich finde es toll, einen Antrag schlecht abzuschreiben, den Sie im Juli noch abgelehnt haben.

Wir wollen, dass der Bericht erstellt wird. Wir wollen hören, welche Maßnahmen Sie tatsächlich umgesetzt haben. Wir wollen hören, warum diese Maßnahmen nicht auf den Weg gebracht worden sind. Es fängt schon damit an, dass die Mittel im Nachtragshaushalt – ich habe es angeführt – nicht ausreichend sind. Wir werden Sie nicht aus der Verantwortung entlassen; das können wir Ihnen versprechen. Wir werden immer wieder nachbohren, weil Ihre Politik des Nichtstuns, des Versagens in der Umwelt- und Energiepolitik zulasten der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger und deren Gesundheit geht. Ihre Politik geht zulasten der Natur und Sie richten damit einen großen volkswirtschaftlichen Schaden an. Auch das muss man einmal sagen. Die Folgen des Klimawandels bezahlen auch wir in Bayern – Hochwässer, Kyrill etc. Sie richten mit Ihrer Politik mehr Schaden an, als Sie Positives tun. Von daher bleiben wir auch weiter an dieser wichtigen Thematik der Klima- und Energiepolitik und der Umsetzung der Klimamaßnahmen dran.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Paulig ums Wort gebeten.

(Zuruf von der CSU)

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Wir sind in einem politischen Diskurs, Sie werden dafür bezahlt und wir streiten um gute Lösungen, Herr Kollege. Wir sind nicht auf einer Nikolausfeier.

Frau Biedefeld, ganz kurz: Ich könnte genauso zu Ihrem Antrag in Bezug auf ein Maßnahmenbündel und ein Konzept sagen, Sie hätten die Forderungen ein Jahr vorher aus unserem Antrag abgeschrieben. Darum geht es nicht. Ich habe ganz bewusst kein Konzept und keine Maßnahmen gefordert. Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag ganz klar die Staatsregierung auf zu sagen, wie viel an CO<sub>2</sub> und Treibhausgas sie bis 2020 reduzieren will.

(Susann Biedefeld (SPD): Lesen Sie doch einmal unseren Antrag! Genau das steht in unserem Antrag!)

Die Staatsregierung soll berichten, um wie viel sie reduzieren will.

(Susann Biedefeld (SPD): Genau das steht in unserem Antrag!)

Diese Frage steht in Bezug auf das Programm, das die Staatsregierung Mitte November vorgelegt hat. Ganz simpel: Wo will Bayern hingehen? Will es minus 10 % CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020, will es minus 20 %? Das ist die Frage. Wir haben kein Programm, kein Konzept und keine Maßnahmen gefordert, sondern wir wollen ganz klar die Aussage: Wo wollen Sie hin?

Herr Kaul, wenn Sie ernsthaft unter diesem Aspekt – um wie viel wollen Sie die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren – dieses Programm lesen, dann finden Sie keine einzige Maßnahme, die mit einem Reduktionsbetrag beziffert ist. Keine einzige Maßnahme! Wir fordern, dass Sie berichten, wo wir mit der Treibhausgasminderung hinkommen, wenn dieses Programm umgesetzt wird. Nicht mehr und nicht weniger! Bewusst auch nicht mehr.

Weil Sie immer mit unserem Antrag zum Bericht des Klimabeirats – Sie nennen ihn Klimarat –, mit Herrn Prof. Graßl und Herrn Prof. Wagner kommen: Das war ein Beschluss des Landtags. Der Bericht liegt bis heute nicht vor und er ist, was die Empfehlungen betrifft, auch nicht in Ihrem Klimaprogramm enthalten. Ich kann Ihnen eines sagen: Herr Prof. Graßl war bei uns auf der Fraktionsklausur im September 2007. Er hat gesagt, Bayern könne sich nicht auf den sieben Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr ausruhen. Bayern hat die Verpflichtung – er wird das auch der CSU-Fraktion empfehlen –, auf fünf Tonnen CO<sub>2</sub> pro Einwohner und Jahr herunterzugehen. Wir wissen genau, dass wir, wenn wir es verträglich gestalten wollen, weltweit auf zwei Tonnen pro Einwohner und Jahr herunter müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die Zahlen, die uns Herr Prof. Graßl auf unserer Fraktionsklausur im September genannt hat. Ich weiß bis heute nicht, was er Ihnen auf Ihrer Klausur in Banz gesagt hat. Das haben wir noch nicht. Wir haben zwar einen Beschluss, wonach Sie diese Empfehlungen herausgeben sollen, aber bis heute liegen diese Empfehlungen des Klimarates nicht auf dem Tisch. Sie sind auch nicht Teil dieses Programms, welches Sie im November vorgelegt haben.

Also sagen Sie endlich: Wo wollen Sie hin, was die Reduktion der Treibhausgase betrifft. Nicht mehr und nicht weniger fordert unser Antrag und nicht einmal dazu sind Sie fähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Bernhard um das Wort gebeten.

**Staatsminister Dr. Otmar Bernhard** (Umweltministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Oktober ein Klimaprogramm beschlossen, das über vier Jahre läuft und zusätzliche Finanzmittel von 350 Millionen Euro in dieser Periode vorsieht. Letztlich geht es immer darum, die Dinge zu finanzieren, liebe Frau Kollegin. Nach diesen vier Jahren wird selbstverständlich entschieden, wie sich die Situation darstellt und was notwendig ist. Das geht vernünftigerweise auch gar nicht anders, wenn man ein Programm auflegt, das bis 2020 reicht. Wir verfolgen drei ganz konkrete Ziele: CO<sub>2</sub>-Reduktion, Anpassung und Forschung. Die Forschung ist ebenso außerordentlich wichtig.

Wir haben dieses Programm in die europäische und deutsche Debatte und die hierzu bestehenden Festlegungen eingepasst. Das sind ganz ehrgeizige Ziele, Frau Kollegin. Sie sehen das an der Debatte in Europa: Wenn es um das Burden-Sharing, das man neuerdings Effort-Sharing nennt, geht, dann wird es ganz schwierig. Wir haben ganz konkret 350 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen.

Wir gehen davon aus – das ist eine Abschätzung, so weit man diese aus der jetzigen Sicht treffen kann –, dass wir fünf bis sechs Millionen Tonnen durch dieses Programm einsparen können. Ich habe auch immer gesagt: Soweit das mit einem vertretbaren bürokratischen Aufwand möglich ist, werden wir auch quantifizieren, was geschieht. Das ist sehr schwierig und es ist nicht einfach zu sagen, was die Gebäudesanierung in einem Gebäude X bringt, da man heute noch gar nicht weiß, mit welcher Technik man vorgeht. Darin sind Sie mit mir einig. Wir werden das aber in größtmöglicher Transparenz quantifizieren. Das liegt auch in unserem eigenen Interesse, damit wir sehen können, wie wir unsere Klimaziele erreichen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das fordert unser Antrag!)

Wir haben ein Programm – ich habe das schon betont – über vier Jahre. In diesen vier Jahren wollen wir die Ziele erreichen; das streben wir an. Wir haben auch – auch das will ich betonen – ein Programm, das sich in das Bundesprogramm entsprechend einpasst, weil es keinen Sinn macht, wenn wir das Gleiche tun würden, was der Bund macht, zum Beispiel die gleichen Förderungen aufzulegen. Wir haben uns bemüht, etwas Zusätzliches zu tun, bei dem wir in Bayern besondere Möglichkeiten haben. Das betrifft zum Beispiel die Geothermie oder andere Aufgabenfelder. Das ist sehr sinnvoll, durchdacht und bezogen auf das, was der Bund macht, entsprechend abgestimmt.

Zahlen sind schön, Frau Kollegin, aber wichtiger ist das, was man tut. Wichtig ist, welche Maßnahmen wir konkret und nachprüfbar vorschlagen und wie diese finanziert werden. Wir sehen doch beim Kyoto-Protokoll, was die auf das Papier geschriebenen Zahlen wert gewesen sind. Die Bundesrepublik wird die Ziele erreichen, während andere – auch unsere Nachbarn – die vorgegebenen Ziele um 30 % oder 50 % verfehlen. Nicht die in die Welt gesetzten Werte, die irgendwann einmal, zum Beispiel 2013, erreicht werden sollen, sind das Entscheidende. Entscheidend ist, was wir konkret machen und daran lassen wir uns auch messen.

Wir haben in Bayern eine sehr erfolgreiche Klimapolitik betrieben, und zwar nicht erst, seit der IPCC-Bericht – Intergovernmental Panel on Climate Change – vorliegt, sondern schon seit vielen Jahren. Sie wissen ganz genau, dass wir in Bayern 6,7 Tonnen haben, während es im Bundesdurchschnitt 10 Tonnen sind. Die neue Energieprognose, die uns in Kürze vorgelegt werden wird, sagt, dass wir bei größten Anstrengungen in Bayern auf 6,2 Tonnen kommen könnten. In der Klimapolitik geht es um Seriosität. Die Ziele, die wir erreichen wollen, müssen konkret unterlegt sein. Was würden Sie sagen, wenn wir erklären, wir gehen auf fünf oder vielleicht vier Tonnen zurück, die Wissenschaftler dann aber sagen, dass das unseriös sei, dass wir das überhaupt nicht erreichen können? Wir setzen uns seriöse Ziele und versuchen, sie mit den entsprechenden Maßnahmen zu erreichen.

Wir haben auch ganz konkrete Ziele, wie zum Beispiel die Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch von acht auf 16 %. Das ist ein sehr konkretes, für Bayern aber auch sehr schwieriges Ziel, weil wir keine Windenergie haben und weil wir schon ein hohes Maß an erneuerbaren Energien haben. Sie sehen, dass wir uns ganz konkrete Ziele gesetzt haben.

Ich will auch noch einmal auf Ihr Argument eingehen, es sei moralisch, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen. Die Berechnungen der Wissenschaftler – wir erfinden das nicht – sagen uns, dass ein Ausstieg, wie er vorgesehen ist, für Bayern 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bedeuten würde. Wir haben es in Bayern mit größten Anstrengungen geschafft, bis 2010 den Ausstoß um 10 Millionen zu reduzieren.

Was machen Sie in der praktischen Politik? Ich nehme einmal das Beispiel München. Sie sagen, das sei kein Problem, Sie würden die Kernenergie durch regenerative Energien ersetzen. Was haben Sie in München gemacht? Sie haben kalte Füße bekommen und wollen jetzt in Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen investieren. Ist das die Ehrlichkeit und die Seriosität Ihrer Politik?

(Beifall bei der CSU)

Das ist vollständig unseriös, weil Sie genau wissen, dass Ihre Behauptungen nichts anderes als Sprechblasen sind, denn Sie wissen ganz genau, dass die Energie, die durch den Ausstieg aus der Kernenergie verloren geht, nicht ohne entsprechende Auswirkungen auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ersetzt werden kann. Das sind Sprechblasen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Berücksichtigt werden muss auch das, was sich in Deutschland im Zusammenhang mit Energieinvestitionen abspielt und was die Bürgerentscheide betrifft. Berücksichtigt werden müssen auch die Kosten der CCS-Technik, die zu einem Effektivitätsverlust von 10 % führt. Noch niemand weiß heute, wie man diese Energie überhaupt speichert. Es ist ein Hasardspiel, wenn Sie eine in Deutschland sichere Energie abschalten, die als Brücke auf dem Weg zum Ersatz dieser Energie zur Verfügung steht. Das ist unverantwortlich und geht an der Sache vorbei.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wenn man will, kann man es auch!)

Sie wissen ganz genau, dass wir nur mit einem vernünftigen Energiemix dahin kommen, wo wir alle gemeinsam hinwollen. Man muss nur seriös bleiben und eine vernünftige Energiepolitik betreiben.

Unser Energieprogramm insgesamt ist sehr konkret. Es lässt sich sehr konkret nachprüfen. Sie sind das nächste Mal leider nicht mehr dabei, sonst hätte ich es in vier Jahren mit Ihnen gerne noch einmal geprüft. Ich habe auch zugesagt, soweit es quantifizierbar ist, werden wir es selbstverständlich quantifizieren. Ich habe Ihnen auch gesagt, was wir glauben, mit dem Programm erreichen zu können. Es ist ein hoch engagiertes und nützliches Programm im Sinne der Klimapolitik.

(Beifall bei der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Genau das fordern wir mit unserem Antrag! Quantifizieren Sie es also, Herr Bernhard!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urnen zu geben. Fünf Minuten sind für die Abstimmung angesetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.30 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben. Ich bitte die Plätze wieder einzunehmen, damit ich in der Tagesordnung fortfahren kann.

(Unruhe)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen und die Gespräche außerhalb des Plenarsaals weiterzuführen.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Manfred Ach u. a. u. Frakt. (CSU)  
Für eine eigentumsfreundliche Erbschaftssteuer  
(Drs. 15/10458)**

Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Kupka das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

**Engelbert Kupka (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Dass die Reform der Erbschaftssteuer seit 2005 auf der Agenda steht, ist durch zwei November-Entscheidungen notwendig geworden. Einmal ist es die Entscheidung im Koalitionsvertrag vom 18. November 2005, in dem die überfällige Erleichterung der Unternehmensnachfolge als Ziel vereinbart wurde. Eine weitere November-Entscheidung ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006, wonach künftig alle Vermögensgegenstände mit einem an den Verkehrswert angenäherten Wert bewertet werden müssen und Verschonungsregelungen erst in einem zweiten Schritt festgelegt werden sollen.

Am 4. Januar 2008 wurde von der Bundesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt, der allerdings in seinen Zielsetzungen nicht in erforderlichem Maße dem entsprach, was man sich vorgestellt hatte. In einer weiteren November-Entscheidung, nämlich vom 5. November 2007, einigte sich deshalb eine unter der Leitung von Koch und Steinbrück tagende Arbeitsgruppe auf erste notwendige Änderungen des Gesetzentwurfs. Diese darf ich kurz zitieren.

Zum einen war dies der Erlass der Steuerschuld von 85 Prozent des Betriebsvermögens, wenn innerhalb von zehn Jahren 70 Prozent der durchschnittlichen Lohnsumme der letzten fünf Jahre erhalten bleiben. Zweitens. Die Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens nach dem Ertragswertverfahren. Drittens. Höhere Freibeträge für Angehörige und viertens ein Bewertungsaufschlag von zehn Prozent bei Immobilien.

Nun kommt es darauf an, dass die Kerninhalte der Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und weitere Vorschläge, die im Bundesrat behandelt wurden, Eingang in das Gesetz finden, und dass somit Nachbesserungen vorgenommen werden.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag möchten wir die Position der Staatsregierung in Berlin stärken und ihr zusätzliches Gewicht verleihen. Wir haben in diesem Antrag acht Kernforderungen aufgestellt, die ich kurz zitieren darf.

Erstens. Die Behaltensfrist von zehn Jahren stellt für uns die äußerste Grenze dar. Im Gesetzentwurf beträgt sie immer noch 15 Jahre. Da werden wir nicht mitmachen. Auch die Übergangsregelung im Hinblick auf die Lohnsummensteuer, die man jetzt getroffen hat, ist noch keine Garantie dafür, dass hierdurch nicht Arbeitsplätze verloren gehen, aber sie ist eben ein Kompromiss.

Zweitens. Der Verschonungsvorschlag darf nicht vollständig entfallen, wenn ein Betrieb kurz vor dem Ende der Behaltensfrist veräußert oder aufgegeben wird. Das ist die Vermeidung des sogenannten Fallbeileffekts. Wenn kurz vor Ablauf der zehn Jahre ein Betrieb veräußert oder aufgegeben wird, darf nicht alles entfallen. Hierzu muss

eine Übergangsregelung geben. Ich glaube, Herr Beyer, da sind wir einer Meinung.

Drittens. Verfassungswidrige Überbewertungen müssen vermieden werden. Es ist nun einmal so, dass die Risiken, aber auch der Wert eines Betriebes vom Standort, von der Branche, der Kapitalstruktur und anderen regionalen Besonderheiten mit bestimmt werden. Das möchten wir berücksichtigt haben.

Viertens. Verpachtungen müssen umfassend in die Verschonungsregelung einbezogen werden. Das muss sowohl für die sogenannte gleitende Übergabe, also auch für die Übergabe eines Hofes auf Probe, als auch für alle Fälle gelten, solange ertragsteuerlich keine Betriebsaufgabe vorliegt. Dies bitte ich zu berücksichtigen. Das betrifft zum Beispiel Landwirte, wenn sie ihre Felder verpachtet haben, die Hofstelle aber noch nicht, die Hofstelle allerdings auch nicht aufgegeben ist und ertragsteuerlich keine Betriebsaufgabe vorliegt.

Fünftens. Zusätzliche Freigrenzen, sogenannte Bagatellgrenzen, sollen Kleinbetriebe vor unnötigem Aufwand und aufwendigen Bewertungen sowie vor Überwachungs-pflichten schützen.

Sechstens. Eine Doppelbelastung der stillen Reserven mit Erbschaft- und Ertragsteuer bei Veräußerung von Betriebsvermögen muss ausgeschlossen werden. Dies ist für uns wichtig. Es kann nicht sein, dass durch die Erbschaftsteuer eine Doppelbesteuerung stattfindet. Sonst gerät das Gesamtsteuersystem aus dem Gleichgewicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Siebtens. Wir möchten auch Verbesserungen für nahe Verwandte haben. Das betrifft die Steuerklasse II und zum Teil auch die Steuerklasse III. Hierüber sollte noch einmal geredet werden.

Achtens. Dieser Punkt ist besonders wichtig, Herr Kollege Beyer. Ich würde mich freuen, Sie könnten hier mitmachen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Schauen wir einmal!)

Wir wollen eine Öffnungsklausel und damit Spielräume für die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern, zum Beispiel länderspezifische Freibeträge. Damit würden wir den Wettbewerbsföderalismus fördern. Es könnte sein, dass Sie in Ihrer Partei Schwierigkeiten damit haben, aber dies würde sicherlich dazu beitragen, dass wir all diese Dinge noch besser feinjustieren könnten.

Wer die Gefährdung von Arbeitsplätzen und zusätzliche Bürokratie vermeiden will, müsste eigentlich unserem Antrag zustimmen. Das ist unsere Auffassung.

Zur Erbschaftsteuerrecht generell möchte ich jetzt nichts Grundsätzliches sagen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das haben Sie schon gemacht!)

Dazu habe ich mich bereits an anderer Stelle eingelassen. Ich bitte, dies nachzulesen. Wir sind der Meinung, dass es ohnehin nicht lange dauern wird, bis das Erbschaftsteuerrecht wieder auf der Agenda steht, und dass wir im Konzert der Festlegungen in den übrigen europäischen Ländern wieder über das Erbschaftsteuerrecht werden reden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Maria Scharfberg (GRÜNE): Verhaltener Beifall!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Kupka, wenn sich das Hohe Haus nicht bei Ihnen bedankt, will ich es wenigstens tun.

Ich darf jetzt Herrn Kollegen Dr. Kaiser das Wort erteilen.

**Dr. Heinz Kaiser (SPD)** (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kupka, Ihr Beitrag und Ihre Begründung zum Dringlichkeitsantrag der CSU waren im Vergleich zur Debatte um den Haushalt und zur Steuerpolitik von wohl-tuender Sachlichkeit. Das möchte ich feststellen. In der Debatte zum Haushalt ist gesagt worden, wir zweifelten das Recht unserer Bürgerinnen und Bürger, Eigentum zu bilden und auch zu vererben, an. Das ist mitnichten der Fall. Auch wir wollen diese Möglichkeiten für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten.

Es ist auch davon gesprochen worden, die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Davon haben Sie jetzt nicht mehr geredet. Der Finanzminister redet einmal davon, die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Dann soll etwas geändert werden. Genauso hat er vorhin auch andere Steuerarten, beispielsweise die Pendlerpauschale und auch den Grundfreibetrag angesprochen und gemeint, die Steuersätze müssten gesenkt werden. Es ist schon bemerkenswert, wenn ein Finanzminister im Augenblick der Verabschiedung eines Haushalts, in dem die Einnahmen festgeschrieben sind, fordert, auf Steuereinnahmen zu verzichten. Die Doppelrolle von Herrn Huber wird nicht aufgehen. Auf der einen Seite soll er als Finanzminister das Geld zusammenhalten, als Parteivorsitzender soll er auf der anderen Seite die Partei antreiben und Wahlkampf machen. Das ging schon im Jahre 1998 auf unserer Seite nicht gut. Damals war es Oskar Lafontaine in Berlin. Das wollte ich vorweg sagen.

(Engelbert Kupka (CSU): Ihr habt doch einen Ab-leger!)

– Herr Kollege Kupka, Sie müssen überlegen: Mit der Abschaffung der Pendlerpauschale würden Bund und Länder auf 2,5 Milliarden Euro verzichten.

(Zurufe von der CSU)

Nun wollen Sie bei der Erbschaftsteuer verschiedene Nachlässe einbauen. Über das eine oder andere, was in Ihrem Antrag genannt wird, kann man sicherlich gut reden. Sie machen aber keinerlei Deckungsvorschläge. Wenn Sie in den Haushalt hineinschauen, sehen Sie,

dass die Erbschaftsteuer für den Freistaat Bayern – wir liegen auf Bundesebene ziemlich weit oben; auf Bundesebene sind es vier Milliarden Euro – eine Milliarde Euro bzw. 900 Millionen Euro ausmacht. Das schwankt immer leicht. Aber es ist rund eine Milliarde Euro. Sagen Sie doch einmal, woher Sie das Geld im Haushalt nehmen wollen, das Sie aufgrund der Änderungen des Gesetzentwurfs brauchen würden. Das ist eine Finanzpolitik, die sicherlich nicht seriös genannt werden kann. Sie verweisen immer auf andere Länder. In Österreich gibt es zwar keine Erbschaftsteuer, aber die Steuersysteme anderer Länder kann man nur insgesamt vergleichen, und man kann sich nicht einzelne Steuerarten herauspicken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was würden Sie denn sagen, wenn wir vorschlagen würden, in Deutschland oder in Bayern die Lohnsummensteuer wieder einzuführen, wie sie in Österreich verlangt wird? – Da würden Sie auch sagen, das ist Unsinn und vernichtet Arbeitsplätze. – Es ist also eine unsachliche Vorgehensweise, sich einzelne Bereiche herauszupicken und dann zu sagen: So wollen wir es auch. Wenn wir diesen Wettbewerb der Steuersysteme in Europa weiterhin betreiben und uns überall nur das Günstigste herauspicken und sagen, das ist die optimale Lösung, dann wird der Staat künftig noch stärker unterfinanziert sein, als er es heute ohnehin schon ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach Angaben der OECD – das ist heute schon einmal gesagt worden –, haben wir in Deutschland eine Steuerlastquote von 21 %. Damit liegen wir auf der Skala der Industrieländer am unteren Ende. Ich räume allerdings ein, dass es dabei auch auf die Verteilung ankommt.

(Engelbert Kupka (CSU): Die Soziallastquote!)

– Völlig richtig. Denn die Arbeitnehmer und der Mittelstand sind zum Teil überproportional belastet gegenüber Großkonzernen und international tätigen Unternehmen; das ist klar. – Soweit zur allgemeinen Regelung.

Jetzt zu einzelnen Punkten, Herr Kollege Kupka. Im Großen und Ganzen hätten Sie sich den Antrag sparen können, weil die Entscheidungen im Bundesrat unter Federführung von Bayern und Rheinland-Pfalz fallen; Sie haben die Debatte sicherlich genau verfolgt. Wir haben das damals schon unter Falthäuser und Mittler gemacht; und jetzt sind es Deubel und Huber. Ich verstehe nicht, dass Sie nicht koalitionsstreu, nicht vertragstreu sind. Sie treffen Abmachungen in der Koalition und vereinbarten Regelungen, sind aber nicht bereit, diese Regelungen auch hier im Bayerischen Landtag einzuhalten. Das ist doppelzüngig und unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Im ersten Punkt Ihres Antrags geht es um die Behaltensfrist von 15 Jahren, die im Referentenentwurf stand. Sie ist längst vom Tisch. Der Bundesrat hat, glaube ich, ein-

stimmig beschlossen, auf 10 Jahre zu gehen. Gut, man kann das bekräftigen, aber das war auch die Position der SPD-regierten Länder.

Zum nächsten Punkt, zur Abschmelzregelung. Die ursprüngliche Regelung, dass der Vorteil wegfällt, wenn die Bedingungen für ein oder zwei Jahre nicht eingehalten werden, ist auch vom Tisch. Dann fällt eben auch der Vorteil für ein, zwei oder drei Jahre weg.

Eines ist richtig: Es gibt da ein Problem für mittelständische Unternehmen. Ich hatte am Montag eine Diskussion mit mittelständischen Maschinenbauunternehmen, die eine sehr wechselvolle Geschichte, auch vom Konjunkturverlauf her, hinter sich haben. Da tauchen schon Probleme auf, aber das muss man eben entsprechend mit einbauen.

Was soll der Punkt „Für Kleinstbetriebe ist eine zusätzliche Freigrenze zu schaffen,...“? Die Freigrenzen sind – das wissen Sie – von 305 000 Euro auf 500 000 Euro für Ehegatten angehoben worden, für Kinder von 200 000 Euro auf 400 000 Euro. Dass die Steuersätze dann bei anderen Verwandten – Onkeln, Nichten, Neffen – natürlich höher sein müssen, damit das Aufkommen gleich bleibt, ist klar. Es war schließlich Verhandlungsgrundlage, dass das Aufkommen von 4 Milliarden gleichbleiben soll. Zu der Frage, wie hier die Deckungslücke geschlossen werden soll, haben Sie auch keine Vorschläge gemacht, Herr Kollege Kupka.

Ich erinnere mich noch sehr gut, meine Damen und Herren, an den Kürzungshaushalt, den Nachtragshaushalt 2004, der hier beraten worden ist. Wir haben viele Vorschläge dazu eingereicht, und Sie haben immer gesagt: Ja, das ist gut, was Sie vorschlagen – aber wo bleibt der Deckungsvorschlag? Das haben Sie auch bei geringsten Beträgen gesagt. Für Sie ist das jetzt alles vergessen, ein halbes Jahr oder fünf Monate vor der Landtagswahl. Die Wahlgeschenke werden verteilt, ohne dass Sie Deckungsvorschläge machen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei geht also nicht. Über den Punkt drei kann man sich unterhalten. Aber diese Frage wird nicht hier im Landtag entschieden, sondern im Deutschen Bundestag. Auch hier haben Sie keinen Deckungsvorschlag gemacht. Aus Ihrer Sicht – das nehme ich jedenfalls an – macht das nur Sinn, wenn in Bayern keine höheren Sätze verlangt werden als im übrigen Bundesgebiet, sondern niedrigere. Wenn die Einnahmen jetzt 1 Milliarde Euro betragen, müssen Sie eben einen Deckungsvorschlag machen, wenn die Einnahmen jetzt auf 800 oder 600 Millionen Euro heruntergehen.

Dasselbe gilt für die anderen Spiegelstriche. Mit den beiden ersten sind wir einverstanden. Wir haben deshalb beschlossen, uns bei diesem Antrag der Stimme zu enthalten, weil wir natürlich auch im Blick auf Berlin koalitionsstreu bleiben wollen. Wir wollen uns an die getroffenen Vereinbarungen halten und werden uns daher bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky. – Bitte schön, Herr Kollege.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gestern gefragt, was dieser CSU-Antrag eigentlich soll – ein Antrag, mit dem Sie den Ministerpräsidenten und einen Fachminister, sei es Huber oder Söder, auffordern, im Bundesrat etwas zu tun. Es gibt eigentlich nur drei Möglichkeiten, wie so ein Antrag begründet ist: Entweder die tun nichts, wenn Sie sie nicht dazu auffordern,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die zweite Variante ist – schlimmer noch – dass die beiden nicht wissen, was sie in Berlin zu tun haben, wenn Sie es ihnen nicht in den Antrag schreiben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und die dritte Variante ist – ich vermute, das ist der eigentliche Grund des Antrags, aber sie ist noch viel peinlicher als die beiden anderen –: Sie wissen, dass Sie Ihren Leuten in Berlin den Rücken stärken müssen, weil Sie sonst dort niemand mehr zur Kenntnis nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Es zeigt doch die Schwäche Ihrer Führung, wenn Sie heute so einen Antrag stellen müssen.

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Cicero“ – nach der eigenen Darstellung „Das Magazin für politische Kultur“ – wird das Ganze noch etwas drastischer formuliert. Ich zitiere:

Nach Milliardenabschreibungen im Bankendestaster, Transrapidpleite, der Niederlage bei den Kommunalwahlen, einer schlingenden Schulpolitik und schließlich noch der Rauchverbotsposse ist die Bayern-vorn-Rhetorik der regierenden CSU verstimmt.

Weiter heißt es in diesem „Magazin für politische Kultur“:

Auch auf dem Berliner Parkett brüllt der bayerische Löwe nicht mehr, er krächzt. Das Pleiten-Paar von der Isar wird hier spöttisch nur noch als Weißwürstl belächelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Antrag von heute ist in diesem Zusammenhang somit eine Initiative zur Rettung Ihrer bayerischen Weißwürstl. Ich sage Ihnen: Er kommt zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch inhaltlich ist der Antrag für uns nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns eben im Rahmen der Haushaltsdebatte darüber unterhalten, dass Sie acht einzelne Vorschläge zur Steuererleichterung machen, acht Vorschläge, die ungedeckt sind. Wir halten das für unredlich.

Es geht aber auch, uns GRÜNEN jedenfalls, darum, dass wir den Wert der Erbschaftssteuer anerkennen. Wir sagen Ja zu dieser Steuer, weil sie eine Gerechtigkeitssteuer ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die soziale Kluft in der Gesellschaft vergrößert sich. 10 % der Bevölkerung besitzen über zwei Drittel des gesamten Volksvermögens; die ärmere Hälfte besitzt nichts. Wir wissen, dass Deutschland so wohlhabend ist wie noch nie. Insgesamt dürfte das Vermögen bei rund 5 400 Milliarden Euro liegen. Das ist gut so. Bei einer gleichmäßigen Verteilung wären das 81 000 Euro pro Kopf. Die Realität ist aber, dass immer mehr Menschen immer weniger haben und einige immer mehr. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland verharret nicht einmal beim ungerechten Status quo, sondern sie verschärft sich.

Die von Ihnen geplante Erbschaftssteuerreform, die von der großen Koalition, also von CSU und SPD geplante Steuerreform, wird eine stärkere Entlastung der Vermögenden zur Folge haben. Die Schere zwischen arm und reich wird sich also weiter öffnen. Genau das wollen wir nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen deshalb Ja zur Gerechtigkeitssteuer „Erbschaftssteuer“. Sie hat nicht nur wegen der Einnahmen eine ausgleichende Wirkung auf das Vermögen, sondern auch wegen der damit eröffneten staatlichen Handlungsspielräume. Sie leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Umverteilung des Vermögens zwischen den Generationen und zwischen den Schichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Kern unserer Überlegungen. Ihre Überlegungen hingegen, Herr Kollege Kupka, – Sie haben das weniger hier als vielmehr vorhin beim Nachtragshaushalt klargemacht –, ist eine andere. Sie wollen die Erbschaftssteuer immer weiter zurechtstutzen, bis Sie irgendwann an dem Punkt sind, an dem Sie sagen: Die Bürokratiekosten sind zu hoch, sie lohnen sich nicht, lasst uns die Steuer abschaffen!

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist doch heute schon der Fall!)

– Das ist heute schon der Fall? – Herr Kupka, Ihre Ehrlichkeit ehrt Sie, leider aber nicht Ihr Ansinnen. Für uns ist Artikel 14 des Grundgesetzes nämlich unteilbar. Sie, als Jurist, haben in dieser Frage vielleicht eine andere Auffassung. Für uns ist es nicht nur ein Wahlrecht, wo man aus ökonomischen Gründen Artikel 14 Absatz 1 Satz 1 herausziehen kann, so dass man sagen kann: Das Eigentum wird gewährleistet. In Artikel 14 wird auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums betont.

(Engelbert Kupka (CSU): Das hat doch nichts mit dem Steuerrecht zu tun!)

Es gibt keinen guten ökonomischen Paragraphen und keinen schlechten sozialen Paragraphen, wenn es um die Frage geht, wer über unser Volksvermögen die Verfügungsgewalt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Das Steuerrecht hat doch nichts mit Artikel 14 zu tun! Das ist doch ein Schmarren!)

– Herr Kollege Kupka, Sie können sich gern noch einmal melden.

Wir können Ihrem Antrag jedoch auch inhaltlich nicht zustimmen. Ich will dabei aber gerne konzedieren, dass zumindest drei Einzelpunkte korrekt sind. Der erste ist, die Behaltungsfrist auf zehn Jahre zu verkürzen. Das wird allerdings ohnehin gemacht. Der zweite Punkt: Eine gestaffelte Entlastung statt dem Alles-oder-Nichts-Prinzip oder, wie Sie das so charmant formulieren, statt der „Fallbeil-Regelung“. Der dritte Punkt: Es ist sinnvoll, Bagatellfälle weitestgehend zu vermeiden.

Damit hören für mich die vernünftigen Aspekte aber auch schon auf. Die Forderung, bei Verpachtung umfassende – ich wiederhole: umfassende – erbschaftssteuerliche Verschonung zu gewähren, ist Klientelpolitik. Das ist Klientelpolitik, die der Bauernverband ganz wunderbar finden mag, die aber all denen gegenüber, die keinen Grund und Boden haben, zutiefst ungerecht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht um einzelne Sonderfälle, sondern Sie wollen eine umfassende erbschaftssteuerliche Verschonung bei Verpachtungen.

(Zuruf von der CSU)

Nicht akzeptieren können wir darüber hinaus Ihr antiquiertes Familienbild.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Das hehre Bild der intakten Familie ist ohnehin Grundlage des Gesetzentwurfs der großen Koalition und führt dazu, dass – stärker denn je – die Freibeträge und die Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsgrad geordnet werden, denn begünstigt werden nahe Verwandte. Wir

wissen aber doch alle, dass sich die Lebenswirklichkeit viel differenzierter darstellt, als das bei diesem einfachen erbschaftssteuerlichen Ansatz der Fall ist. In der heutigen Zeit reicht sie von den Patchwork-Familien über Wahlverwandtschaften bis hin zu Gemeinschaften zum gemeinsamen Älterwerden, bei denen man miteinander und füreinander sorgt. Wenn man diese Fakten zugrunde legt, dann entspricht schon der Gesetzentwurf der großen Koalition nicht der heutigen Lebenswirklichkeit. Doch Sie legen in Nummer 2 Ihres Antrags noch einmal drauf. Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Nicht nur der Verwandtschaftsgrad, sondern der Grad des tatsächlichen Zusammenstehens müsste Grundlage der Überlegung sein.

Den dritten Leitgedanken, Herr Kollege Kupka, den haben Sie so unklar formuliert, dass man von Haus aus gar nicht weiß, worum es eigentlich geht. Sie wollen die Erbschaftssteuer „entsprechend regionaler Besonderheiten“ differenzieren. Was sind denn bitte „regionale Besonderheiten“? Sollen die Niederbayern künftig mehr Steuern zahlen als die Schwaben, damit das sprichwörtlich sparsame Schwabenland künftig etwas mehr hat? Oder sollen jene, die in Starnberg wohnen, mehr zahlen, als die, die in Hof wohnen? – Das ergibt sich aus den Formulierungen Ihres Antrags jedenfalls nicht. In Ihrer Rede haben Sie die Frage eben präzisiert: Es geht wohl um die Zulassung länderspezifischer, und nicht regionaler Unterschiede. Das ist im Text aber nicht erkennbar. Das ist aber ein problematischer Weg. Zum einen, weil wir wissen, und dazu haben Sie sich offen bekannt, dass das die Einfallstür für bestimmte Länder sein soll, um die Erbschaftssteuer abzuschaffen. Diesen Weg wollen wir aber nicht mitgehen. Zum anderen ist der Weg auch verfassungsrechtlich problematisch. Sie lenken von einem Problem ab, das Sie in der Föderalismuskommission offensichtlich nicht lösen können, nämlich dem Problem einer vernünftigen Kompetenzverteilung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fassen wir zusammen: Dies ist ein überflüssiger Antrag zur Rettung des Unrettbaren, der von einer negativen Grundhaltung zur Erbschaftssteuer, die für uns eine Gerechtigkeitssteuer ist, getragen ist. Dies ist ein Antrag, der das CSU-Klientel hofiert und der die Realität des miteinander Lebens in der heutigen Gesellschaft nicht akzeptiert, sondern negiert. Darüber hinaus ist der Antrag unklar formuliert. Einem solchen Antrag können wir nicht zustimmen; wir werden ihn ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Huber das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Staatsregierung begrüßt diesen Antrag. Wir halten ihn für eine gute Unterstützung der derzeitigen parlamentarischen Beratung im Deutschen Bundestag und für die abschließenden Beratungen, die dann im Bundesrat stattfinden werden. Ich möchte in besonderer Weise die Frage der Zuständigkeiten herausgreifen, weil dieser Aspekt ab-

solu neu ist. Im CSU-Antrag sind als Auftrag und als Ziel im Sinne des Wettbewerbsföderalismus enthalten, dass der Landtag Teilzuständigkeiten, beispielsweise im Hinblick auf Freibeträge oder Tarife, bekommt. Das ist wohl begründet, weil beispielsweise das Preisniveau in den einzelnen deutschen Ländern ganz unterschiedlich ist. Wenn jemand beispielsweise im Voralpenland oder im Münchner Raum ein Einfamilienhaus besitzt und selbst darin wohnt, dann ist der Wert dieses Gebäudes vielleicht deutlich höher als die Freibeträge. Wenn diese Person so ein Haus nun an ihre Kinder vererben will, dann könnte erhebliche Erbschaftssteuer anfallen, ohne dass diesem Vorgang ein Geldfluss zugrunde liegt. Ein gleich schönes und gleich großes Haus an der Ostseeküste hat vielleicht nur die Hälfte oder ein Drittel dieses Wertes. Deshalb kann man die Frage aufwerfen, ob das gerecht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es handelt sich um das gleiche Haus mit dem gleichen Wohnwert, aber um eine unterschiedliche Besteuerung. Solche Probleme sind, das gebe ich zu, steuerlich nicht einfach zu lösen. Wenn man aber sagt, die Länder haben die Möglichkeit, unterschiedliche Tarife und Freibeträge festzulegen, dann könnte man solche Besonderheiten künftig besser berücksichtigen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dafür nehme ich dann gerne das Haus in Hof! Wirklich sehr gern!)

– Frau Kollegin, ich bezweifle, ob Sie von dieser Frage überhaupt eine Ahnung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Gesetz gilt dann aber im ganzen Lande gleich. Wer ein Haus in Hof hat, für den gilt der gleiche Freibetrag wie für den Hausbesitzer in München. Wenn die Person den Freibetrag mit dem Haus nicht ausschöpft, dann kann sie in diesen andere Vermögensgegenstände einbeziehen. Es hilft aber sowieso kein Argument, denn Sie sind in solchen Fragen ganz einfach verbohrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Hallitzky, wenn Sie sogar verfassungsrechtliche Zweifel an einer unterschiedlichen Besteuerung aufwerfen, dann darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Hebesätze der Grund- und der Gewerbesteuer oft von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Umland von München, im sogenannten Speckgürtel, finden Sie bei der Gewerbesteuer Hebesätze in Höhe von 200 und 300. München selber hat, so viel ich weiß, einen Satz von 490. Das ist mehr als das Doppelte. Würde Ihr Argument zutreffen, dann wäre dieser Umstand bereits verfassungswidrig. Sie haben mit Ihrer Aussage aber bewiesen, dass Sie in diesen Fragen wenig Ahnung haben.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Ich meine, solche unterschiedlichen Regelungen zu treffen, ist eine gute Idee. Ich weise aber darauf hin, dass bisher nur wenige Bundesländer Zustimmung signalisiert haben. Dennoch sollte man nicht von vornherein aufgeben.

Herr Kaiser und die GRÜNEN haben die ungleiche Verteilung der Einkommen und des Vermögens in Deutschland angeführt. Wissen Sie, es ist immer sehr schwierig, einen Maßstab zu finden. Sozialistisch ist alles gleich, es ist dann aber auch genauso unsinnig, denn hinter Einkommen und Vermögen verbirgt sich in der Regel auch Leistung, und zwar des Einzelnen oder der Familie.

Wenn jemand sein Leben lang hart arbeitet, fleißig arbeitet und dann seinen Kindern etwas vererbt, kann ich nicht sagen, das ist Ausdruck ungleicher Einkommensverteilung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Für mich dient Einkommensbildung für die Altersvorsorge, aber auch für das Vererben nach dem Prinzip, unsere Kinder sollen es einmal besser haben. Das ist eine ganz gewaltige, menschlich verständliche und sehr positive Triebfeder.

Wer diesen Leistungswillen kaputtmacht, verursacht Schaden im Land; denn eines sollte auch klar sein: Gleicher Maßstab heißt nicht: pro Kopf gleich, sondern heißt auch Leistungsgerechtigkeit, und dazu gehört für mich auch die Frage von Vermögen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Viele Bundesregierungen haben sich über Jahrzehnte hinweg bemüht, durch eine ganze Reihe von Gesetzen die Vermögensbildung zu verbessern. Es macht doch keinen Sinn, auf der einen Seite die Vermögensbildung steuerlich zu fördern und auf der anderen Seite den Antrieb dafür durch die Steuer kaputtzumachen.

(Beifall bei der CSU)

Eines sollte man aus dem Bereich der Ertragssteuer wissen: Die oberen 10 % der Einkommen zahlen 50 % der Einkommens- und Lohnsteuer. Die oberen 10 % zahlen die Hälfte dieses Steueraufkommens.

(Zuruf von der SPD: Haben aber 60 % des Vermögens!)

Die unteren 50 % der Bevölkerung zahlen 10 % des Steueraufkommens. Hier ist im Einkommensteuerrecht durch die Progression bereits eine sinnvolle Umverteilung angelegt. Für die Feinschmecker sage ich dazu: Wer den Gini-Koeffizienten auf der ganzen Welt vergleicht, die Ungleichheit der Vermögensverteilung sieht, wird feststellen, dass Deutschland bei diesen Vergleichen durch eine sehr viel gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen als andere Länder relativ günstig abschneidet. Gerade auch ehemals sozialistische Länder zeichnen

durch eine extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen aus.

(Beifall bei der CSU)

Zu den konkreten Punkten: Die Staatsregierung sagt zu, dass sie sich bei all diesen Punkten in diesem Sinne einsetzen wird. Das hat nichts mit Koalitionstreue oder Loyalität zu tun; denn in den Eckwerten im Koalitionsvertrag ist das allgemeine Ziel, aber nicht die detaillierte Ausführung beschrieben.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt herausgreifen, nämlich die Verpachtung. Ich halte gerade die Verpachtungsverschönerung für außerordentlich wichtig; denn gerade in der Landwirtschaft ist es häufig Praxis, dass zuerst in der Regel der gesamte Betrieb an die Kinder verpachtet wird. Das hat auch sehr einsichtige Gründe, beispielsweise der Altersversorgung. Zunächst einen Betrieb einige Jahre an die eigenen Kinder zu verpachten und dann erst zu vererben, kann doch nicht anders beurteilt werden, als diesen einen Betrieb sofort zu vererben. Eine vorgeschaltete Verpachtung darf doch die Verschönerung bei der Erbschaftsteuer nicht kaputtmachen.

(Beifall bei der CSU)

Da appelliere ich auch an die SPD. Sie sind bis nächstes Jahr noch Koalitionspartner, dann werden Sie nach Lage der Dinge vom Sattel fallen.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie so weitermachen, ganz sicher. Wir werden aber dann Deutschland in eine bessere Zukunft führen.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden darauf hinwirken, weil es gerade für die bayerische Landwirtschaft sehr wichtig ist, dass diese Verpachtungsregelung umgesetzt wird. Und wenn Sie für die bayerische Landwirtschaft etwas tun wollen, drängen Sie Ihren Bundesfinanzminister, dass er gerade auch dieser Regelung zustimmt. Denn es wäre in keiner Weise vertretbar, dass eine bewährte Lebenspraxis steuerlich diskriminiert wird. Ich bitte das Hohe Haus, diesen Auftrag zu geben. Ich sage zu, dass sich die Staatsregierung mit voller Kraft in diesem Sinne einsetzen wird.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Zu einer Zwischenintervention hat sich Herr Kollege Hallitzky gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, ich mache keine klassische Zwischenintervention, sondern stelle folgende Frage: Habe ich Sie richtig verstanden? Sie haben zum Thema: „Leistung muss sich wieder lohnen“ gesagt, dass der Grad der Ungleichheit Ausdruck des Grades der ungleichen Leistung

in dieser Gesellschaft ist. Ich lasse das einmal so stehen. Das haben Sie gesagt. Das ist sehr, sehr mutig. Aber Tatsache ist, dass sich in den letzten Jahren der Gini-Koeffizient verschlechtert hat, sprich: dass in Deutschland der Grad der Ungleichheit deutlich zugenommen hat. Wollen Sie mir ernsthaft erzählen, dass in den letzten Jahren die Armen noch fauler und die Reichen noch fleißiger geworden sind, oder gibt es dafür eventuell eine andere Erklärung?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Wenn Sie mir wirklich zugehört hätten, wären Sie auf folgende Idee gekommen: Wie ist Gerechtigkeit in der Einkommens- und Vermögensverteilung überhaupt zu bewerten? Wir stellen fest, dass es ganz unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe gibt und dass kein einziger Maßstab völlig richtig und kein einziger Maßstab völlig falsch ist. Ich habe zunächst einmal falsifiziert und sage, die Gleichverteilung – gleiche Kopfbzahl, gleiches Einkommen, gleiches Vermögen – klingt zwar schön, ist aber falsch, und zwar deshalb, weil sie keinen Ausdruck von Leistungsgerechtigkeit darstellt. Das heißt, was ich gesagt habe und was Sie verzerren wollen, ist die Tatsache und das bringe ich zum Ausdruck: Derjenige, der mehr arbeitet und mehr leistet, muss am Jahresende unterm Strich auch mehr haben als derjenige, der weniger oder gar nichts tut. Denn wer nicht mehr nach dem Prinzip geht, dass sich Leistung lohnt, der macht den Leistungswillen eines ganzen Landes kaputt, wird aber auch bald nichts mehr zu verteilen haben; denn wenn sich keiner mehr anstrengt, kann auch nichts mehr verteilt werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/10458 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag so angenommen.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD)**  
**Anbau von Genmais MON 810 in Bayern sofort beenden bzw. verbieten (Drs. 15/10459)**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Wir werden das dann auch durchgeben.

Ich eröffne die Aussprache und darf Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Ludwig Wörner** (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Dringlichkeitsantrag, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, den Anbau von Genmais MON 810 auf staatlichen Flächen sofort und vollständig zu beenden

(Thomas Kreuzer (CSU): The same procedure as last week!)

und in Übereinstimmung mit europäischem und deutschem Recht die Regierungen anzuweisen, den Anbau von Genmais MON 810 auf privaten Flächen sofort zu verbieten, wollen wir Ihnen die Möglichkeit einräumen – vor allem den Landwirten unter ihnen, die bisher immer von Hinweisen geplagt wurden wie: Das geht ja nicht, nun auch diesen Mais rechtlich auf solidem Boden verbieten zu können.

Herr Minister Dr. Bernhard, wir wollen Ihnen helfen; er ist nicht mehr da. Sie haben gesagt, Seriosität der Politik sei wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Ja, es freut mich, dass er da ist, denn bei Marcel Huber ist dieses Thema an sich in guten Händen.

Wenn wir könnten, so wurde bisher in der CSU-Fraktion argumentiert, würden wir es verbieten. Selbst die Chiemgauer Landwirte und Abgeordneten haben gestern einen Treueschwur zur Gentechnikfreiheit Bayerns abgelegt.

Ich bin gespannt, wie Sie sich heute verhalten werden, Herr Kollege Stöttner, bei der namentlichen Abstimmung. Daran werden wir messen, was Sie wirklich wollen und was Sie den Menschen draußen in Zeitungsartikeln alles erzählen. Wir sind der festen Überzeugung, dass das, was wir Ihnen in unserer Begründung an Rechtsgrundlagen mitliefern, ausreichend ist, dass die Bayerische Staatsregierung die Bezirksregierungen anweisen kann, die Aussaat jetzt noch zu verhindern. Die Möglichkeit besteht noch, weil der Mais gerade erst am Beginn der Aussaat ist, wenn überhaupt, weil die Witterung das zum Teil gar nicht hergibt. Manche haben schon ausgesät. Aber wenn man genau hinschaut, wer MON 810 ausgesät hat: keiner. Und dort, wo es möglich wäre, kann man es unterbinden, es ist nur eine Frage der Glaubwürdigkeit. Bisher haben Sie ja immer gesagt: Wir können es nicht verbieten. Jetzt weisen wir Ihnen einen Weg, wie man es verbieten kann,

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

und jetzt sind wir gespannt, was Sie machen. Wir wollen die Nagelprobe machen: Wie halten Sie es mit der Wahrheit? Sie erzählen landauf, landab, Sie würden ja. Da gibt es einen Meinungswandel, den wir begrüßen. Probieren wir es doch einmal aus. Wenn das, was wir und die Juristen meinen, nicht trägt, dann lassen wir uns beanstanden. Aber warum haben Sie sonst immer den Mut, und ausgerechnet bei einer solch existenziellen Frage wie

Natur und Bayern verlässt Sie manchmal der Mut? Da wollen wir Ihnen mit diesem Antrag helfen.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Sie sind ja scheinheilig!)

Das Europarecht lässt es zu, das ist eindeutig.

(Christian Meißner (CSU): Das ist kühn!)

Das deutsche Recht lässt es ebenfalls zu in der Konstruktion, in der wir uns bei MON 810 – das sage ich ausdrücklich dazu – im Moment befinden. Ich glaube nicht, dass das Augsburger Urteil, in dem es im Kern eigentlich um ganz andere Dinge ging, dazu herhalten kann, dass es nicht gehen soll. Juristen sagen, das Augsburger Urteil hat eine ganz andere Verbindung, das hat mit dem Thema MON 810 als solchem nichts zu tun. Deswegen werbe ich so dafür.

Kolleginnen und Kollegen, es ist die Möglichkeit und Chance, dass der Bayerische Landtag in dieser entscheidenden Frage auch einmal ein Zeichen setzt, von dem wir sagen: Es ist ohne Risiko. Sie werden möglicherweise wieder Kautelen finden. Aber lassen Sie es uns doch riskieren. Lassen Sie es uns auf der Argumentationsgrundlage unseres Antrags riskieren, dass wir Recht bekommen. Dann ist es gut für Bayern, für die Landwirtschaft, und Sie sind mit uns zusammen in Ihrer Argumentation bestätigt: Wir würden gern. Wir würden nicht nur gern, sondern wir wollen, und jetzt wollen wir Sie mitnehmen, dass Sie auch mitmachen. Wir glauben nämlich, dass das Verbot berechtigt ist, aufgrund der Untersuchungen, die es inzwischen gibt, und dass die Erteilung der Rechtsgrundlage, die damals im Übrigen in Frankreich getroffen und wieder zurückgezogen wurde aufgrund von neuen Erkenntnissen, nun möglich wäre und sicherstellen würde, dass nicht etwas passiert, was wir alle nicht wollen.

Wir sagen, es gehört auch nicht in den Freilandversuch, bis geklärt ist, dass es sicher ist. Es kann nicht sein, dass wir ein Pokerspiel mit der Natur spielen, bei dem eine Rückholbarkeit vielleicht nicht mehr möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Deswegen unsere eindringliche Bitte: Machen Sie mit, lassen Sie es uns probieren. Lassen Sie uns kein zu großes Risiko eingehen.

Sie haben inzwischen selbst Ihre Zweifel. Das geben Sie in Gesprächen zu, und man sieht es auch am Abstimmungsverhalten vieler Kollegen im Umweltausschuss und im Landwirtschaftsausschuss, die sich inzwischen der Stimme enthalten, dass Zweifel da sind. Lassen Sie diese Zweifel nicht einfach stehen, sondern helfen Sie den Kollegen in der Landwirtschaft, die voll unter Druck stehen von ihren Landwirten, die sich nach Jahrhunderten aus der Leibeigenschaft befreit haben

(Christian Meißner (CSU): So ein Krampf!)

und die nun in eine neue Leibeigenschaft in Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen geführt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Meißner, wir meinen es wirklich ernst. Wir meinen, wir hätten hier eine Chance, ein deutliches Signal zu setzen. Dann verstehe ich aber nicht, warum Sie dieses Signal nicht mittragen, obwohl in Ihren Reihen die Zweifel immer mehr werden.

(Christian Meißner (CSU): Wenn Sie mich zu Wort kommen lassen, dann erkläre ich es Ihnen!)

Jeder von Ihnen trägt seine Zweifel in sich bei dieser Frage, und das ist gut so. Das heißt, dass Sie sich in der letzten Zeit mit dem Thema noch einmal beschäftigt haben. Wir wollen Ihnen nicht vorwerfen, dass da Wahlen eine Rolle spielen. Nein, ich glaube an die Ernsthaftigkeit und an die Erkenntnis, dass das Land Bayern dieses Zeug nicht braucht.

Lassen Sie uns also dafür sorgen, dass wir mit diesem Rechtskonstrukt, das wir Ihnen aufzeigen, einen gemeinsamen Weg beschreiten. Wenn Sie jetzt sagen: Forschung und was da meistens kommt, dann sage ich Ihnen: Lassen Sie uns in Labors forschen, in der Sicherheit der Abgeschlossenheit. Sie können Labors heute auch in der Größenordnung bauen, die dafür notwendig sind ich will Ihnen auch dieses Argument gleich zerlegen, das da meistens kommt.

Es gibt für alles ein Für und ein Wider. Aber in der Frage, wo Sie bisher immer gesagt haben, Sie würden es ja verbieten, wenn Sie könnten, versuchen wir Ihnen einen Weg zu zeigen, der juristisch nach unserer Meinung sauber und abgesichert ist. Wenn Sie den verweigern, stellt sich uns die Frage, wie glaubwürdig Sie in Ihrer Aussage wirklich sind.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das wollen wir heute auf den Prüfstand stellen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißner.

**Christian Meißner (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das große Anliegen, dass wir da die Kirche im Dorf lassen. Wenn der Kollege Wörner die Stirne rhetorisch und auch tatsächlich – das sieht man bei ihm so schön – in Falten legt, dann können wir das so nicht ganz stehen lassen.

Die SPD fordert, dass wir den Anbau von MON 810 auf staatlichen Flächen sofort beenden. Ich bilde mir ein, dass ich mir im Gegensatz zu Ihnen vertiefte Gedanken gemacht habe. Das bedeutet, dass Sie die Sicherheit und die Grundlagenforschung außen vor lassen wollen. Darauf komme ich gleich zurück.

Was den Anbau auf privaten Flächen und den juristischen Streit darüber betrifft, den Sie angedeutet haben, verweise ich auf unseren Staatssekretär Huber, der dazu sprechen will.

Politisch sage ich Ihnen eines: Sie haben die Forderung des Kollegen Brunner und von mir vernommen: Wir sagen, auch zu unserem Landwirtschaftsminister Josef Miller: Wir wollen in diesem Frühjahr bei den Landessortenversuchen keinen zusätzlichen Anbau. Wir wollen aber ganz ausdrücklich – und sagen das als Fraktion zu unserem Minister –, dass wir beim Langfristanbau und bei der Forschung, die wir seit sieben, acht Jahren betreiben und wo wir noch zwei Jahre brauchen, bis Erkenntnisse vorliegen, auf die wir lange Jahre gewartet haben, was auch hier im Haus fraktionsübergreifend so gesehen worden ist, im Geschäft bleiben. Das Problem ist also auf der Seite der SPD-Fraktion die unseriöse Auseinandersetzung mit der Thematik. Alle Fraktionen haben diesen Langfristanbau mitgetragen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie bitte? – Gegenruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU): Schauen Sie mal nach!)

Diese unkontrollierte Produktion hat ihren Preis, und das werde ich Ihnen gleich beweisen.

Ich möchte hinweisen auf den Antrag Drucksache 15/1298 von der SPD von Ende Juni 2004. Da beantragen Maget, Lück und Fraktion:

... im Rahmen des auf staatlichen Versuchsfeldern vorgenommenen Anbaus von BT-Mais die wissenschaftliche Begleitforschung dahingehend auszuweiten, dass ein in der Versuchsanstalt für Tierernährung in Grub vorzunehmender Langzeit-Fütterungsversuch mit dem gentechnisch veränderten Mais vorzunehmen und einzu beziehen ist.

(Henning Kaul (CSU): Hört hört!)

Wenn sich einer hier herstellt, muss er schon sagen, wie Sie bis jetzt argumentiert haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist doch kein Freilandanbau!)

Antrag Nummer zwei: Drucksache 15/6049, ein hervorragender Antrag unserer Fraktion, zugestimmt von der SPD-Fraktion.

Das ist schon wichtig. Mit ihm wollen wir die Forschung im Bereich der Bienen beibehalten und auch vertiefen. Die

SPD hat das damals auch so gesehen. Dann war die SPD im Juli 2006 mit der Drucksache 15/5931 auch selbst am Werk. Darin wird noch einmal ausdrücklich aufgefordert, wegen der Bienen-, Honig- und Pollenproblematik weiter zu forschen und alle Erkenntnisse bezüglich des BT-Maises mit einzubeziehen. Und jetzt kommt der Meister aller Klassen, Kollege Wörner. Er stoppt den Anbau total und sofort und verkündet in der Sitzung des Umweltausschusses – das Protokoll liegt vor –, nachdem er vorhin erst gefordert hat: Lasst uns im Labor weiterforschen. Der Kollege Wörner meint, der Antrag stelle auf eine dringend erforderliche Spitzenforschung ab. Nirgendwo seien gesichertere Erkenntnisse zu gewinnen als in der eigenen Versuchsanstalt und deshalb sei der Antrag aus seiner Sicht sinnvoll.

(Zuruf von der CSU: Gute Aussage!)

Ohne diese Forschung – so fährt er fort – werde eine Chance vergeben, Bayern an die Spitze zu bekommen, sofern dies gewollt sei.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Meißner, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Lück?

**Christian Meißner (CSU):** Ja, sie will das sicherlich bestätigen.

**Heidi Lück (SPD)** (von der Rednerin nicht autorisiert): Wenn Sie schon aus unseren Anträgen zitieren, bitte ich Sie, richtig und vollständig zu zitieren. In unseren Anträgen heißt es immer: Wenn die Versuche laufen, sollen diese auch dazu benutzt werden, die Fütterungsversuche und das Bienenmonitoring weiterzuführen. Wir haben nie verlangt, dass die wissenschaftliche Forschung von gentechnisch veränderten Organismen ausgeweitet wird. Das ist ein wichtiger Punkt und es ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

**Christian Meißner (CSU):** Das nehme ich zur Kenntnis, Frau Kollegin, wenn wir schon forschen, wollen Sie wenigstens bestimmen, wie.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD)

– So interpretiere ich das. Sie können es anders darstellen.

Rechtlich gesehen kann aus meiner Sicht der Anbau nur gestoppt werden, wenn entsprechende Risiken entstehen. Uns ist in der Debatte natürlich auch wichtig, ob etwa Bienen oder insbesondere auch Schmetterlinge von diesen Problemen berührt sind. Aber das Verwaltungsgerichtsurteil, auf dem Sie immer herumtrampeln, ist so eindeutig nicht. Wenn Sie dann noch hören, was Professor Schuphan in Aachen zum Besten gibt – das ist jemand, der bestimmt nicht in Verdacht steht, ständig für uns zu sprechen –, dann erkennen Sie, dass alle nationalen

und internationalen Literaturdaten eindeutig belegen, dass außerhalb von Feldern mit BT-Mais MON 810 mit einem breiten Streifen von zehn Meter keine MON 810 Pollenkonzentrationen erreicht werden, die die Schmetterlingspopulation schädigen könnten. Man könnte jetzt noch auf BT-Mais 176 eingehen, dort ist es natürlich weit problematischer. Aber BT-Mais 176 wird bei uns nicht angebaut.

Ein Wort noch zur immer wieder dargelegten Bienenproblematik. Auch hierzu habe ich die wissenschaftliche Debatte insbesondere in den USA verfolgt. Sie wird weitgehend zurückgeführt auf eingeschleppte Viren.

Abschließend noch einmal: Sie müssen sich schon vorhalten lassen, was ich Ihnen zu sagen habe. Ich möchte Ihnen empfehlen, nehmen Sie es demütig an und reden Sie sich nicht heraus. Im Übrigen machen auch wir uns Gedanken und haben deshalb unseren Landwirtschaftsminister aufgefordert, in diesem Jahr in dieser Sache ein Signal zu geben, keine neue Aussaat vorzunehmen. Zu den langfristigen Versuchen stehen wir aber ohne Wenn und Aber. Deswegen fällt es uns auch nicht schwer, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Antrag der SPD zu.

(Christian Meißner (CSU): Das überrascht!)

– Das überrascht Sie? Ich möchte doch nur kurz folgendes klarstellen: Sie versuchen uns immer wieder mit Ihrer Argumentation zu den Sortenversuchen unterzubuttern. Aber wir GRÜNEN haben immer gesagt, dass wir diese Sortenversuche für komplett überflüssig halten, denn wir sind überzeugt, dass der Anbau von MON 810 für die Landwirtschaft bzw. für die Bienen schädlich ist. Wir sprechen uns auch gegen die Bundessortenversuche aus und gegen eine Weiterführung der Langzeitbeobachtungen. Es gibt auch dazu inzwischen zahlreiche wissenschaftliche Ergebnisse. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese Erkenntnisse von wissenschaftlichen Universitäten anderer Bundesländer und auch anderer europäischer Länder in Bayern zur Kenntnis genommen werden, ebenso wie die Erkenntnisse, die aus den USA kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das, was die Resistenzentwicklung betrifft, sollte einmal zur Kenntnis genommen werden und auch das, was sich aus Ihrer eigenen Forschung in Bayern ergibt. Es gibt bereits gravierende Auswirkungen beispielsweise auch auf Nicht-Zielorganismen wie beispielsweise Schmetterlinge. Auch das ist schon angesprochen worden. Da zeigt sich, dass diese Gifte zum Beispiel aus MON 810 durchaus für die gesamte Umwelt schädlich sind.

In Punkt 2 wird gefordert, den Anbau von Genmais MON 810 auf privaten Flächen sofort zu verbieten. Wir haben die Rechtsmeinung dazu verfolgt und werden diesem Punkt zustimmen. Zumindest sollte man es versuchen. Wenn Bayern mutig ist, versucht es das und schaut, ob Widersprüche oder Klagen von Monsanto oder anderen Firmen kommen. Dieser Anbau bringt keinen Vorteil für die Landwirtschaft, sondern schädigt vielmehr deren Absatzmöglichkeiten, und wenn man die Auswirkungen auf die gesamte belebte Umwelt sieht, Wasser, Böden, Tier- und Pflanzenwelt, dann würde ich sagen: Sofort Stopp!

Ich erlaube mir abschließend aber trotzdem noch einmal eine kurze Bemerkung zur SPD. Ich habe nachgeforscht. Da gibt es den Antrag der Bundes-GRÜNEN auf der Bundestagsdrucksache 16/7835, in dem das Einfuhrverbot von gentechnisch verändertem Mais MON 810 und der Verkaufsstopp von MON 810-Saaten gefordert wird. Dieser Antrag wurde im Bundestag am 13.03.08, wie auch in allen vorbereitenden Ausschüssen, von der SPD abgelehnt. Wir hätten dadurch die Chance gehabt, auf Bundesebene diesen Anbau überhaupt zu verhindern, so ähnlich wie es in Frankreich, Griechenland, Polen oder anderen Ländern geschehen ist. Dass es dazu nicht kam, bedauere ich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso bedauere ich die Verschlechterung bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes. Aber darüber haben wir unsere Meinung auch schon ausgetauscht. Dennoch stimmen wir dem Antrag zu, weil wir überzeugt sind, dass sich Bayern nicht als einziges West-Bundesland exponieren muss, dass auf knapp 100 Hektar Genmais angebaut werden kann. Insofern ist der Antrag der SPD hilfreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Danke schön, Frau Kollegin. Nächste Rednerin: Frau Kollegin Sonnenholzner.

**Kathrin Sonnenholzner (SPD):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Paulig, unsere Anträge sind in den meisten Fällen hilfreich, nicht nur dieser hier.

Herr Kollege Meißner, und die anderen Kollegen von der CSU, ich möchte noch ein Wort zum Thema Fütterungsversuche sagen. Herr Meißner, ich unterstelle nicht, dass Sie nicht verstanden hätten, was Sie gelesen haben, vielmehr haben Sie bewusst durch Auslassungen die Unwahrheit über unsere Motivation verbreitet. Fakt ist doch, dass Sie den Antrag bezüglich des Anbaus auf staatlichen Flächen beschlossen haben und dass der dort angebaute Mais vernichtet worden wäre. Und zwei, drei Jahre später können Sie dann sagen, nach den internationalen Studien gibt es nun die Frage, was die Fütterung bei den Tieren bewirkt und jetzt sind noch einmal Anbauversuche zu machen, um diese Fütterungsversuche durchzuführen.

Der Mais für die Fütterungsversuche war bereits da. Wir haben gesagt, es ist sinnvoll, diese Versuche, die unter Laborbedingungen stattfinden, zu machen, da sie nicht mit den Problemen behaftet sind, wie sie bei der Freisetzung zu erwarten sind.

(Beifall bei der SPD)

Das haben wir damals beschlossen. Nicht mehr und auch nicht weniger. Das war eine sinnvolle Vorgehensweise im Gegensatz zu dem, was Sie in der CSU-Fraktion zu dem Thema bisher zustande gebracht haben. Das Spiel, das Sie jetzt hier zu spielen versuchen, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir sehen, dass sich die Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes in den Ausschüssen enthalten und draußen in den Landkreisen erzählen, dass sie mit Vehemenz für ein gentechnisch freies Bayern kämpfen, hier aber auf Tauchstation gehen und der Rest der Fraktion das tut, was er immer getan hat, nämlich nichts um ein gentechnisch freies Bayern zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Herr Kollege Wörner, Sie haben noch um das Wort gebeten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie viel Redezeit haben wir noch?)

Ich bin hier nur Ausführende.

(Ludwig Wörner (SPD): Sachwalterin!)

Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Meißner, Erkenntnisprozesse dauern beim einen ewig und bei manchen geht es schnell.

(Thomas Kreuzer (CSU): Bei manchen nie!)

Sie gehören zu der Sorte, die Gefährdungspotenziale ewig mit sich herumschleppen oder herumtragen, zwar gerne darüber reden, aber nicht erledigen.

(Christian Meißner (CSU): Wäre es nicht redlich gewesen, auf die Anträge vorher hinzuweisen?)

– Ich werbe dafür, dass wir diesen Weg versuchen. Wo Ihr Problem ist, verstehe ich nicht, muss man auch nicht verstehen. Sie dürfen manchmal nicht so, wie Sie wollen. Aber das ist Ihr Problem, nicht meines. Wenn hier gesagt wird, man hätte im Bund etwas verhindern können, Frau Kollegin Paulig, da geht es uns manchmal so wie Ihnen und manch anderem auch hier im Haus, dass wir uns als Parlamentarier für Bayern verpflichtet fühlen und deswegen bayerische Entscheidungen treffen. Da geht es Ihnen nicht anders wie uns.

Ein Zweites möchte ich schon noch mal deutlich machen. Herr Kollege Meißner, Sie haben ein Protokoll zitiert, wonach ich „Forschung“ gesagt habe. Richtig. Aber das steht nicht drin: Freiland oder Labor. Das haben Sie nicht gelesen.

(Susann Biedefeld (SPD): Genau!)

Darauf möchte ich Sie schon aufmerksam machen. Heute zu sagen, dass es meine Meinung schon immer war, dass man solche Dinge auch im Labor erforschen kann – –

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

– Der Redebeitrag ist entscheidend. Darüber sind wir uns doch einig.

Dann darf ich Ihnen noch etwas sagen. Wenn gesagt wird, wir stellen die Landessortenversuche ein, so ist das wunderschön. Aber das dient doch nur dazu, den Leuten draußen, die diese Feinheiten nicht beherrschen, Sand in die Augen zu streuen. Darum sagen Sie das so. Stehen Sie doch endlich dazu, dass wir das Zeug nicht brauchen. Dann ist das Thema erledigt. Ich kann gerne aus der „Chiemgau-Zeitung“ zitieren, wo das Chiemgauer Landtagsabgeordnete breitgetreten haben.

(Christian Meißner (CSU): Liegt mir vor! – Klaus Stöttner (CSU): Die liegt allen vor!)

Sie und der Kollege Ranner waren zitiert, dass Sie das nicht mehr haben wollen. Und hinten steht dann: „Darum haben wir die Landessortenversuche verboten.“ Damit wollen Sie den Leuten, die nicht so tief im Geschäft sind, suggerieren, Sie seien dagegen. Dann stimmen Sie halt dagegen. Dann haben wir überhaupt kein Problem und überhaupt keinen Dissens, wenn Sie heute dazu Ja sagen. Sie sollten aber irgendwann einmal dazu stehen, was Sie draußen verkünden und nicht nebelwerferartig Dinge verbreiten, mit denen Sie in der Hoffnung leben, dass es nicht alle verstehen.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Wörner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stöttner?

**Ludwig Wörner (SPD):** Nein, er kann dazu gerne selber reden.

(Georg Schmid (CSU): Klaus, er ist unsicher, er weiß es nicht genau! – Christian Meißner (CSU): Aber wenn man selber Dreck am Stecken hat, dann muss man doch darauf hinweisen, Herr Kollege!)

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, Sie können uns doch nicht unterstellen, dass wir gar nichts wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Den Laborversuchen in Grub haben wir zugestimmt, weil es Laborversuche sind. Da darf ich Ihnen auch etwas sagen: Warum hat man denn die Tiere fast panikartig zu früh geschlachtet? Können Sie uns das erklären, warum viele dieser Tiere geschlachtet worden sind, bevor der Versuch überhaupt abgeschlossen war? Hat das eine Ursache? Oder hat man da geschludert, oder worum ist es da gegangen? Wir können gerne weiterhin Versuche machen, aber dann sollte man das, wie Sie fordern, zu Ende führen und nicht vorher abbrechen, weil man die Viecher halt vorher schlachtet. Das ist keine Art des Versuchs. Darum stelle ich Ihre Redlichkeit und Erfahrung mit Versuchen auch in Zweifel.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

– Ja Moment, Laborversuche. Das ist ein kleiner Unterschied zu Ihnen. Herr Kollege Meißner, noch einmal:

(Susann Biedefeld (SPD): Das hat doch keinen Wert!)

Sie haben doch die Möglichkeit, das, was Sie verkünden, mit uns zu tragen. Machen Sie es doch! Dann muss der Kollege Stöttner und müssen einige andere sich in Zukunft nicht mehr der Stimme enthalten und dürfen draußen allen erzählen, dass sie dagegen sind, ohne Gefahr zu laufen, dass ihnen das Gegenteil bewiesen wird. Was mit Sicherheit diesmal passiert. Denn das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, dass Sie draußen den Leuten in Ihrer Angst, nicht mehr gewählt zu werden, etwas erzählen, was Sie hier durch Ihr Abstimmungsverhalten konterkarieren.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Stöttner. Herr Kollege Wörner, darf ich Sie noch mal bitten?

(Georg Schmid (CSU): Jetzt muss er doch raus! Das hätte er gleich so haben können, dann wäre es billiger gewesen!)

**Ludwig Wörner (SPD):** So billig geht's bei Ihnen gar nicht.

**Klaus Stöttner (CSU)** (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Wörner, ich erwarte natürlich von meinen Kollegen der Opposition, dass sie sich ordentlich informieren. Ich bitte Sie, bei den in der Zeitung veröffentlichten Berichten nicht nur die Überschriften zu lesen, sondern auch den letzten Absatz. Da haben wir als bayerische Abgeordnete für den Chiemgau ganz deutlich gesagt, dass wir den Langzeitversuch, der nächstes und übernächstes Jahr noch läuft, für gut halten und dass er fertig gemacht werden soll. Wir mogeln uns nicht heraus. Ihre populistischen Andeutungen, wir würden draußen den Leuten nach dem Mund reden, damit es für sie positiv dargestellt wird – –

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Frau Paulig hat es vorhin richtig gesagt, dass Sie im Bund genauso hätten Einfluss nehmen können. Das lassen wir uns von Ihnen wirklich nicht gefallen, Herr Wörner, dass Sie falsch zitieren. Lesen Sie unsere Berichterstattung von A bis Z, von vorne bis hinten, damit Sie richtig argumentieren können.

(Christian Meißner (CSU): Lesen und lernen!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Wörner, wollen Sie darauf antworten?

**Ludwig Wörner (SPD):** Selbstverständlich möchte ich darauf antworten. Natürlich haben wir den Bericht genau gelesen. Wenn Sie sorgfältig zugehört hätten, aber dazu sind Sie viel zu aufgeregt, das kann ich auch verstehen --

Ich muss Ihnen sagen, Sie haben geschrieben: Wir brauchen das nicht und wir wollen das nicht – gentechnisch veränderten Mais. Sie haben geschrieben, die Landesortenversuche werden eingestellt und in einem Nebensatz am Schluss erwähnt, dass Sie die Langzeitversuche fortführen wollen.

(Klaus Stöttner (CSU): Ganzer Absatz: Forschung brauchen wir in Deutschland und in Bayern!)

Sie versuchen, den nicht so genau im Detail Bescheid wissenden Menschen Sand in die Augen zu streuen. Darum habe ich das so gesagt, genau so habe ich das formuliert. Lesen Sie das nach.

Und was den Bund angeht: Die SPD Bayern hat einen klaren Beschluss, den wir im Bund umzusetzen versucht haben. Das ist uns nicht gelungen. Das wollen wir gar nicht bestreiten oder schönreden. Wir haben in der bayerischen SPD den Beschluss, dass das, was wir hier machen, vollzogen wird. Die Fraktion hat diesen Beschluss mitgetragen. Denn alleine macht bei uns keiner einen Antrag. Das ist ähnlich wie bei Ihnen auch.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Schwache Antwort!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Das Wort hat Herr Staatsminister Miller. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle noch einmal unsere Haltung dar. Wir empfehlen den Anbau gentechnischer Pflanzen nicht,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

erstens, weil die Sorten keinen nennenswerten Vorteil für Landwirte und Verbraucher bieten und zweitens wegen der möglichen Haftungsfälle. Landwirte haften nach dem neuen Gentechnikgesetz gesamtschuldnerisch und verschuldensunabhängig. Wir gehen einen eigenen bayeri-

schen Weg, indem wir die Versuche auf das unbedingt notwendige Maß zurückführen, aus zwei Gründen: Erstens, weil wir sagen, dass der Versuchsanbau von staatlicher Seite gemacht werden muss. Wir machen fast nur noch Sicherheitsversuche, weil die Langzeiterfahrungen fehlen. Es war Frau Künast, die MON 810 in Deutschland zugelassen und eingeführt hat. Das ist die erste Feststellung.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Und zweitens, ich wundere mich, mit welcher Gelassenheit der Abgeordnete hier zitiert. Ich könnte reihenweise Abgeordnete von Ihnen zitieren, die sich hier an dieser Stelle für den Versuchsanbau ausgesprochen haben. Das wäre kein Problem. Lesen Sie es selber nach. Wenn Sie sagen, Sie wollen Gefahren abwenden, vor vier Wochen hat die Bundestagsfraktion einen Antrag der GRÜNEN abgelehnt. Warum reden Sie hier mit zwei Zungen? Schauen Sie in Deutschland, wer beim Anbau von Genmais an erster Stelle steht. Das ist das Land Brandenburg mit 1963 Hektar. Der Landwirtschaftsminister kommt von der SPD.

Den zweiten Platz belegt Sachsen – da ist die SPD mit an der Regierung – mit 1025 Hektar. Dann kommt Mecklenburg-Vorpommern – der Minister ist von der SPD – mit 988 Hektar. Selbst dort, wo der Parteivorsitzende zu Hause ist, in Rheinland-Pfalz, betreibt die dortige Landesregierung nicht auf 1,9 Hektar Versuchsanbau wie wir, sondern auf 2,7 Hektar.

Herr Wörner, ich sage Ihnen, Sie nehmen das selbst nicht ernst. Sie zeigen, dass Sie nirgendwo ernst genommen werden. Sie nehmen sich selbst nicht ernst und werden in Ihrer eigenen Partei auch nicht ernst genommen. Schicken Sie denen doch einmal die Ergebnisse zu, die Sie hier an die Wand malen, damit das übernommen wird. Helfen Sie dort mit, wo Ihre Kollegen auf nahezu 2000 Hektar tätig sind, dass dort zurückgeführt wird und nicht bei uns, wo wir uns auf das geringste mögliche Maß zurückgezogen haben.

Ich fasse zusammen: Dort, wo die SPD regiert, wird Gentechnik am meisten ausgebracht.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächster Redner: Herr Staatssekretär Dr. Marcel Huber.

(Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hören bitte dem Herrn Staatssekretär zu.

**Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich würde mich zwar gerne mit der freundlich gemeinten juristischen Ausarbeitung im Detail befassen, muss den Sachverhalt aber aus Zeitgründen knapp zusammenfassen. Ich biete der SPD aber an, diese Dinge mit mir im Detail bilateral zu erörtern.

Ich will kurz zusammenfassen: Die Bewertung der juristischen Sachverhalte, die Sie in Ihrer Begründung geschildert haben, ist durchaus korrekt. Sie kommen jedoch an einer Stelle zu einer falschen Schlussfolgerung. Es geht darum, dass bei der Möglichkeit, dass der Freistaat Bayern ein Verbot bei einem Verstoß gegen Gentechnikrecht verhängt, nur ein fallweises Verbot möglich ist. Dieses fallweise Verbot des Anbaus wird zum Beispiel dann verhängt, wenn ein einzelner Landwirt sich nicht in das Standortregister einträgt, sich nicht an Abstände hält oder verunreinigtes Saatgut ausbringt. Dann können wir so etwas machen.

Zu versuchen, mit dem Hinweis auf die Untersuchungen der Einwirkungen von Bt-Mais auf Bienen in Halle-Jena pauschal einen bayernweiten Fall zu konstruieren, ist nicht korrekt. Ich darf darauf verweisen, dass es viele andere namhafte Untersuchungen gibt, die für das Bienensterben ganz andere Ursachen finden.

Aus diesem Grund möchte ich zurückweisen, dass eine Möglichkeit für Bayern bestünde, ein Verbot auszusprechen. Diese Möglichkeit besteht rechtskonform nur dann, wenn ein Einzelfall vorliegt und ein Verstoß gegen das Gentechnikrecht im Einzelfall besteht. Eine Ausweitung auf einen bayernweiten Fall, der sich auf die Bienen bezieht, ist nicht möglich.

Sie haben vorhin von „Sand in die Augen streuen“ gesprochen. Wir können auf dieser Rechtsgrundlage kein flächendeckendes Verbot für Bayern aussprechen. Das wäre anders, wenn wir vom EU-Recht her die Möglichkeit hätten, für eine einzelne Region ein Verbot auszusprechen. Diese Möglichkeit besteht aber nicht. Aus diesem Grund kann ich Ihnen vonseiten der Staatsregierung nur empfehlen, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU):  
Das tun wir auch!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Damit ist die Aussprache geschlossen. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich lasse aber jetzt noch nicht über den Antrag abstimmen, sondern rufe noch weitere Tagesordnungspunkte auf und lasse erst gegen 20 Uhr abstimmen. Im Einvernehmen mit den Fraktionen werden die restlichen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 15/10460, 10461, 10462 und 15/10463 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen noch die Erste Lesung von Gesetzentwürfen auf den Weg bringen, damit sie an die Ausschüsse verwiesen werden können. Wir haben bis 20 Uhr eingeladen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse verwiesen werden sollen:**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 15/10390)**  
**vorgeschlagene Federführung:**  
**Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (Drs. 15/10392)**  
**vorgeschlagene Federführung:**  
**Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur**

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit dem als jeweils federführend angesehenen Ausschuss aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung.

Wer mit der Überweisung der Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Die Gesetzentwürfe werden damit den genannten Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufe-Kammergesetzes (Drs. 15/9461)**  
**– Zweite Lesung –**

Es findet hierzu keine Aussprache statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/9461 und die Empfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik auf Drucksache 15/10420 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 15/10420.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vom Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufe-Kammergesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 5)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Dürr, Scharfenberg und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend „Szenario zur Reduktion der Klimagase bis 2020 in Bayern“, Drucksache 15/10457, bekannt. Mit Ja haben 38 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 89 gestimmt. Stimmenthaltungen

gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt namentlich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 15/10459. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten sind vorgesehen. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

(Namentliche Abstimmung von 19.49 bis 19.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beende den Wahlgang. Die Stimmen werden ausgezählt. Dafür unterbreche ich die Sitzung.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 9. April 2008 Herrn Kollegen Schieder zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt hat. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme. – Kollege Schieder ist nicht mehr da, sodass ich ihm nicht gratulieren kann.

(Unterbrechung von 19.55 bis 19.57 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wörner, Biedefeld und anderer und Fraktion SPD betreffend „Anbau von Genmais MON 810 sofort beenden bzw. verbieten“, Drucksache 15/10459, bekannt. Mit Ja haben 33 gestimmt, mit Nein 69. Stimmenthaltungen gibt es 5. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank denjenigen, die bis zuletzt hier geblieben sind.

(Schluss: 19.58 Uhr)

## Zu Tagesordnungspunkt 4

## Teil I

**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder, Johanna Werner- Muggendorfer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Tätigkeiten und Aufgaben des ehemaligen Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit seinem früheren Amtsverhältnis als Ministerpräsident  
(Kap. 02 01)  
(Drs. 15/9881)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayerische Filmförderung  
(Kap. 02 03 TG 70 – 72)  
(Drs. 15/9882)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayerische Medienförderung  
(Kap. 02 03 TG 80 – 86)  
(Drs. 15/9883)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 5 der vier Polizeihauhalte für gestiegene laufende Betriebskosten  
(Kap. 03 03 neue TG)  
(Drs. 15/9884)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 8 der vier Polizeihauhalte für dringend notwendige Sachinvestitionen  
(Kap. 03 03 neue TG)  
(Drs. 15/9885)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Neue Stellen für Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sowie neue Anwärterstellen für den Verbraucherschutz zur Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit; neue Stellen zur Behebung des Personalnotstands bei den unteren Naturschutzbehörden; Stellenhebungen bei den Lebensmittelkontrolleuren sowie für Beamte der unteren Naturschutzbehörden; Stellen für den Aufbau einer Sonderkommission für Lebensmittelsicherheit beim BLKA  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, Kap. 03 09 Tit. 422 21, Kap. 03 17 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9886)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Neue Stellen für die Polizei zur Stärkung der Inneren Sicherheit; Vorziehen der vorgesehenen Stellenhebungen bei der Polizei; Stellenhebungen bei den Tarifbeschäftigten bei der Polizei  
(Kap. 03 17 Tit. 422 01, Kap. 03 18 Tit. 422 01, Kap. 03 20 Tit. 422 01, Kap. 03 21 Tit. 422 01, Kap. 03 17 Tit. 425 01, Kap. 03 18 Tit. 425 01, Kap. 03 20 Tit. 425 01, Kap. 03 21 Tit. 425 01)  
(Drs. 15/9887)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Vorsorgekuren  
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)  
(Drs. 15/9888)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sprachkurse  
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 02 neuer Titel)  
(Drs. 15/9889)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Rainer Volkmann u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Landesmittel zur sozialen Wohnraumförderung (Neubewilligungen)  
(Kap. 03 64 TG 65 – 69)  
(Drs. 15/9890)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Volkmann, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Städtebauförderung stärken  
(Kap. 03 65 TG 61 – 69)  
(Drs. 15/9891)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bau von Radwegen an Staatsstraßen  
(Kap. 03 80 neuer Titel)  
(Drs. 15/9892)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Neue R 1-Stellen und Stellen für den Justizvollzug zur Behebung der Personalnot in der Justiz  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Kap. 04 05 Tit. 422 21)  
(Drs. 15/9893)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erprobung des Vollzugs der Jugendstrafe außerhalb von Jugendstrafvollzugsanstalten  
(Kap. 04 04 neuer Titel)  
(Drs. 15/9894)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Täter-Opfer-Ausgleich, Gemeinnützige Arbeit, Weisungen nach dem JGG, Projekte zur Vermeidung von U-Haft  
(Kap. 04 04 neuer Titel)  
(Drs. 15/9895)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Straftatlassenenhilfe  
(Kap. 04 04 neuer Titel)  
(Drs. 15/9896)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Vollzug des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes  
(Kap. 04 05 neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/9897)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten  
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, Tit. 633 84, TG 73 – TG 79)  
(Drs. 15/9898)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Bildung in der Jugendarbeit sichern  
(Kap. 05 04 TG 89)  
(Drs. 15/9899)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände  
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)  
(Drs. 15/9900)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Vereinspauschale  
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)  
(Drs. 15/9901)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Vereinseigener Sportstättenbau  
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)  
(Drs. 15/9902)

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Lebenslanges Lernen realisieren  
(Kap. 05 05 TG 81 und TG 82)  
(Drs. 15/9903)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Wohnortnahe Schule  
(Epl. 05 neues Kap.)  
(Drs. 15/9904)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen  
(Kap. 05 12, Kap. 05 18, Kap. 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule jeweils Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9905)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Beförderungsämter für Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Volksschulen und staatlichen Realschulen  
(Kap. 05 12 und Kap. 05 18 jeweils Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9906)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Mehr pädagogisches Personal und Verwaltungspersonal für alle Schularten  
(Kap. 05 12 – Kap. 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule jeweils Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9907)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Schulsozialarbeit  
(Kap. 05 12, Kap. 05 15, Kap. 05 18 und Kap. 05 19 jeweils neuer Titel)  
(Drs. 15/9908)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayern, aber gerechter  
Keiner darf verloren gehen – Bildungsmilliarde für Bayern!  
Innovationsmittel Innere Schulentwicklung  
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule jeweils neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/9909)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Stärkung der Finanzämter für einen gerechten Steuervollzug  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9910)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Keine Finanzierung von EU-Gremien aus dem Etat der Staatskanzlei  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9923)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kürzung der Mittel für repräsentative Verpflichtungen der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
(Drs. 15/9924)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Keine Förderung lokaler und regionaler Privatfernsehangebote aus dem Staatshaushalt  
(Kap. 02 03 TG 80 – 86)  
(Drs. 15/9925)

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verbesserte Stellensituation in den Landratsämtern  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9926)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verbesserter Verbraucherschutz  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9927)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern um 150 Stellen  
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)  
(Drs. 15/9928)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung  
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)  
(Drs. 15/9929)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kürzung und Umschichtung der Ausgaben im Staatsstraßenbau  
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)  
(Drs. 15/9930)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zusätzliche Mittel für Personal in der Justiz  
(Kap. 04 04, Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9931)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9932)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Ausbau der Sozialtherapie  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9933)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Umstellung auf Biomassenutzung in Justizvollzugsanstalten  
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)  
(Drs. 15/9934)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kommunen für die Aussetzung des Büchergeldes entschädigen  
(Kap. 05 03 Tit. 633 88)  
(Drs. 15/9935)
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Keine Kürzung der Mittel für die neue Landes-  
schülervertretung  
(Kap. 05 04 Tit. 533 02)  
(Drs. 15/9936)
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren: Schulsozialarbeit ausbauen  
(Kap. 05 04 neuer Titel)  
(Drs. 15/9937)
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren: Mittel für den Breitensport erhöhen  
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)  
(Drs. 15/9938)

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren:  
Gestrichene Stellen an die Grund- und Hauptschulen zurückgeben  
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)  
(Drs. 15/9939)
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren: Mehr Lehrerinnen und Lehrer für Förderschulen  
(Kap. 05 13 Tit. 425 14-3)  
(Drs. 15/9940)
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren: Budgetlücke an den Berufsschulen schließen  
- Aufbruch in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse  
(Kap. 05 15 Tit. 425 14)  
(Drs. 15/9941)
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren:  
Ein neuer Lehrer für jede Realschule  
- Aufbruch in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse  
(Kap. 05 18 Tit. 425 14)  
(Drs. 15/9942)
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren:  
Ein neuer Lehrer für jedes Gymnasium  
- Aufbruch in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse  
(Kap. 05 19 Tit. 425 14)  
(Drs. 15/9943)
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Fehler der Vergangenheit reparieren: Planstellen für Verwaltungsangestellte unverzüglich besetzen  
(Kap. 05 12 – Kap. 05 19 Tit. 425 01)  
(Drs. 15/9944)
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung  
(Kap. 06 02 Tit. 461 01; Kap. 06 05 Tit. 422 21, 422 01)  
(Drs. 15/9945)
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die Regionale Wirtschaftsförderung – Bessere Breitbandversorgung für alle Regionen in Bayern  
(Kap. 07 04 TG 72)  
(Drs. 15/10039)
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kürzung der Zuschüsse und sonstiger Ausgaben zur Fremdenverkehrswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs – Keine Förderung weiterer Schneekanonen in Bayern  
(Kap. 07 04 TG 78)  
(Drs. 15/10040)
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kürzung der Zuschüsse und sonstiger Ausgaben zur Fremdenverkehrswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs  
(Kap. 07 04 TG 78)  
(Drs. 15/10041)
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung des Radverkehrs  
(Kap. 07 05 neuer Titel)  
(Drs. 15/10042)

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Einführung eines Sonder-GVFG für kommunale Radverkehrsinvestitionen  
(Kap. 07 05 neuer Titel)  
(Drs. 15/10043)
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugunwesens beenden  
(Kap. 07 05 TG 74)  
(Drs. 15/10044)
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr  
(Kap. 07 07 Tit. 883 01, Tit. 883 02 und Tit. 892 05)  
(Drs. 15/10046)
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Forschungsprogramm Landwirtschaft und Klimaveränderungen  
(Kap. 08 03 neue TG)  
(Drs. 15/10047)
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittel für Öffentlichkeitsarbeit zur Implementierung von Wildtiermanagement  
(Kap. 12 04 TG 72)  
(Drs. 15/10048)
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittel zur Umsetzung der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie  
(Kap. 12 04 TG 75)  
(Drs. 15/10050)
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Management-Pläne für Natura 2000 Gebiete  
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)  
(Drs. 15/10051)
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie  
(Kap. 12 77 TG 82)  
(Drs. 15/10052)
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die Frauenförderung  
(Kap. 15 03 Tit. 429 90)  
(Drs. 15/10053)
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die nichtstaatlichen Theater  
(Kap. 15 05 TG 73)  
(Drs. 15/10054)
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Anpassung der Bauunterhaltungsmittel für die Hochschulen an den tatsächlichen Bedarf  
(Kap. 15 06 Tit. 519 01)  
(Drs. 15/10055)
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die bayerischen Studentenwerke  
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)  
(Drs. 15/10056)
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Konsolidierung und Ausbau der Hochschulen  
(Kap. 15 06 neue TG)  
(Drs. 15/10057)

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege  
(Kap. 15 74 TG 74 und 75)  
(Drs. 15/10058)
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Hildegard Kronawitter, Werner Schieder u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm  
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)  
(Drs. 15/10066)
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wiederaufnahme der ÖPNV-Busförderung  
(Kap. 07 05 neuer Titel)  
(Drs. 15/10067)
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Hildegard Kronawitter, Werner Schieder u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen im Energiebereich  
(Kap. 07 05 TG 75 – 76)  
(Drs. 15/10068)
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Landesmittel für Ausgleichszulagen für Betriebe in benachteiligten und nur schwer bewirtschaftbaren Gebieten  
(Kap. 08 03 Tit. 683 74)  
(Drs. 15/10070)
76. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittel für Zuschüsse zu den Verwaltungskosten forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse  
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)  
(Drs. 15/10074)
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für den Erwerb von Dienstfahrzeugen in der Forstverwaltung  
(Kap. 08 40 Tit. 811 01)  
(Drs. 15/10077)
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhte Mittel für den Erwerb von Geräten, Ausstattung und Ausrüstungsgegenständen bei der Forstverwaltung  
(Kap. 08 40 Tit. 812 01)  
(Drs. 15/10078)
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm, Erschwernisausgleich, Ausgleichzahlungen in Naturschutzgebieten  
(Kap. 12 04 TG 72)  
(Drs. 15/10080)
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Naturschutzregion „Grünes Band“  
(Kap. 12 04 TG 72)  
(Drs. 15/10081)
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Franz Schindler u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie  
(Kap. 12 08 TG 92)  
(Drs. 15/10082)
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Zuschuss an die Frauenakademie München e.V.  
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)  
(Drs. 15/10119)
83. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst  
(Kap. 15 05 TG 73)  
(Drs. 15/10120)

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.  
(Kap. 15 05 neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/10122)
85. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke  
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)  
(Drs. 15/10123)
86. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen  
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)  
(Drs. 15/10124)
87. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen  
(Kap. 15 06 neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/10125)
88. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten  
(Kap. 15 28 TG 73)  
(Drs. 15/10126)
89. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Erstmalige Einrichtung und Ausstattung von Räumen an Universitäten  
(Kap. 15 28 TG 75)  
(Drs. 15/10127)
90. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Fachhochschulen  
(Kap. 15 49 TG 73)  
(Drs. 15/10128)
91. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Erstmalige Einrichtung und Ausstattung an Fachhochschulen  
(Kap. 15 49 TG 75)  
(Drs. 15/10129)
92. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhaltung der Bodendenkmäler  
(Kap. 15 74 TG 74)  
(Drs. 15/10130)
93. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler  
(Kap. 15 74 TG 75)  
(Drs. 15/10131)
94. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Wissenschaftsoffensive statt Notprogramm Bayerische Staatsbibliothek  
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)  
(Drs. 15/10132)
95. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayernweit Jugendsozialarbeit an allen Schulen  
(Kap. 10 07 TG 74)  
(Drs. 15/10183)
96. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Rechtsextremismus bekämpfen – Aktive Demokratieverziehung leisten  
(Kap. 10 03 neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/10184)

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Behindertenhilfe: Ausreichende Investitionen  
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)  
(Drs. 15/10185)
98. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Unterstützung der Altenhilfe  
(Kap. 10 07 TG 71)  
(Drs. 15/10186)
99. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zusätzliche Mittel für Einrichtungen und die Jugendhilfe zur Jugendkriminalitätsprävention  
(Kap. 10 07 Tit. 633 74, Tit. 684 74)  
(Drs. 15/10187)
100. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Schneller Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder unter 3 Jahre – für ein kinder- und familienfreundliches Bayern  
(Kap. 10 07 TG 80 TG 89)  
(Drs. 15/10188)
101. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: BayKiBiG  
(Kap. 10 07 TG 87)  
(Drs. 15/10189)
102. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Einrichtung neuer heilpädagogischer Fachdienste für Kindertagesstätten  
(Kap. 10 07 TG 97 Tit. 633 97, Tit. 684 97)  
(Drs. 15/10190)
103. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zentrale Aufgabe: Integration  
(Kap. 10 50 Tit. 687 52)  
(Drs. 15/10191)
104. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Menschenwürdiges Wohnen  
(Kap. 10 53 Tit. 517 01, Tit. 518 01, Tit. 519 01, Tit. 633 01)  
(Drs. 15/10192)
105. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sozialbetreuung in Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerberinnen und -bewerber und Geduldete  
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)  
(Drs. 15/10193)
106. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Einrichtung von zwei Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus  
(Kap. 10 53 neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/10194)
107. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Investitionen in Hochschule und Forschung  
(Kap. 13 03 Tit. 883 05, neue Titelgruppe)  
(Drs. 15/10195)
108. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für die Kosten der Jugendhilfe  
(Kap. 13 10 Tit. 613 01, Tit. 883 03)  
(Drs. 15/10197)
109. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Überprüfung staatlicher Liegenschaften auf ihre Eignung für Fotovoltaik  
(Kap. 13 31 neuer Titel)  
(Drs. 15/10198)

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Programm zur Förderung von Wärmeverteilnetzen  
(Kap. 13 31 neuer Titel)  
(Drs. 15/10199)
111. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Programm zur Unterstützung regionaler Klimaschutzkoordinatoren  
(Kap. 13 31 neuer Titel)  
(Drs. 15/10200)
112. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien  
(Kap. 13 31 neuer Titel)  
(Drs. 15/10201)
113. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude  
(Kap. 13 31 TG 51 Tit. 519 51, Tit. 701 51, Tit. 710 51)  
(Drs. 15/10202)
114. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude  
(Kap. 13 31 Tit. 883 57)  
(Drs. 15/10203)
115. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung  
(Kap. 10 03 TG 73)  
(Drs. 15/10256)
116. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung  
(Kap. 10 05 TG 74)  
(Drs. 15/10257)
117. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
Landesplan für Menschen mit Behinderung  
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation  
(Kap. 10 05 TG 78)  
(Drs. 15/10258)
118. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen; psychologische Prävention  
(Kap. 10 05 TG 82)  
(Drs. 15/10259)
119. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Boutter, Christa Naaß u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG  
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)  
(Drs. 15/10260)
120. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Landesplan für Altenhilfe  
(Kap. 10 07 TG 71)  
(Drs. 15/10261)
121. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie  
(Kap. 10 07 TG 73)  
(Drs. 15/10262)
122. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe  
(Kap. 10 07 TG 74)  
(Drs. 15/10263)

123. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren  
(Kap. 10 07 TG 80)  
(Drs. 15/10264)
124. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege  
(Kap. 10 07 TG 89)  
(Drs. 15/10265)
125. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Tagespflege  
(Kap. 10 07 neue TG)  
(Drs. 15/10266)
126. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut  
(Kap. 10 07 neue TG)  
(Drs. 15/10267)
127. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude  
(Kap. 13 31 TG 51)  
(Drs. 15/10268)
128. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung der Geothermie  
(Kap. 13 31 TG 60)  
(Drs. 15/10269)
129. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Heidi Lück u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“  
(Kap. 13 31 TG 62)  
(Drs. 15/10270)
130. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Heidi Lück u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für das Waldumbauprogramm  
(Kap. 13 31 TG 72)  
(Drs. 15/10271)
131. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Heidi Lück u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen im Bergwald und Schutzwald  
(Kap. 13 31 TG 74)  
(Drs. 15/10272)
132. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für das Hochwasserschutzprogramm  
(Kap. 13 31 TG 76)  
(Drs. 15/10273)
133. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel  
(Kap. 13 31 TG 78)  
(Drs. 15/10274)
134. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittelbereitstellung für ein Programm „Attraktive kommunale Verkehrsangebote“  
(Kap. 13 31 neue TG)  
(Drs. 15/10275)
135. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittelbereitstellung für „Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen“  
(Kap. 13 31 neue TG)  
(Drs. 15/10276)
136. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittelbereitstellung für „Verbraucherinformation zu Klimaschutz im Verkehr“  
(Kap. 13 31 neue TG)  
(Drs. 15/10277)

137. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittelbereitstellung für „F + E Projekte Verkehrsökologie“  
(Kap. 13 31 neue TG)  
(Drs. 15/10278)
138. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Mittelbereitstellung für die Gründung und den Aufbau eines Forschungs- und Technologietransfer-Institutes für Kraftstoffsystematik an der Hochschule Coburg  
(Kap. 13 31 neue TG)  
(Drs. 15/10279)
139. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten  
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)  
(Drs. 15/10292)
140. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichte, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sanierung kommunaler Bäder  
(Kap. 13 10 neuer Titel)  
(Drs. 15/10293)
141. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Boutter, Werner Schieder u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Schwerpunkte Wirtschaft und Arbeit, Kinder, Bildung, Familie, Klimaschutz, Regionalförderung und staatliche Infrastruktur – Haushaltsausgleich 2008  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01, 425 01, 511 01, 517 01, 527 01, Kap. 07 05 Tit. 892 80, Kap. 10 07 TG 80, Kap. 13 04 Tit. 356 51, 356 54, Kap. 13 05 Tit. 831 75, Kap. 13 06 Tit. 181 05, 911 01)  
(Drs. 15/10294)
142. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Kein Euro mehr für den Transrapid  
(Kap. 07 05 Tit. 892 80)  
(Drs. 15/10309)
143. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Keine Kapitalerhöhung für die BayernLB aus staatlichem Vermögen  
(Kap. 13 05 Tit. 831 75)  
(Drs. 15/10349)

## Teil II

### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärten Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Investitionsmittel der Polizei  
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)  
(Drs. 15/9864)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Investitionsmittel der Polizei  
(Kap. 03 18 Tit. 812 99)  
(Drs. 15/9865)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm  
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)  
(Drs. 15/9866)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung von Staatsstraßen  
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)  
(Drs. 15/9867)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Peter Weinhofer, Dr. Helmut Müller u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Einzelplan 04  
(Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz)  
(Drs. 15/9868)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Blasius Thätter u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

- hier: Ausgaben für private Schulen zur sonderpädagogischen Förderung – Leistungen nach Art. 33 Abs. 3 BaySchFG  
(Härteausgleich; Kap. 05 03 Tit. 684 71)  
(Drs. 15/9869)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Aushilfslehrkräfte an Schulen  
(Kap. 05 04 Tit. 428 25)  
(Drs. 15/9870)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Reserl Sem u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung außerunterrichtlicher Leistungen von Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten an Schulen  
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)  
(Drs. 15/9871)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Peter Schmid u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens  
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)  
(Drs. 15/9872)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zuwendungen an Politische Stiftungen  
(Kap. 05 05 Tit. 684 06)  
(Drs. 15/9873)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Berthold Rüth u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung der Erwachsenenbildung  
(Kap. 05 05 TG 81 und 82)  
(Drs. 15/9874)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Karl Freller, Prof. Dr. Walter Eykmann u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sacharbeit der Landeszentrale für Politische Bildung  
(Kap. 05 06 Tit. 532 71)  
(Drs. 15/9875)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Verwaltungsangestellte an Schulen  
(Kap. 05 12, Kap. 05 15, Kap. 05 17, Kap. 05 18 und Kap. 05 19 Tit. 425 11)  
(Drs. 15/9876)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Franz Josef Pschierer, Engelbert Kupka u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung  
(Kap. 07 03 TG 60 – 61)  
(Drs. 15/10018)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Franz Josef Pschierer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm  
(Kap. 07 04 TG 72)  
(Drs. 15/10019)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Franz Josef Pschierer, Klaus Stöttner u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung  
(Kap. 07 04 TG 78)  
(Drs. 15/10020)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse an nicht-staatliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen  
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)  
(Drs. 15/10072)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Erhöhung der Mittel für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen  
(Kap. 12 02 TG 74)  
(Drs. 15/10079)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Kurt Eckstein u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Globalmaßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der hygienischen Wertigkeit der vom Tier stammenden Lebensmittel  
(Kap. 08 03 Tit. 683 03)  
(Drs. 15/10084)

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Kurt Eckstein u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellungen und Kongresse  
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)  
(Drs. 15/10085)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung der Qualitätsverbesserung und der umweltschonenden Produktion im Pflanzenbau  
(Kap. 08 03 TG 55)  
(Drs. 15/10086)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Kurt Eckstein u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen nach VO (EG) Nr. 1698/2005 zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)  
(Kap. 08 03 TG 72 – 74)  
(Drs. 15/10087)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft  
(Kap. 08 03 TG 79 – 80)  
(Drs. 15/10088)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Henning Kaul, Reserl Sem u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen  
(Kap. 12 02 TG 74)  
(Drs. 15/10089)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Gesundheitsinitiative „Gesund.Leben.Bayern“  
(Kap. 12 08 TG 94)  
(Drs. 15/10090)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten  
(Kap. 10 03 TG 72)  
(Drs. 15/10091)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste  
(Kap. 10 05 TG 73)  
(Drs. 15/10092)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Joachim Unterländer, Monika Hohlmeier u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation  
(Kap. 10 05 TG 78)  
(Drs. 15/10093)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zuschüsse für die Sanierungsmaßnahmen in der Bildungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen  
(Kap. 10 06 Tit. 893 01 – neuer Titel)  
(Drs. 15/10094)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren  
(Kap. 10 07 TG 71)  
(Drs. 15/10095)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie  
(Kap. 10 07 TG 73)  
(Drs. 15/10096)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Karl Freller u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe  
(Kap. 10 07 TG 74)  
(Drs. 15/10097)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen nach Art. 14 BaySchwBerG  
(Kap. 10 07 TG 77)  
(Drs. 15/10098)

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder  
(Kap. 10 07 TG 82)  
und Zuschüsse zur Beratung und Betreuung bedrohter Frauen  
(Kap. 10 07 Tit. 686 01)  
(Drs. 15/10099)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Werkstätten für behinderte Menschen  
(Kap. 13 33 TG 85)  
(Drs. 15/10100)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Engelbert Kupka u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Programm zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre  
(Kap. 15 03 TG 90 – 92)  
(Drs. 15/10101)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst  
(Kap. 15 05 TG 73)  
(Drs. 15/10102)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Engelbert Kupka u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung von bedeutenden Orchestern  
(Kap. 15 05 TG 75)  
(Drs. 15/10103)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Franz Josef Pschierer u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Ausgaben für Sing- und Musikschulen, Laien- und Volksmusikpflege sowie Musikakademien  
(Kap. 15 05 TG 80)  
(Drs. 15/10104)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung des Bibliothekswesens  
(Kap. 15 05 TG 91)  
(Drs. 15/10105)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege  
(Kap. 15 74 TG 74 und 75)  
(Drs. 15/10106)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Dr. Ludwig Spaenle, Engelbert Kupka u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung nichtstaatlicher Museen  
(Kap. 15 74 TG 77)  
(Drs. 15/10107)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Bayerische Staatsbibliothek  
(Kap. 15 90)  
(Drs. 15/10108)
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zuschuss an die Bayerische Forschungstiftung  
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)  
(Drs. 15/10109)
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester  
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)  
(Drs. 15/10121)
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sammelansätze für die Universitäten – Kosten der Datenverarbeitung  
(Kap. 15 28 TG 98)  
(Drs. 15/10147)
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Kurt Eckstein u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: „Zukunft Bayern 2020“ Zuschüsse zur Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung  
(Kap. 13 30 TG 93)  
(Drs. 15/10148)

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Reserl Sem u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten  
(Kap. 13 33 Tit. 893 62)  
(Drs. 15/10149)
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten  
(Kap. 13 33 Tit. 893 63)  
(Drs. 15/10150)
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Peter Schmid u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten  
(Kap. 13 33 Tit. 893 65)  
(Drs. 15/10151)
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten  
(Kap. 13 33 Tit. 791 67)  
(Drs. 15/10152)
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Helmut Brunner, Kurt Eckstein u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen und Dritten – Dorferneuerung und Flurneuordnung  
(Kap. 13 33 TG 81)  
(Drs. 15/10153)
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Henning Kaul, Renate Dodell u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung des Baus von Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen  
(Kap. 13 33 TG 91)  
(Drs. 15/10154)
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Monika Hohlmeier u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Förderung des Krankenhausbaus  
(Kap. 13 33 TG 92 neu)  
(Drs. 15/10155)
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Sonderprogramm „Zukunft Bayern 2020“ Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen  
(Kap. 13 30 TG 80)  
(Drs. 15/10158)
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Rainer Boutter u.a. SPD  
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008  
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten  
(Kap. 10 03 TG 72)  
(Drs. 15/10255)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am am 16.04.2008 zum Nachtragshaushaltsgesetz 2008 (Drucksache 15/9646)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred	X		
<b>Ackermann</b> Renate		X	
<b>Babel</b> Günther	X		
<b>Bause</b> Margarete		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas		X	
<b>Biechl</b> Annemarie	X		
<b>Biedefeld</b> Susann		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold			
<b>Boutter</b> Rainer		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter	X		
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun	X		
<b>Brunner</b> Helmut	X		
<b>Christ</b> Manfred	X		
<b>Deml</b> Marianne	X		
<b>Dodell</b> Renate			
Dr. <b>Döhler</b> Karl	X		
<b>Donhauser</b> Heinz	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp		X	
<b>Dupper</b> Jürgen			
<b>Eck</b> Gerhard	X		
<b>Eckstein</b> Kurt	X		
<b>Eisenreich</b> Georg	X		
<b>Eismann</b> Peter	X		
<b>Ettengruber</b> Herbert			
Prof. Dr. <b>Eykman</b> Walter	X		
Prof. Dr. <b>Faltlhauser</b> Kurt			
Dr. <b>Fickler</b> Ingrid	X		
<b>Fischer</b> Herbert	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Freller</b> Karl	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul		X	
<b>Glück</b> Alois	X		
<b>Goderbauer</b> Gertraud	X		
<b>Görlitz</b> Erika	X		
<b>Götz</b> Christa			
Dr. <b>Goppel</b> Thomas			
<b>Gote</b> Ulrike		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Guckert</b> Helmut	X		
<b>Guttenberger</b> Petra			
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Hallitzky</b> Eike		X	
<b>Heckner</b> Ingrid	X		
<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Herold</b> Hans	X		
<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Hintersberger</b> Johannes	X		
<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Hohlmeier</b> Monika	X		
<b>Huber</b> Erwin	X		
Dr. <b>Huber</b> Marcel	X		
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto	X		
<b>Hufe</b> Peter		X	
<b>Huml</b> Melanie	X		
<b>Imhof</b> Hermann	X		
Dr. <b>Kaiser</b> Heinz		X	
<b>Kamm</b> Christine		X	
<b>Kaul</b> Henning	X		
<b>Kern</b> Anton			
<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>König</b> Alexander	X		
<b>Kränzle</b> Bernd	X		
Dr. <b>Kreidl</b> Jakob	X		
<b>Kreuzer</b> Thomas	X		
Dr. <b>Kronawitter</b> Hildegard		X	
<b>Kupka</b> Engelbert	X		
<b>Kustner</b> Franz	X		
<b>Leichtle</b> Willi		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp	X		
<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Lück</b> Heidi		X	
Prof. <b>Männle</b> Ursula	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian		X	
<b>Maget</b> Franz			
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Meißner</b> Christian	X		
<b>Memmel</b> Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Meyer</b> Franz			
<b>Miller</b> Josef			
<b>Dr. Müller</b> Helmut	X		
<b>Müller</b> Herbert		X	
<b>Mütze</b> Thomas		X	
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Narnhammer</b> Bärbel		X	
<b>Neumeier</b> Johann			
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Obermeier</b> Thomas	X		
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
<b>Paulig</b> Ruth		X	
<b>Peterke</b> Rudolf	X		
<b>Peters</b> Gudrun			
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich		X	
<b>Plattner</b> Edeltraud	X		
<b>Pongratz</b> Ingeborg	X		
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
<b>Dr. Rabenstein</b> Christoph		X	
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Rambold</b> Hans			
<b>Ranner</b> Sepp	X		
<b>Richter</b> Roland			
<b>Ritter</b> Florian		X	
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian			
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rubenbauer</b> Herbert	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
<b>Rüth</b> Berthold	X		
<b>Rütting</b> Barbara		X	
<b>Dr. Runge</b> Martin			
<b>Rupp</b> Adelheid		X	
<b>Sackmann</b> Markus			
<b>Sailer</b> Martin			
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Scharf-Gerlspeck</b> Ulrike	X		
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schieder</b> Werner		X	
<b>Schindler</b> Franz		X	
<b>Schmid</b> Berta	X		
<b>Schmid</b> Georg	X		
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga		X	
<b>Schneider</b> Siegfried			
<b>Schorer</b> Angelika	X		
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schwimmer</b> Jakob	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Sem</b> Reserl	X		
<b>Sibler</b> Bernd	X		
<b>Sinner</b> Eberhard			
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin		X	
<b>Dr. Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Spitzner</b> Hans	X		
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stahl</b> Georg	X		
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia	X		
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard	X		
<b>Stöttner</b> Klaus	X		
<b>Dr. Stoiber</b> Edmund			
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Strobl</b> Reinhold		X	
<b>Ströbel</b> Jürgen	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Thätter</b> Blasius	X		
<b>Tolle</b> Simone		X	
<b>Traublinger</b> Heinrich	X		
<b>Unterländer</b> Joachim	X		
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen	X		
<b>Vogel</b> Wolfgang			
<b>Volkman</b> Rainer		X	
<b>Wägemann</b> Gerhard	X		
<b>Wahnschaffe</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard	X		
<b>Weichenrieder</b> Max	X		
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika		X	
<b>Weinberger</b> Helga	X		
<b>Dr. Weiß</b> Bernd	X		
<b>Dr. Weiß</b> Manfred	X		
<b>Weinhofer</b> Peter	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim		X	
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Winter</b> Peter	X		
<b>Wörner</b> Ludwig		X	
<b>Wolfrum</b> Klaus		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons	X		
<b>Zellmeier</b> Josef	X		
<b>Zengerle</b> Josef	X		
<b>Dr. Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	94	41	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.04.2008 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Szenario zur Reduktion der Klimagase bis 2020 in Bayern (Drucksache 15/10457)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred		X		<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Ackermann</b> Renate	X			<b>Guttenberger</b> Petra			
<b>Babel</b> Günther		X		<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Haedke</b> Joachim			
Dr. <b>Beckstein</b> Günther				<b>Hallitzky</b> Eike	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Heckner</b> Ingrid		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X			<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Biechl</b> Annemarie		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Boutter</b> Rainer	X			<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		<b>Hohlmeier</b> Monika		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Brunner</b> Helmut		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Christ</b> Manfred		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Hufe</b> Peter			
<b>Dodell</b> Renate				<b>Huml</b> Melanie		X	
Dr. <b>Döhler</b> Karl		X		<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X		Dr. <b>Kaiser</b> Heinz	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X			<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Dupper</b> Jürgen				<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Kern</b> Anton			
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Kobler</b> Konrad			
<b>Eismann</b> Peter		X		<b>König</b> Alexander		X	
<b>Ettengruber</b> Herbert				<b>Kränzle</b> Bernd			
Prof. Dr. <b>Eykmann</b> Walter		X		Dr. <b>Kreidl</b> Jakob		X	
Prof. Dr. <b>Faltlhauser</b> Kurt				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
Dr. <b>Fickler</b> Ingrid		X		Dr. <b>Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>Kupka</b> Engelbert		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus				<b>Kustner</b> Franz		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Leichtle</b> Willi	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Glück</b> Alois		X		<b>Lück</b> Heidi	X		
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X		Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X		Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Götz</b> Christa				<b>Maget</b> Franz	X		
Dr. <b>Goppel</b> Thomas				<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Meißner</b> Christian		X	
				<b>Memmel</b> Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Meyer</b> Franz			
<b>Müller</b> Josef		X	
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert			
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann			
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun			
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
<b>Plattner</b> Edeltraud		X	
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Rambold</b> Hans			
<b>Ranner</b> Sepp			
<b>Richter</b> Roland			
<b>Ritter</b> Florian			
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian			
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Rütting</b> Barbara	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin			
<b>Rupp</b> Adelheid			
<b>Sackmann</b> Markus			
<b>Sailer</b> Martin			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf-Gerlspeck</b> Ulrike		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Berta			
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Thätter</b> Blasius		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Traublinger</b> Heinrich			
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang			
<b>Volkman</b> Rainer	X		
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weichenrieder</b> Max		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
<b>Weinberger</b> Helga		X	
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	38	89	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.04.2008 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Ludwig Wörner Susann Biedefeld u. a. und Fraktion SPD; Anbau von Genmais MON 810 in Bayern ab sofort beenden bzw. verbieten (Drucksache 15/10459)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred		X		<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Ackermann</b> Renate	X			<b>Guttenberger</b> Petra			
<b>Babel</b> Günther		X		<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Haedke</b> Joachim			
Dr. <b>Beckstein</b> Günther				<b>Hallitzky</b> Eike	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar				<b>Heckner</b> Ingrid		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas				<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Biechl</b> Annemarie				<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Boutter</b> Rainer				<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun			X	<b>Huber</b> Erwin			
<b>Brunner</b> Helmut		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Christ</b> Manfred		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Hufe</b> Peter			
<b>Dodell</b> Renate				<b>Huml</b> Melanie			
Dr. <b>Döhler</b> Karl		X		<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X		Dr. <b>Kaiser</b> Heinz	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X			<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Dupper</b> Jürgen				<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Kern</b> Anton			
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Kobler</b> Konrad			
<b>Eismann</b> Peter				<b>König</b> Alexander		X	
<b>Ettengruber</b> Herbert				<b>Kränzle</b> Bernd			
Prof. Dr. <b>Eykmann</b> Walter				Dr. <b>Kreidl</b> Jakob			
Prof. Dr. <b>Faltlhauser</b> Kurt				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
Dr. <b>Fickler</b> Ingrid		X		Dr. <b>Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>Kupka</b> Engelbert		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus				<b>Kustner</b> Franz		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Leichtle</b> Willi	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Glück</b> Alois		X		<b>Lück</b> Heidi			X
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X		Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
<b>Görlitz</b> Erika			X	Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Götz</b> Christa				<b>Maget</b> Franz			
Dr. <b>Goppel</b> Thomas				<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Meißner</b> Christian		X	
				<b>Memmel</b> Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Meyer</b> Franz			
<b>Miller</b> Josef			
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann			
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun			
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
<b>Plattner</b> Edeltraud		X	
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Rambold</b> Hans			
<b>Ranner</b> Sepp			
<b>Richter</b> Roland			
<b>Ritter</b> Florian			
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian			
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Rütting</b> Barbara	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin			
<b>Rupp</b> Adelheid			
<b>Sackmann</b> Markus			
<b>Sailer</b> Martin			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf-Gerlspeck</b> Ulrike		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Berta			
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Siegfried			
<b>Schorer</b> Angelika			
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schwimmer</b> Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen			X
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Thätter</b> Blasius			X
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Traublinger</b> Heinrich			
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen			
<b>Vogel</b> Wolfgang			
<b>Volkmann</b> Rainer	X		
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weichenrieder</b> Max			X
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
<b>Weinberger</b> Helga		X	
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zengerle</b> Josef			
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	33	69	6

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildegard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD  
Aufstockung des Tourismusprogramms in Bayern  
Drs. 15/8196, 15/10178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

2. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Mehr schulische Selbstverantwortung: Mittel für nicht besetzbare Planstellen an der jeweiligen Berufsschule belassen  
Drs. 15/8227, 15/10422 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger u.a. CSU  
Entschließung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes  
(Drs. 15/8458)  
Drs. 15/9281, 15/10419 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	ENTH	A

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Christa Naaß, Stefan Schuster u.a. und Fraktion SPD  
Streichung der Wiederbesetzungssperre im Nachtragshaushaltsgesetz 2008  
Drs. 15/9527, 15/10332 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Klassen mit über 33 Schülern an bayerischen Realschulen und Gymnasien abbauen  
Drs. 15/8779, 15/10065 (G) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.





